



Plenarprotokoll

64. Sitzung

Donnerstag, 10. Juli 2014

Resolution zum Warschauer Aufstand vom 1. August 1944	5220	Olaf Schulze [SPD].....	5221, 5236
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5222
Drucksache 18/2124		Christopher Vogt [FDP].....	5224
Beschluss: Annahme.....	5220	Torge Schmidt [PIRATEN].....	5225
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Senkung der Bürokratiekosten (Bürokratiekostensenkungsgesetz)	5220	Lars Harms [SSW].....	5226, 5231
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5227
Drucksache 18/2086		Simone Lange [SPD].....	5228
Johannes Callsen [CDU].....	5220, 5233	Kai Vogel [SPD].....	5228
		Heiner Rickers [CDU].....	5230
		Wolfgang Baasch [SPD].....	5235
		Tobias Koch [CDU].....	5237
		Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	5238
		Dr. Kai Dolgner [SPD].....	5240
		Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	5240

Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.....	5242	Beschluss: 1. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/ 1760 in der Fassung der Drucksache 18/2093 in namentlicher Abstimmung	
Gemeinsame Beratung		2. Annahme der Anträge Drucksachen 18/2107 (neu) und 18/2122.....	5269
a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein (LehrBG)	5242	Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten	5269
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/1760		Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1964	
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 18/2093		Christopher Vogt [FDP].....	5269
Gemeinsam für ein modernes Lehramt	5242	Volker Dornquast [CDU].....	5272
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2122		Olaf Schulze [SPD].....	5273
b) Lehrereinstellungsbedarf und Lehrereinstellungsangebote sowie Lehrerausbildungskapazitäten an den lehrerbildenden Universitäten in Schleswig-Holstein	5242	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5274
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2107 (neu)		Torge Schmidt [PIRATEN].....	5275
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN], Berichterstatterin.....	5242	Flemming Meyer [SSW].....	5276
Daniel Günther [CDU].....	5242	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	5279
Torge Schmidt [PIRATEN].....	5247	Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.....	5280
Martin Habersaat [SPD].....	5251	Raumordnungsbericht 2014	5280
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5254	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2082	
Christopher Vogt [FDP].....	5257	Torsten Albig, Ministerpräsident... Petra Nicolaisen [CDU].....	5280 5281
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	5262	Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	5282
Heike Franzen [CDU].....	5264	Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	5283
Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	5265	Torge Schmidt [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....	5284
		Lars Harms [SSW], zur Geschäftsordnung.....	5284
		Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung durch die Landesregierung erledigt.....	5284
		Zustand der Landesstraßen in Schleswig-Holstein 2014	5284
		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2066	

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	5284, 5295	* * * *
Christopher Vogt [FDP].....	5285	
Hans-Jörn Arp [CDU].....	5287	
Kai Vogel [SPD].....	5288	
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5289	
Torge Schmidt [PIRATEN].....	5293	
Flemming Meyer [SSW].....	5294	
Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss zur abschließen- den Beratung.....	5296	
Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz	5296	
Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2102		
Wahlvorschlag der Fraktion der FDP Drucksache 18/2125		
Beschluss: Ablehnung der Wahlvor- schläge Drucksachen 18/2102 und 18/2125.....	5297	
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Ge- schäftsordnung.....	5297	* * * *
Entwurf eines Gesetzes zur Ände- rung des Hochschulgesetzes	5298	
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 18/1752		
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 18/2092		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5298	
Raumordnungsbericht 2014	5298	
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2082		
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5298	
Oliver Kumbartzky [FDP].....	5299	
Torge Schmidt [PIRATEN].....	5300	
Lars Harms [SSW].....	5301	
Regierungsbank:		
Torsten Albig, Ministerpräsident		
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen- de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten		
Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul- tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten		
Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft		
Andreas Breitner, Innenminister		
Monika Heinold, Finanzministerin		
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar- beit, Verkehr und Technologie		
Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund- heit, Familie und Gleichstellung		

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung und wünsche Ihnen allen einen guten Morgen und einen sonnigen Tag. Mit Ihnen gemeinsam begrüße ich auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Marion-Dönhoff-Gymnasiums in Mölln. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Plenartage sind immer besondere Tage. Ein ganz besonderer Tag ist heute für den Kollegen Rainer Wiegard. Ich gratuliere Ihnen, Herr Wiegard, ganz herzlich zu Ihrem heutigen Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen mit, dass niemand erkrankt ist, was schön ist, aber die Landesregierung zum Teil beurlaubt ist, nämlich ab 11:30 Uhr Herr Minister Dr. Robert Habeck und am Nachmittag zusätzlich Ministerpräsident Torsten Albig.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 30 a auf:

Resolution zum Warschauer Aufstand vom 1. August 1944

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2124

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Deshalb lasse ich über die Resolution in der Sache abstimmen. Wer dieser Resolution seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Resolution ist einstimmig angenommen.

Damit hat der Landtag den Opfern des Warschauer Aufstands vom 1. August 1944 gedacht. Zugleich bedauert der Landtag zutiefst, dass es nach 1945 möglich war, dass ein Kriegsverbrecher Landtagsabgeordneter wurde, der an der brutalen Niederschlagung dieses Aufstands mitschuldig war. Der Landtag bittet die Opfer daher um Verzeihung.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun Tagesordnungspunkt 9 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Senkung der Bürokratiekosten (Bürokratiekostensenkungsgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2086

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile das Wort dem Abgeordneten Johannes Callsen von der CDU-Fraktion.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zugeben, es fällt schwer, den Ministerpräsidenten mit seinen politischen Äußerungen noch ernst zu nehmen. Statt **weniger Bürokratie** produziert diese Landesregierung nämlich ständig neue **Bürokratie**. Dabei beschreibt der Ministerpräsident sein eigenes Ziel auf seiner Internetseite so - ich zitiere -:

„Ein Land, das auf kluge Köpfe setzt, braucht keine bürokratischen Laufgitter.“

Leider aber nimmt der Ministerpräsident sich auch an dieser Stelle nicht einmal selbst ernst. Deswegen wollen wir mit unserem Gesetzentwurf ein paar dieser bürokratischen Laufgitter in Schleswig-Holstein abbauen, um zu einer besseren Unterrichtsversorgung an unseren Schulen zu kommen. Ich sage: Das ist kein Sozialabbau, das ist Bürokratieabbau.

(Beifall CDU)

Wir verzichten auf unnötige Bürokratie und ermöglichen damit Jahr für Jahr 75 zusätzliche Lehrerstellen an den Schulen in Schleswig-Holstein.

Meine Damen und Herren, auf Bundesebene - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ein Unsinn!)

- Herr Dr. Stegner, ich weiß gar nicht, wie Sie die Vereinbarung auf Bundesebene vorauseilend als Unsinn bezeichnen können.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ihre Bemerkung!)

Dort haben nämlich CDU und SPD einen Mindestlohn beschlossen. Damit ist völlig klar, es wird einen allgemeinen Mindestlohn von 8,50 € geben. Die Kontrolle erfolgt durch den Zoll. Auch Sanktionen bei öffentlichen Aufträgen sieht das Bundesgesetz vor. Damit sind - das liegt doch völlig auf der Hand - die Regelungen, die wir in Schleswig-Holstein im **Tariftrueuegesetz** und im **Landesmindestlohngesetz** haben, schlichtweg überflüssig.

(Johannes Callsen)

Das **Korruptionsregistergesetz** in Schleswig-Holstein hält sogar die Justizministerin, wie sie selber gesagt hat, für unwirksam und überflüssig.

Meine Damen und Herren, diese überflüssigen rot-grün-blauen Gesetze belasten jedoch die Verwaltungen. Sie belasten die Unternehmen und Verbände mit enormer Bürokratie. Die Kommunen in Schleswig-Holstein müssen umfangreiche Kontrollpflichten erfüllen, obwohl der Zoll auf Bundesebene dafür zuständig ist.

Auch Freizeit- und Sportverbände - das wissen wir aus den Anhörungen -, kulturelle und soziale Einrichtungen sowie das gesamte Ehrenamt in diesem Land würden wir mit der Abschaffung dieser drei Gesetze entlasten. Ich erinnere daran, dass der Landessportverband den Verwaltungsaufwand des Landesmindestlohngesetzes als - ich zitiere - „kaum zu leisten“ bezeichnet hat.

Auch die Unternehmer im Land klagen über diese Bürokratiemonster und über einen echten Wettbewerbsnachteil durch das Landesmindestlohngesetz: 9,18 € in Schleswig-Holstein, 8,50 € auf Bundesebene. Für diese ganze Bürokratie zahlt das Land Schleswig-Holstein den Kommunen jedes Jahr noch 3,8 Millionen €. 3,8 Millionen € für überflüssige Bürokratie, es ist nicht zu fassen!

(Beifall CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns Bürokratie gemeinsam abbauen. Lassen Sie uns dieses Geld sinnvoller in die **Bildung** unserer Kinder, in die Bildung der Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein investieren. Dafür können, wie gesagt, 75 Lehrerstellen an schleswig-holsteinischen Schulen geschaffen werden. Diese Lehrer können in den Klassenräumen für die Zukunft unserer Kinder unterrichten.

Angesichts der desolaten Unterrichtsversorgung wäre es in der Tat fatal, unnötige Bürokratie zulasten der Bildung im Land aufrechtzuerhalten; denn das Geld ist dort besser angelegt, wo es wirksam gegen Unterrichtsausfall eingesetzt wird und eine wirkliche Investition in die Zukunft Schleswig-Holsteins darstellt.

Gemeinsam mit den BAföG-Mitteln, die der Bund ab dem kommenden Jahr bereitstellt, schließen wir mit diesem Antrag genau die Lücke in der Unterrichtsversorgung, die SPD, Grüne und SSW in Schleswig-Holstein verursacht haben.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Das ist die Wahrheit, Herr Dr. Stegner.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Das ist die Wahrheit. Sie haben dieses Defizit mit Ihrer Schulgesetzreform in Schleswig-Holstein selber verursacht; das ist völlig klar. So ist es.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns also gemeinsam heute diese drei Bürokratiemonster in den Papierkorb befördern. Lassen Sie uns - um mit dem Ministerpräsidenten zu sprechen - bürokratische Laufgitter entfernen - für weniger Bürokratie und mehr Bildung in Schleswig-Holstein. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Herr Callsen, was Sie hier machen, das ist schon fast pervers. Lehrerstellen mit dem Tariftreuegesetz und sozialen Standards ausspielen zu wollen, das ist - ich muss schon sagen - wirklich der Hammer.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, uns hier als **Senkung** von **Bürokratiekosten** verkaufen, ist in Wirklichkeit eine **Senkung** von **sozialen Standards**. Das wissen Sie auch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW ist 2012 angetreten, um in Schleswig-Holstein mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Dafür sind wir gewählt worden, und das setzen wir um.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sorgen mit dem Dreiklang aus Tariftreuegesetz, Mindestlohngesetz und dem Register für fairen Wettbewerb dafür, dass sich gute Arbeit in Schleswig-Holstein lohnt. Und das, meine Damen und Herren, gilt für Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen.

(Olaf Schulze)

Wir brauchen den Mindestlohn in Schleswig-Holstein, den wir im **Tariftreuegesetz** und im **Mindestlohngesetz** verankert haben. Der Grund: Wer für das Land Schleswig-Holstein arbeitet, ob in einer Einrichtung, die wir fördern, oder in einem Unternehmen, das von uns Aufträge bekommt, soll nicht schlechter bezahlt werden als eine Angestellte oder ein Angestellter des Landes Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb haben wir die Höhe des schleswig-holsteinischen Mindestlohns an der niedrigsten besetzten Entgeltstufe orientiert. Und deshalb soll der schleswig-holsteinische Mindestlohn regelmäßig überprüft und angepasst werden. Der bundesweite Mindestlohn ist auch gut. Er gilt nämlich flächendeckend. Das ist der Unterschied, Herr Callsen: Ich mache an dieser Stelle keinen Hehl daraus, dass ich persönlich mir im Bund weniger Ausnahmen gewünscht hätte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Richtig ist, dass Teile der Wirtschaft den schleswig-holsteinischen Mindestlohn kritisieren. Richtig ist übrigens auch, dass Teile der **Wirtschaft** den bundesweiten Mindestlohn kritisieren, den Sie uns heute vorschlagen; sie finden ihn nämlich zu hoch und angeblich nicht marktgerecht. Am 1. Juli 2014 veröffentlichte der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, einen Kommentar zum Mindestlohn in der „Bild“:

„Bei uns vereinbaren die Sozialpartner autonom Mindestlöhne. Dort, wo das nicht gelingt, greift das Arbeitslosengeld II als Grundsicherung.“

Wissen Sie, das nennt man einen Zielkonflikt in Sachen Gesellschaftspolitik. Wir finden so eine Aussage nämlich zynisch. Soziale Leistungen sind nicht dazu da, Lohndumping zu subventionieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Genauso ist es mit Lehrerstellen. Ich kann Ihnen nur sagen: Sozialleistungen und Lehrerstellen gegeneinander auszuspielen, ist wirklich zynisch.

Wir wissen aus unseren zahlreichen Gesprächen, dass sich zumindest in Schleswig-Holstein die **Kritik** nicht an der Höhe des Mindestlohns orientiert. Da sind nämlich tarifgebundene Unternehmen in der Regel drüber. Die Kritik richtet sich darauf,

dass es überhaupt einen Mindestlohn gibt, egal wie niedrig er ist. Meine Damen und Herren, dann mag es so sein. Da haben wir offenbar unterschiedliche Werte. Wir stehen zum Mindestlohn im Bund, und wir stehen zum Mindestlohn von zurzeit 9,18 € bei Auftragsvergaben und Zuwendungen des Landes Schleswig-Holstein.

Ihnen müsste doch wohl klar sein, dass Sie mit Ihrem Gesetzentwurf nicht nur die Löhne der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer drücken. Wer übrigens 113 € Differenz brutto oder 60 € netto für eine geringe Summe hält, war noch nicht richtig arm. Meine Damen und Herren, das ist ein Skandal.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Über Ihre Lohndrückerei hinaus gehen Sie fahrlässig mit der **sozialen Gerechtigkeit** in Schleswig-Holstein um. Wer regelnd eingreift, zum Beispiel in den Markt, braucht dafür gute Gründe. Ein Grund ist, dass unser Wirtschaftssystem nicht von sich aus in der Lage ist, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausreichende Löhne und für Unternehmen fairen Wettbewerb zu schaffen. Natürlich verursacht jede Regelung Verwaltungsaufwand, also Bürokratie.

Meine Damen und Herren, Sie legen hier einen halbgarigen Gesetzentwurf vor, der vor sozialer Ungerechtigkeit strotzt. Sie stellen damit auch nicht sicher, dass das Land Schleswig-Holstein bei Auftragsvergaben seinen Kontrollpflichten genügen kann. Hingegen ist mir völlig klar: Was für Sie pure Bürokratie sein mag, ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten soziale Gerechtigkeit. Darauf sind wir stolz.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, den uns die CDU-Fraktion heute vorlegt, ist in der Tat ein Generalangriff auf die **soziale Gerechtigkeit** in diesem Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Dr. Andreas Tietze)

Lieber Herr Callsen, man fragt sich: Wollten Sie Ihre CDU profilieren, oder wollten Sie sich profilieren? Wenn Sie Ihre CDU profilieren wollten mit dem Thema soziale Kälte: völlig daneben. Wenn Sie sich damit profilieren wollten, hat es uns auch nicht überzeugt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Muss es auch nicht!)

Sie spielen Bildung gegen soziale Gerechtigkeit aus. Mich erstaunt und erschüttert das. Sie sind auch hier ein scheinheiliger Redner gewesen. Jahrelang haben Sie an dieser Stelle den Mindestlohn, die Tariftreue bekämpft. Sie haben unsere Gesetzentwürfe abgelehnt. Sie wollten den Mindestlohn nicht. In Bausch und Bogen haben Sie sich dagegen ausgesprochen.

(Johannes Callsen [CDU]: Stimmt gar nicht!)

Das war Ihre Position hier im Haus. Was damals für die Wirtschaft schlecht war, ist auf einmal gut. Plötzlich sind Sie auch der Auffassung, dass 8,50 € gerecht sind. Lieber Herr Callsen, Ihre **Bundespartei** ist endlich eingeschwenkt. Sie ist vernünftig geworden, und sie hat sich auf einen Mindestlohn von 8,50 € geeinigt. Aber ich sage Ihnen auch: So viel Kreide, wie Sie hier gegessen haben, um sich so zu verbiegen, kann eigentlich kein Mensch schlucken.

Ihre persönliche Meinung zum Mindestlohn kenne ich, die kennen wir hier im Haus. Heute haben Sie sich im Grunde genommen entsprechend verbogen. Die Wandlung vom Saulus zum Paulus nehmen wir Ihnen hier nicht ab, lieber Herr Callsen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Im Gegenteil: Sie wollen Schlachten der Vergangenheit wiederholen und zu einem Sieg führen. Das wird Ihnen nicht gelingen. Die arbeitnehmerfeindliche Politik der Vorgängerregierung haben die Schleswig-Holsteiner noch gut im Kopf. Wenn Sie jetzt gegen 9,18 € zu Felde ziehen, dann müssen Sie den Menschen sagen, kurz vor dem Urlaub: Wir wollen euch 68 ct pro Stunde nehmen. Das ist eine Lohnkürzung von 8 % oder - der Kollege Schulze hat es gesagt - 60 €. Was bedeuten denn für Sie Werte wie Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit? Man kann Menschen am unteren Rand der Einkommensskala nicht zum politischen Ränkespiel missbrauchen. Das ist unmöglich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie sind für mich der Sheriff von Nottingham und nicht Robin Hood. Robin Hood wollte es den Reichen nehmen, um es den Armen zu geben. Sie wollen es den Armen nehmen, um es den Reichen zu geben. Das ist Ihre Botschaft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Lieber Herr Kollege Callsen, Sie wollten glänzen. Am Ende konstatiere ich: Der Lack ist ab. Das ist das Ergebnis Ihres Wortbeitrags.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Markt in Schleswig-Holstein ist nämlich durch unser **Mindestlohngesetz** berechenbar geworden. Dumpinglohnanbietern haben wir die rote Karte gezeigt. Die Kassen der öffentlichen Haushalte wurden bei den Sozialkosten entlastet. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der Steuerhinterziehung erhöht die Steuereinnahmen. Volkswirtschaftlich gesehen haben wir hier genau das Richtige getan.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann sind wir innerhalb Deutschlands ja auf einem richtig guten Weg!)

Die entstehenden Kosten für den Verwaltungsaufwand, den Sie hier proklamieren, haben wir egalisiert. Wir haben mit dem Korruptionsregister mit Hamburg eine Basis geschaffen. Das ist für Sie etwas völlig Neues, entschuldigen Sie einmal. Unser Gesetz ist so aufgebaut, dass es natürlich die Bemühungen des Bundes im **Korruptionsbekämpfungsgesetz** aufnimmt. Wir haben das Gesetz so gestaltet, dass wir auf die Frage der Veränderung im Bund sinnvoll reagieren können, aber eben nicht beim Mindestlohn. Denn die 9,18 € wollten wir. Das ist tatsächlich eine Politik dieser Koalition gewesen, lieber Herr Callsen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deshalb sage ich an dieser Stelle noch einmal: Diese Koalition schützt unser Land vor Billigkonkurrenz, die auf Lohndumping setzt. Sie baut Benachteiligung durch Korruption und Bestechung ab. Sie hat mit dem Landesmindestlohngesetz ein Maßnahmenpaket vorgelegt, das dieses Land tatsächlich sozial gerechter macht. Ich finde, man kann ein bisschen stolz darauf sein, dass unser Land in dieser Frage vorangeht und in Deutschland nicht zurückfällt.

(Dr. Andreas Tietze)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Natürlich reicht das nicht aus. Der **armutsfeste Lohn**, lieber Herr Callsen, nach allen von der OECD empfohlenen Studien liegt bei 9,84 €. 9,18 € sind also noch weit von einem üppigen Lohn entfernt. Wir sind jedoch ein Stück näher an dem Ziel, dass Menschen aus der Würde der Eigene-Hände-Arbeit heraus leben können. Das war es uns wert. Deshalb ist dieser Gesetzentwurf, den wir auf den Weg gebracht haben, richtig und gut für dieses Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Diese Koalition ist und bleibt eine Koalition der sozialen Gerechtigkeit, des fairen Wettbewerbs und der guten Arbeit für Schleswig-Holstein. Ihren Antrag brauchen wir dazu nicht. Der ist so überflüssig wie ein Kropf. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach den letzten beiden Reden habe ich auf den Kalender gesehen und mich vergewissert: Rainer Wiegand hat am 10. Juli Geburtstag, nicht am 1. Mai, auch wenn man dies nach den letzten beiden Redebeiträge denken könnte.

(Beifall FDP - Zurufe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Kollege Harms, so weit sind wir uns einig. Herr Dr. Stegner, Sie tun gerade so, als hätten die drei Murksgesetze, die Sie durchgebracht haben, tatsächlich etwas mit **sozialer Gerechtigkeit** zu tun. Das glauben Sie doch wohl selbst nicht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, es ist für Sie vielleicht ein Geheimnis, für andere im Raum jedoch nicht: Das Land hat wenig Geld. Das Land ist chronisch knapp bei Kasse. Bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Bundeslandes gibt es - freundlich ausgedrückt - noch sehr viel Luft nach oben. So muss man immer wieder sehr genau auf die Schwer-

punktsetzung bei den öffentlichen Ausgaben des Landes schauen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Wenn die Leute weniger verdienen, dann bringt das das Land voran? - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Politik der Kälte nennt man das!)

- Herr Dr. Stegner, es ist mir - und ich glaube, auch den anderen -, noch nicht aufgefallen, dass Sie Wärme ausstrahlen, auch wenn Sie neuerdings die Fliege weglassen.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, was unser Bundesland in erster Linie braucht, sind **sinnvolle Investitionen in Bildung und Wissenschaft**, in die **Verkehrs- und Gesundheitsinfrastruktur** und in eine **effiziente Verwaltung**. Was man tunlich vermeiden sollte, und hier bin ich grundsätzlich mit dem Herrn Ministerpräsident einer Meinung, sind hohe Ausgaben für unnötige Bürokratie, die niemandem hilft. Hier setzt der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion an. Auch wenn er vielleicht etwas gemein daherkommt, so ist er durchaus diskussionswürdig. Schauen wir uns einmal die drei betreffenden Gesetze an:

Beim angeblichen **Korruptionsregister** hat das Justizministerium kürzlich selbst aufgezeigt, wie sinnlos es ist, wenn es nicht bundesweit gilt. Das ist immerhin ein Erkenntnisgewinn.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Martin Habersaat [SPD]: Das ist eine Art Notlösung!)

- Herr Habersaat, beim **Landesmindestlohngesetz** wurde vonseiten der rot-grün-blauen Koalition immer argumentiert, und dies war immer das Hauptargument, dass dieses als eine Art Notlösung die Zeit überbrücken solle, bis es eine entsprechende gesetzliche Regelung auf Bundesebene gebe. Diese wurde nun, ob man dies für richtig hält oder nicht, kürzlich beschlossen. Damit ist diese Begründung entfallen, auch wenn der „Ralf-Stegner-Gedächtnismindestlohn“ mit 9,18 € natürlich etwas über dem gesetzlichen Mindestlohn auf Bundesebene liegt. Herr Dr. Stegner, ich denke aber, dass Landesmindestlohngesetze keinen Sinn machen, wenn es entsprechende Gesetze auf Bundesebene gibt.

Zu dem Thema **soziale Gerechtigkeit**: Was ist daran gerecht, wenn Sie ein Gesetz machen, dessen Einhaltung nicht vernünftig kontrolliert wird und dessen Missachtung nicht sanktioniert wird? Das Gesetz steht auf dem Papier, aber es wird nicht gelebt, es wird nicht umgesetzt. Wie kontrollieren Sie

(Christopher Vogt)

die Einhaltung? Wie sanktionieren Sie eine Missachtung?

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das **Vergabegesetz**, das wohl unnötigste Bürokratiemonster in der Geschichte unseres Bundeslandes, kostet das Land, obwohl dies immer bestritten wurde, zwar jedes Jahr Millionen Euro, aber wem es hilft, ist bis heute fraglich. Dass das Gesetz massive Bürokratiekosten auslöst, hat die Landesregierung mittlerweile erkannt, indem sie zugestimmt hat, den Kommunen die Mehrausgaben zu ersetzen: 3,8 Millionen € pro Jahr für ein sinnloses Murksgesetz; das Geld könnte man in der Tat deutlich sinnvoller ausgeben, und dies würde niemandem schaden.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wie man allerorten hören kann, scheinen sich die zahlreichen Warnungen aus dem Anhörungsverfahren zum Vergabegesetz nach der Umsetzung zu bestätigen: Das Gesetz ist nicht handhabbar; weder für die Verwaltungen noch für die Betriebe in Schleswig-Holstein. In einer globalisierten Welt mit langen Wertschöpfungsketten ist es zum Beispiel einfach nicht eindeutig nachweisbar, dass alle Vorprodukte und alle Vorleistungen dem im Gesetz definierten Standard genügen. Das ist so, wie Sie es gefordert haben, einfach nicht möglich. Das führt dazu, dass die Betroffenen, also nicht nur die Betriebe, sondern vor allem auch die kommunalen Verwaltungen, das Gesetz so gut wie möglich zu ignorieren versuchen. Das kann es nicht sein. Das kann nicht der Anspruch der Landesregierung sein.

Meine Damen und Herren, da ich Sie alle gut kenne und Ihre Reden aufmerksam verfolgt habe, glaube ich nicht, dass wir uns in diesem Punkt schnell einig werden und man schaut, ob man die Gesetze wieder wegfallen lassen könnte. Ich glaube, es würde Sinn machen, den Gesetzentwurf an die Ausschüsse zu überweisen und zeitnah eine **Evaluation** zu machen, um vielleicht doch an der einen oder anderen Stelle Geld einzusparen, das wir dann nicht für Bürokratie verplempern, sondern für sinnvolle Sachen wie für Infrastruktur, Lehrerstellen und andere Dinge ausgeben können. Ich glaube, das würde unserem Land weiterhelfen. Das schadet auch nicht der sozialen Gerechtigkeit. - Ich danke ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Kolleginnen und Kollegen der CDU wollen sich nun am Bürokratieabbau versuchen. Dafür sollen eine Reihe von Gesetzen abgeschafft werden, einige sollen verändert werden. Grundsätzlich ist das ein löbliches Ziel, aber wissen Sie, was mich stört? Sie nehmen Gesetze auf, die hier in den letzten Monaten beschlossen wurden. Bei einigen Themen befinden wir uns hier im Landtag scheinbar in einer Endlosschleife. Täglich grüßt das Murmeltier.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich frage mich: Welches politische Signal wollen Sie an die Wähler senden, wenn Sie auf **Bundesebene** einen Mindestlohn beschließen und im Land ein **Mindestlohngesetz** abschaffen wollen? Was sagen Sie zu dem, was Ihre Kanzlerin zusammen mit der SPD gerade auf den Weg bringt? Finden Sie die Bundesgesetzgebung auch so doof? Rebelliert die Nord-CDU gegen die Kanzlerin? Ist das die echte CDU aus dem echten Norden? Ich frage mich das, ich verstehe bei diesem Mindestlohngesetz Ihr politisches Signal nicht.

Kommen wir zum Tariftreue- und Vergabegesetz: Ich persönlich bin nicht glücklich mit diesem Gesetz, aber das ist kein großes Geheimnis. Ich halte das Gesetz für überfrachtet und fernab von der täglichen Realität unserer Handwerks- und Handelsbetriebe.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Damit meine ich eindeutig nicht die geforderte Tariftreue. All die Sonderregelungen, die in das Gesetz aufgenommen wurden, hätten viel eher in eine Ausschreibung gehört, aber sei es drum. Abgeschafft gehört das Gesetz deshalb nicht, höchstens reformiert.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wollen wir jetzt die Beratung zu diesem Gesetz ganz neu aufrollen? Das Gesetz sieht eine dreijährige Evaluationsphase vor. Wir müssen uns also eh in naher Zukunft mit dem Erfolg beziehungsweise dem Misserfolg und dem bürokratischen Aufwand dieses Gesetzes auseinandersetzen.

Kommen wir zum **Korruptionsregister**. Hier könnte ich die Rede von Patrick Breyer noch ein-

(Torge Schmidt)

mal halten. Im Prinzip ist seit der zweiten Lesung dieses Gesetzes nichts Neues passiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, hier gebe ich Ihnen tatsächlich recht. Dieses Gesetz ist ein bürokratisches Monster. Das sind aber keine neuen Nachrichten. Das ist die Erkenntnis aus der zweiten Lesung dieses Gesetzes. Im Grunde aber ist die Idee eines Korruptionsregisters nicht falsch. Auch hier lautet die Antwort: Man müsste dieses Gesetz noch einmal anpacken und reformieren.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich könnte mir also den Spaß machen, unsere Änderungsanträge zu diesen drei Gesetzen noch einmal auszupacken und sie noch einmal zu stellen. Diese Mühe hätte man sich machen können. Die CDU selbst hat sich diese Mühe nicht gemacht. Ich halte Ihren Gesetzentwurf in der Form, wie er jetzt vorliegt, nicht für zielführend, und meine Fraktion tut dies genauso wenig. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der hier diskutierte Gesetzentwurf spiegelt unbestritten die Sichtweise der CDU wider. Der Mindestlohn, das Tariftrueugesetz sowie das Korruptionsregister werden pauschal als Bürokratiemonster verurteilt. Diese Sichtweise ist ziemlich einseitig, aber auch ziemlich durchsichtig. Dass neue gesetzliche Regelungen unvermeidlich entsprechend angepasste bürokratische Regelungen mit sich führen, dürfte der CDU eigentlich nicht neu sein. Ansonsten müsste man jedes Gesetz wieder abschaffen, weil jedes Gesetz in irgendeiner Art und Weise Bürokratie auslöst.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Lieber Kollege Koch, wir als SSW verfolgen einen klaren Auftrag, nämlich dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen **fairen Lohn** ausbezahlt bekommen,

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn schließlich sollte sich Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes auszahlen. In den letzten Jahren hat deutschlandweit eine **Ausweitung des Niedriglohnssektors** stattgefunden. Die Zahl der Zeit- und

Leiharbeiter hat in der Vergangenheit rasant zugenommen. Fakt ist, dass die gezahlten Löhne in diesen Bereichen häufig nicht einmal ausreichen, um die Existenz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu sichern. Diesen Menschen bleibt - trotz Vollbeschäftigung - nichts anderes übrig, als ihr Gehalt durch Arbeitslosengeld II auf das Niveau der Grundsicherung aufzustocken. Und das wird, wie wir gerade auch noch gehört haben, von den Arbeitgebern begrüßt. Das ist die eigentliche Schande, die mit diesen Fragestellungen verbunden ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Existenzsicherung ist jedenfalls eine solche Grundlage auf gar keinen Fall. Und genau deshalb muss etwas an den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten verändert werden.

Die rot-grün-blaue Koalition hat in dieser Hinsicht einiges getan: Tariftreue, Mindestlohn und der Kampf gegen Korruption sorgen für vernünftiger Arbeitsbedingungen bei uns im Land. Die Zeiten, dass in öffentlichen Vergabeverfahren Löhne gedrückt werden konnten, ohne dass das Land Einfluss darauf nimmt, gehören jetzt glücklicherweise der Vergangenheit an.

All dies haben wir mit auf den Weg gebracht. Ein Blick in Richtung Bundesregierung reicht aus, um zu erkennen, dass der von uns seinerzeit eingeschlagene Weg richtig ist und jetzt auch von anderen nach und nach, wenn auch nicht so perfekt wie bei uns, umgesetzt wird.

Eine wichtige Rahmenbedingung, die trotz aller Diskussionen von einer überdeutlichen Mehrheit im Berliner Parlament getragen wurde, ist der **Mindestlohn**. Der Mindestlohn gehört fortan zur Republik. Und das ist auch gut so, meine Damen und Herren, weil - und das ist das Entscheidende, lieber Kollege Callsen - dies auch die große Mehrheit des Volkes so will. Die Leute wollen ordentlich verdienen, und sie wollen, dass man von seinem Lohn auch leben kann. Das ist eine Erkenntnis, die sich möglicherweise bei der CDU in Schleswig-Holstein noch etwas breit machen muss.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es nach der CDU ginge, dann müsste eine Putzfrau auf ihren ordentlichen Lohn sowie auf ihre besser abgesicherte Rente verzichten. Sie und ihre Kolleginnen sowie alle anderen Geringverdiener in unserem Land müssten dafür aufkommen, dass ein

(Lars Harms)

überschaubares Mehr an Lehrbeauftragten ihre Arbeit aufnehmen kann. Dieser Gedanke ist nicht nur zynisch, sondern für uns als SSW schlichtweg kaum zu ertragen. Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, den einen Arbeitnehmer gegen den anderen auszuspielen, schon gar nicht auf dem Rücken der Schwächsten, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht hier um etwas Grundlegendes, nämlich um solide Arbeitsbedingungen und **fairen Wettbewerb**, zu dem auch die Abgrenzung zur Korruption, zu Lohndumping und zu Vertragsbruch gehört. Nicht nur das Land hat als Arbeitgeber gesündere Anforderungen gestellt, sondern diese gelten entsprechend auch für alle anderen öffentlichen Arbeitgeber in Schleswig-Holstein. Das Land nimmt daher Abstand von Vorteilsnahme durch Käuflichkeit oder Lohndumping.

Die CDU möchte eine Rückkehr zum Status quo ante. Damit wird der faire Wettbewerb in seiner jetzigen Form nicht mehr erhalten werden können. Die neu geschaffenen arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen eines ganzen Jahrzehnts wären passé.

Die CDU möchte Schleswig-Holstein in den Alltag von vorgestern versetzen und Lohndumping wieder salonfähig machen. Das ist ganz sicher nicht unser Ansatz. Wir wollen Schleswig-Holstein zukunftsfähiger machen und die gesellschaftlich auseinanderklaffenden Unterschiede minimieren. Wir als SSW stehen zur gesellschaftlichen Verantwortung. Und deshalb ist es bedeutsam, dass die angesprochenen Gesetze mit Leben gefüllt werden. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Lohndumping und Ausbeutung wird es auch unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus mit uns nicht geben. Und damit basta!

(Lebhafter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ralf Stegner für einen Dreiminutenbeitrag.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Öffentlichkeit hat sich gefragt, warum die Union diesen Punkt so prominent gesetzt hat, nicht aber auch andere Punkte, zumal sie doch Oppositionsaktivitäten so gern bündelt. Aber die Antwort ist sehr

einfach, und dafür sind wir sehr dankbar: Die Union wollte hier noch einmal ganz deutlich machen - und das ist ihr auch sehr gut gelungen -, dass es im Bund die SPD und im Land SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sind, die für gute Arbeit sorgen, während die CDU dagegen ist. Genau dies haben Sie deutlich machen wollen, und das ist Ihnen auch gelungen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie haben noch einmal sehr klar zum Ausdruck gebracht, dass Sie den Mindestlohn, faire Löhne, faire Arbeit zu Wasser, zu Lande und in der Luft immer bekämpft haben, und dass Sie nun deutlich machen wollen, dass dies auch jeder merkt. Wir wissen, dass Sie 9 % der veröffentlichten Meinung auf Ihrer Seite, aber 90 % der Bevölkerung gegen sich haben. Ich muss ehrlich sagen, es ist uns lieber, dass die ebenso wie wir für gute Arbeit sind. Auch dies ist hier sehr klar zum Ausdruck gekommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Immer dann, wenn Sie von **Bürokratie** reden, meinen Sie **Mitbestimmung**, dann meinen Sie **soziale Absicherung**, dann meinen Sie **Bürgerbeteiligung**, dann meinen Sie Gerechtigkeit. Wenn das für Sie Bürokratie ist, dann disqualifiziert Sie das nur. Wir sagen: Für uns ist das nicht Bürokratie, sondern für uns ist das der Inhalt dessen, für das ganz viele Menschen hart arbeiten müssen, weshalb sie auch unsere Unterstützung verdienen und nicht den Zynismus, mit dem Sie über solche Geldbeträge reden, die Sie vielleicht nicht interessieren, die Menschen aber sehr wohl, die nur ein geringes Einkommen haben.

Gerade in einem Land wie Schleswig-Holstein, das Niedriglohnland Nummer 1 im Westen ist, sollten wir doch etwas dafür tun, dass es endlich aufhört, dass wir mit Staatsknete Dumpinglöhne unterstützen. Das ist übrigens nicht soziale Marktwirtschaft, sondern eher Sozialismus, und zwar schlecht gemachter Sozialismus, was Sie vorschlagen: Staatskohle für Dumpinglöhne wollen wir nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was im Übrigen den **Mindestlohn** auf **Bundesebene** angeht - ich finde, Andrea Nahles hat das hervorragend mit dem vorgelegten Gesetz gemacht, obwohl ich mir in Bezug auf die Übergangsregelungen noch etwas anderes hätte vorstellen können -, wird es eine **regelmäßige Anpassung** geben,

(Dr. Ralf Stegner)

die übrigens die Tarifparteien vereinbaren. Da werden dann die Maßnahmen eingefädelt, die wir in Mindestlohngesetzen in den Ländern haben, in denen Rot und Grün miteinander regieren. Das gibt es nur dort, wo Rot und Grün miteinander regieren, hier noch zusätzlich der SSW. Überall dort jedoch, wo Sie regieren, gibt es so etwas nicht. Wir werden es miteinander hinkriegen, das zu vereinbaren.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Hier geht es um gute Arbeit und um faire Wirtschaft. Warum Sie auch noch gegen das **Korruptionsregister** sind, das müssen Sie mal jemandem erklären. Dass Sie nun auch die schwarzen Schafe, nur weil sie schwarz sind, schützen wollen, finde ich jedenfalls nicht besonders überzeugend.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich glaube, hier ist sehr deutlich geworden, dass unsere Gesetze gut und notwendig sind, dass der Regierungswechsel notwendig war, dass der Politikwechsel notwendig war. Und die Gesetze werden bleiben; denn das sind gute Gesetze. Rennen Sie nur dagegen an. Da gibt aber nicht die Wand nach, sondern Sie holen sich nur Beulen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich das Wort der Frau Kollegin Simone Lange.

Simone Lange [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil sich die CDU heute mit ihrem Gesetzesvorschlag - wahrscheinlich sogar unbewusst - auch noch dazu bekennt, die Geschlechtergerechtigkeit nicht wirklich aktiv nach vorne zu bringen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich möchte Sie an dieser Stelle gerne daran erinnern, dass Sie sich immer dann gerne einreihen, wenn **Equal Pay Day** ist, nämlich meistens im März des Jahres, weil wir einen Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen in Höhe von 22 % haben, im ländlichen Bereich sogar übrigens fast 33 % Lohnunterschied. Wir lesen dann überall, dass auch Sie gegen Lohnungleichheit kämpfen und so weiter und so fort. Wenn es aber darauf ankommt, Gesetze dagegen zu initiieren, wenn es darauf ankommt, sich dazu zu bekennen, dass im Niedriglohnbereich - Ralf Stegner hat es ja gesagt: Schles-

wig-Holstein steht leider an der traurigen Spitze - etwas geschieht, dann sucht man Sie vergeblich. Im **Niedriglohnbereich** arbeiten **80 % Frauen**, weil sich gerade Reinigungsgewerbe und fast alle sozialen Berufe leider im Niedriglohnbereich befinden. Deshalb sind insoweit Gesetze notwendig, um vor allem die Frauen zu schützen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb möchte ich den Frauen von dieser Stelle aus gern auch noch eine Stimme geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dafür, dass uns auch Frauen etwas wert sind, nehmen wir in der Tat auch Bürokratiekosten in Kauf. Es braucht Regelungen, es braucht Gesetzmäßigkeiten dafür. Deshalb möchte ich von dieser Stelle aus an Sie appellieren: Nicht immer nur im März zum Equal Pay Day quatschen, sondern auch mal machen!

(Zuruf SPD: So ist es! - Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es wirklich erstaunlich, dass die Union heute den Eindruck erwecken will, dass ein Entgelt in Höhe von 9,18 € den Beschäftigten ein Leben im Schlaraffenland ermöglichen würde. Wer von Ihnen würde denn überhaupt eine Tätigkeit für einen Stundenlohn von 9,18 € akzeptieren? Wenn man sich einmal die jungen Damen und Herren dort oben auf der Tribüne anschaut, dann gehe ich von Folgendem aus: Wenn die jetzt in den Ferien einer Tätigkeit nachgehen sollten, dann werden die Wenigsten von ihnen bereit sein, zu gucken, ob es überhaupt Tätigkeiten gibt, die unterhalb dieser Mindestlohngrenze liegen. Es gibt vielmehr viele Tätigkeiten, bei denen der Lohn deutlich darüber liegt.

Wir unterhalten uns heute über sage und schreibe 68 Ct, um die es am Ende geht, die als Differenz zwischen dem Mindestlohn auf Bundesebene und dem Tariftreuegesetz mit der Vorgabe 9,18 € liegen. Ich kann das einfach nicht nachvollziehen.

(Kai Vogel)

Ich besuche eigentlich jede Woche Schulen. In den Schulen bemühe ich mich dann auch darum, mit denjenigen zu sprechen, die nicht von vornherein im originären Schulbereich tätig sind. Letzte Woche habe ich zum Beispiel mit einer Reinigungskraft gesprochen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ja, Herr Kubicki. Vielleicht sollten auch Sie gegebenenfalls einmal in die Schulen gehen und mit den entsprechenden Personen dort Gespräche führen. Wenn Sie wissen, dass in der Folgewoche eine Debatte über das Thema Tarifreuegesetz geführt werden wird, macht es durchaus Sinn - auch im Hinblick auf das, was Herr Vogt hier sagt -, so etwas zu tun.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Er sagte doch, dass das angeblich nicht eingehalten würde, deshalb ist es doch sinnvoll, dass man mit den Beschäftigten dort einmal spricht. Wenn Sie mit den Beschäftigten sprechen, erfahren Sie, dass sie dankbar dafür sind, dass sie diese 9,18 € an Stundenlohn erhalten. Denn auf diese Art und Weise sind sie in der Lage, für ihre Kinder endlich die Turnschuhe, die sie sich seit Monaten gewünscht haben, zu kaufen.

Wir haben über 50 € zusätzlich im Monat gesprochen. Meine Güte, Herr Kubicki, über 50 € mehr oder weniger würden Sie sich überhaupt keinen Kopf machen! Aber es gibt eine ganze Menge Menschen in der Gesellschaft, die das tun. Ich bin froh, dass wir ihnen dieses ermöglicht haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Genau so ist das! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, kommen Sie doch hier ans Rednerpult, dann können Sie auch etwas sagen.

Lieber Kollege Vogt, zum Hinweis von Ihnen, niemand würde sich an dieses Tarifreuegesetz halten, dazu muss ich ganz ehrlich sagen - -

(Christopher Vogt [FDP]: Das habe ich nicht gesagt! Viele!)

- Das war Ihr Wortbeitrag, niemand würde sich daran halten.

(Christopher Vogt [FDP]: Zitieren Sie doch korrekt, Herr Kollege!)

- Wir können beide nachher nachlesen, was Sie gesagt haben. Selbst wenn es so gut wie niemand sein sollte, der sich daran hält, ist das doch genau das Argument dafür, dass es das Korruptionsregister

geben muss. Ansonsten würde das Ganze doch keinen Sinn ergeben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Genau so ist das! - Christopher Vogt [FDP]: Wer kontrolliert das denn?)

Wenn es wirklich so sein sollte, dass sich so wenige daran halten, muss ich ganz ehrlich fragen: Lieber Kollege Vogt, welches Vertrauen haben Sie denn in unsere Unternehmerinnen und Unternehmer? Ich empfinde es als eine Klatsche in das Gesicht der Unternehmerinnen und Unternehmer, ihnen von vornherein zu unterstellen, keiner würde sich daran halten. Das tut mir wirklich leid.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Wir müssen schon bei der Wahrheit bleiben, Herr Kollege!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit für diesen Beitrag ist abgelaufen. Sie haben aber die Gelegenheit, sie quasi zu verlängern, wenn Sie eine Bemerkung oder eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kubicki zulassen.

Kai Vogel [SPD]:

Gut, dann freue ich mich über die weitere Minute.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege, würden Sie freundlicherweise zur Kenntnis nehmen, dass der Kollege Vogt davon gesprochen hat, dass dieses gesetzlich nicht kontrolliert werde. Er hat nicht davon gesprochen, dass die Unternehmer sich daran nicht hielten. Es wird nicht kontrolliert, und was nicht kontrolliert wird, macht vergleichsweise wenig Sinn.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr freiheitsliebend, diese Auffassung! - Weitere Zurufe SPD)

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich lasse das einfach einmal so stehen. Aber würden Sie mir freundlicherweise erklären, was die Nichtzahlung des Mindestlohnes mit dem Korruptionsregister zu tun hat? Das Korruptionsregister soll diejenigen Unternehmen erfassen, die sich Aufträge dadurch erschlichen haben, dass sie Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung in eine Situation gebracht haben, die strafrechtlich relevant ist. Das hat mit der

(Kai Vogel)

Frage der Zahlung des Mindestlohns überhaupt nichts zu tun.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU - Zurufe SPD)

- Da müssen Sie einmal im Gesetzestext genau nachlesen, werter Kollege Kubicki.

Wenn sich kaum jemand an diese rechtlichen Bestimmungen halten würde, weil es keiner kontrolliert, muss ich fragen, ob Sie sich bei anderen Rechten oder Pflichten denn nicht auch an die Gesetze halten. Da halten Sie sich doch auch daran! Ich unterstelle: Wenn Sie mit dem Auto fahren und aufgrund der weiten Sicht wissen, da kontrolliert keiner, ob Sie 70 km/h fahren, werden Sie sich dennoch an die entsprechenden Gesetze und Regelungen halten. Diese Erwartungshaltung habe ich genauso an die Unternehmerinnen und Unternehmer.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Ja, das machen alle! - Weitere Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abgeordneter Heiner Rickers zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD schüttelt den Kopf. Zu welchem Thema will wohl der agrarpolitische Sprecher nun reden? - Er redet natürlich zur Agrarpolitik.

(Zurufe SPD)

Ich habe nie einen Mindestlohn bekommen, das ist ja mein Problem. Aber ich habe immer im Akkord gearbeitet, Herr Stegner. Sie sollten vielleicht einmal überlegen, ob Sie da mithalten können.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zurufe SPD)

Ich spreche jetzt den Umweltminister an - da ist er -: Herr Dr. Habeck, 9,18 € und dazu die Presse von vorgestern, dass der **Ökolandbau** weiter **Spitzenfördersätze** pro Hektar bekommen wird, also bundesweit an der Spitze liegt. Warum? - Damit man ausgleicht, dass sie jetzt 9,18 € Mindestlohn bezahlen müssen?

Sie wissen genau, auf Bundesebene gibt es Ausnahmetatbestände für Praktikanten, für die Landwirtschaft, für Werkarbeiter, für ausländische Erntehelfer - das ist ganz wichtig in der Landwirtschaft.

Gibt es die in Schleswig-Holstein auch? Gibt es die in Schleswig-Holstein auch oder nicht?

(Vereinzelter Beifall CDU)

Das ist eine spannende Frage.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie - -

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Heiner Rickers [CDU]:

Alle haben gesagt, mit 8,50 € könnten sie leben. 9,18 € für ausländische Erntehelfer oder für Praktikanten - das wird genau diejenigen treffen, die Sie zukünftig fördern wollen. 10 Millionen € zusätzliches Geld für ein grünes Schleswig-Holstein. Jeder Empfänger von einer Weideprämie - Kühe draußen laufen zu lassen -, einer Zuwendung vom Land Schleswig-Holstein, ist zukünftig verpflichtet, 9,18 € zu bezahlen. Soll er nun auf die Weideprämie verzichten oder lieber 9,18 € für die Praktikanten zahlen? Das sollten Sie einmal einen Moment verinnerlichen, mit nach Hause nehmen, und dann können wir darüber gern wieder neu diskutieren.

Ich freue mich auf eine Frage von Herrn Dr. Stegner.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Wunderbar. Dann hat Herr Dr. Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Rickers, ich weiß nicht, ob Sie das zur Kenntnis genommen haben, wenn nicht, würde ich Sie gern darüber aufklären, dass es auch in dem Gesetz des Bundesministeriums mitnichten Ausnahmen für diese Bereiche gibt, sondern dass es Übergangsregelungen für die Bereiche gibt, die nicht tariflich geregelt sind. Aber auch in diesen Bereichen wird ab dem 1. Januar 2017 selbstverständlich der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn gelten. Übrigens ist der Ökolandbau gut, und er muss nicht anders behandelt werden, indem dort keine Mindestlöhne gezahlt werden. Wir sagen, dass das überall gelten muss. Wort und Tat müssen zusammenfallen. Deshalb sind wir dafür auf Bundesebene, aber auch im Land. Herr Kollege Rickers, die Übergangsregelungen führen übrigens dazu, dass eine Angleichung dessen, was in den

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Ländern, die bereits Landesmindestlohngesetze haben, passiert und mit der Fortschreibung im Bund diese sozusagen miteinander verzahnt werden. Also: Alles ist gut für den Ökolandbau und für alle anderen auch.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Heiner Rickers [CDU]:

Gut, ich will Ihnen gern antworten. A ist es Fakt, dass es hier in Schleswig-Holstein keine Übergangsregelungen gibt. Das ist ein immenser Nachteil. Und B wissen Sie, dass das nicht verabschiedet ist und nach wie vor politisch darüber gestritten wird, ob für Praktikanten und ausländische Erntehelfer - wichtig! - diese Ausnahmetatbestände auch auf Dauer gelten sollen. Wenn sie auf Dauer gelten, gibt es immer noch den Unterschied zwischen 8,50 € und 9,18 €, das ist ein relativer großer Schluck. Wenn sie auf Dauer gelten sollten, dann ist das natürlich auch ein riesiger Wettbewerbsnachteil für die schleswig-holsteinischen Landwirte, die viel mit Erntehelfern aus dem Ausland arbeiten.

Sie wissen, auch die Werkbranche - gestern haben wir zum Beispiel über die Schlachthöfe gesprochen - beschäftigt Leute und hat sich zum Glück auf einen Mindestlohn im eigenen Tarif einigen können. Die werden immense Probleme bekommen. Wenn VION bauen will, hier einen Standort sucht und auch vom Wirtschaftsminister Zuschüsse erbitet - sollte es dann wirklich zu der Entscheidung kommen -, wird das dann wieder scheitern an 9,18 €, weil die im Moment irgendwo bei 7,50 € liegen.

(Zuruf SPD: Da gibt es einen höheren Mindestlohn!)

- Aber nicht auf der Schlachtbank.

(Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung nicht der gesamten SPD-Fraktion, sondern des Abgeordneten Dr. Stegner?

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr gern, natürlich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Rickers, ich will Ihnen gern sagen, dass bei den Praktika die Regelung so ist, dass Praktikanten in dem Moment, in dem es sich bei

ihnen um ausgebildete junge Leute handelt, auch nach Mindestlohn bezahlt werden müssen. Auch das gilt in allen Branchen.

Ich will Ihnen auch sagen, dass wir durchaus damit einverstanden sind, dass dann der Spargel möglicherweise 50 Ct mehr kostet. Es darf aber kein Wettbewerbsvorteil sein, dauerhaft mit Dumpinglöhnen und mit der Ausbeutung von Menschen zu arbeiten. Das wollen wir nicht.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Auch darauf möchte ich Ihnen gern antworten. Ich habe hier nicht von Ausbeutung und von Verletzung von Menschenrechten gesprochen. Ich habe nur auf die Tatbestände hingewiesen, die Schleswig-Holstein in der Wettbewerbsfähigkeit, gerade in dem, was Herr Habeck fördern möchte, zukünftig auf den letzten Platz werfen wird. Entweder wollen Sie das alles über den Staat ausgleichen - dann viel Spaß, das werden Sie nicht hinbekommen -, oder Sie werden erleben, dass die Leute an den vielleicht ja sinnvollen Programmen, die das Land aufgelegt hat, nicht teilnehmen wollen.

(Zurufe SPD)

Ich würde mich freuen, wenn auch der Umwelt- und Landwirtschaftsminister dazu Stellung nehmen würde. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Kollegen des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Rickers, was Sie vielleicht falsch verstanden haben, ist, wenn man Löhne von 4 oder 5 € bezahlt, dann wird aufgestockt, dann ist der Staat dabei, dann **subventioniert der Staat Unternehmen**. Wir sind jetzt schon dabei und werden es zukünftig dadurch verhindern, dass wir hier vernünftige Löhne vorschreiben. Dann muss tatsächlich derjenige, der davon profitiert, dass jemand für ihn arbeitet, auch einen ordentlichen Lohn zahlen. Ich finde es eine absolut katastrophale Argumentation, zu sagen: Na ja, wenn dann die Wettbewerbsfähigkeit europäisch hier nicht hinhaut, dann müs-

(Lars Harms)

sen wir die Leute eben ausbeuten, dann ist das eben so.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: „Dann müssen wir die Leute eben ausbeuten“, das ist unglaublich!)

- Lieber Kollege Kubicki, das ist vorvorletztes Jahrhundert. Das darf in gar keinem Fall sein.

(Serpil Midyatli [SPD]: Die Ausländer darf man auch schlechter bezahlen! - Christopher Vogt [FDP]: Hat Heide Simonis die Leute ausgebeutet, oder was? - Glocke Präsident)

- Darf ich vielleicht meine Rede halten? Das wäre auch einmal ganz nett. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Die Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion haben gesagt, das Ganze werde nicht **kontrolliert**, was natürlich völliger Unsinn ist, weil Leute, bevor sie zum ersten Mal einen Auftrag bekommen, anhand von Unterlagen nachzuweisen haben, dass sie einen ordentlichen Lohn zahlen, ansonsten können die nach dem Tarifreuegesetz gar nicht am Wettbewerb teilnehmen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden dann automatisch ausgeschlossen. Diejenigen, die ein Vergabeverfahren machen, die öffentlichen Stellen, machen das tatsächlich nach Recht und Gesetz. Das ist ja bei uns so üblich. Das mag bei Ihnen anders sein, aber bei uns ist es üblich, dass es so gemacht wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch etwas, lieber Kollege Callsen. Wenn Sie es mit dem **Bürokratieabbau** tatsächlich ernst nehmen, dann müssten Sie jetzt eigentlich ein glühender Verfechter all dieser Gesetze sein. Wissen Sie, was der größte Bürokratieaufwand in diesem Zusammenhang ist? Das Administrieren vom Aufstocken,

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

all die Arbeitsämter, die jeden Mist nachrechnen müssen, die ständig gucken müssen, ob die Leute eine ordentliche Wohnung haben, wie viel sie für ihre Wohnung bezahlen, all dieser ganze Zinnober. Was das für ein Verwaltungsaufwand ist! Das ist irre. Nur weil Sie wollen, dass die Leute keinen ordentlichen Lohn verdienen. Das ist eine absolute Sauerei.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch unsere Gesetze gibt es mehr Sozialabgaben, es gibt für die Leute höhere Renten, was dazu führt, dass die Leute teilweise nicht mehr auf die Grundversicherung angewiesen sind - das ist im Übrigen auch Bürokratieabbau, meine Damen und Herren -, und die Leute haben mehr zum Leben. Es betrifft eine Klientel, die im Regelfall ihre Knete auch ausgibt. Die können nämlich nicht sparen. Das heißt, das ist eigentlich sogar noch ein Konjunkturprogramm für unser Land.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Kubicki?

Lars Harms [SSW]:

Sehr gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Harms, habe ich Sie dahingehend richtig verstanden, dass es bei 9,18 € keine **Aufstockung** mehr gibt. Zweitens. Wenn es falsch ist, dass es bei 9,18 € noch eine Aufstockung gibt, dann müsste ich Ihre Worte jetzt so verstehen, dass Sie sich darauf einigen müssten, dass solche Löhne pro Stunde gezahlt werden, dass es keine Aufstockung mehr gibt. Dann wären wir deutlich im Bereich über 12 €. Das kann ich Ihnen sicher sagen.

Lars Harms [SSW]:

Herr Kollege Kubicki, ob aufgestockt werden muss oder nicht, hängt von den persönlichen Lebensverhältnissen des Einzelnen ab,

(Zuruf CDU: Genau!)

also ob jemand verheiratet ist, ob er nicht verheiratet ist, ob er Kinder hat, ob er keine Kinder hat. In vielen Fällen führt unser Mindestlohn dazu, dass nicht aufgestockt werden muss. Aber es kann durchaus auch, insbesondere bei kinderreichen Familien, so sein, dass noch aufgestockt werden muss. Das ist sicherlich so. Aber uns geht es darum, dass wir das Aufstocken so weit minimieren, wie es nur

(Lars Harms)

irgend möglich ist. Wenn Sie mit uns an einer Seite für faire Löhne stehen und die erhöhen wollen, Herr Kubicki, dann stellen Sie einen Antrag. Ich glaube, Sie treffen hier auf offene Türen.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Herr Kollege Dr. Stegner, weil die Sozialdemokraten immer so in die sozialdemokratische Vergangenheit dieses Landes zurückschauen, wo alles sozialpolitisch noch so toll war: Wer hat denn 2005 180.000 Arbeitslose in diesem Land hinterlassen? Das war doch Ihre rot-grüne Politik. Das ist unsozial.

(Beifall CDU und FDP)

Es war CDU-Wirtschaftspolitik, die dazu beigetragen hat und dafür gesorgt hat,

(Lachen SPD)

dass wir jetzt bei unter 100.000 Arbeitslosen in diesem Land sind. Das ist erfolgreiche Sozialpolitik.

(Beifall CDU und FDP - Olaf Schulze [SPD]: Tata, tata, tata!)

Ich sage Ihnen, wenn Sie mit Ihrer Politik in Schleswig-Holstein so weitermachen, dann wird das Wirtschaftswachstum nicht weiter steigen, und wir werden wieder mehr Arbeitslose bekommen.

(Beifall CDU)

Herr Kollege Schulze, die Landesregierung wirbt ja jetzt damit, man sei „Glückswachstumsland“ Schleswig-Holstein.

(Olaf Schulze [SPD]: Das hätten Sie zu Ihrer Zeit gern gehabt!)

- Nein. Damit werben Sie doch. - Ich sage Ihnen, das Einzige, Herr Albig, was bei Ihrer Landesregierung wächst, ist in der Tat das Glück der Finanzministerin, sonst wächst in diesem Land überhaupt nichts, vom Wirtschaftswachstum ganz zu schweigen.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Kollege Dr. Tietze, nun tun Sie wirklich nicht so, als stünde die CDU hier für Sozialabbau.

(Olaf Schulze [SPD]: Das tun Sie ja, das stimmt!)

Es ist beschämend, so etwas zu behaupten, weil wir es waren, die das Tariftreuegesetz damals auf den ÖPNV ausgeweitet haben

(Lachen Olaf Schulze [SPD])

- natürlich, Herr Kollege Schulze -,

(Olaf Schulze [SPD]: Sie haben es doch auslaufen lassen!)

und weil es am Ende der Europäische Gerichtshof war, der gesagt hat, das ist nicht mehr zulässig. Die Bundes-CDU ist ganz klar für Lohnuntergrenzen eingetreten,

(Lachen und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

vertraglich durch die Tarifpartner vereinbart. Herr Stegner, der Mindestlohn ist auf Bundesebene vereinbart.

(Lachen SPD)

Ich wundere mich wirklich, warum Sie Ihren angeblich so großen Wahlerfolg jetzt so kleinreden und so tun, als wenn Sie das auf Bundesebene gar nicht mit erreicht hätten. Nein, er gilt, und er gilt insbesondere automatisch für alle Unternehmen und wird vom Zoll kontrolliert.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Stegner?

Johannes Callsen [CDU]:

Gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Zum einen muss ich mich wirklich sehr darüber freuen, wie Sie jetzt die Geschichte neu interpretieren. Das ist echt etwas. Man lernt hier wirklich etwas heute Morgen, das muss ich schon sagen. Dass Sie für Mindestlöhne und für Tariftreue eingetreten sind, das war mir ganz neu. Aber ich wollte Sie einmal fragen: Aus welcher Partei kommen eigentlich permanent Forderungen, bevor wir zu dem Kompromiss gekommen sind, wir sollten Regionen, Branchen, Praktikanten dauerhaft ausnehmen, wir sollten das Alter nicht bei 18, sondern bei 25 Jahren ansetzen? Wenn mich nicht alles täuscht, kamen solche Forderungen samt und sonders aus der Partei, der Sie angehören, der

(Johannes Callsen)

mit dem C vorne. Das ist mein Kenntnisstand. Wenn Sie uns da auf einen anderen bringen können, dann lernen wir vielleicht noch einmal etwas Neues. Sie interpretieren vieles neu. Ich muss schon sagen, es feuert Sie an, dass Sie im Wettbewerb in der Union sind. Das merkt man, und das finde ich gut.

- Das beruhigt mich, Herr Kollege Stegner. In der Tat ist es so, dass die CDU in die Bundestagswahl auch mit **allgemeinen Lohnuntergrenzen** gegangen ist, allerdings vereinbart von den Tarifvertragspartnern. Wer darauf hinweist, dass es Ausnahmen geben muss, das sind doch die Wirtschaftsfachleute, die Fachleute und Experten, die sich Sorgen darüber machen, dass durch einen zu hohen Mindestlohn am Ende Menschen aus dem Arbeitsmarkt herausfallen. Ich glaube, auf diese Verantwortung muss man auch hinweisen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Stegner?

Johannes Callsen [CDU]:

Gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Callsen, könnten Sie vielleicht akzeptieren, dass Menschen, die selbst arbeiten, nicht diejenigen als Fachleute ansehen, die als Arbeitgeber möglichst wenig bezahlen wollen, weil sie den Rest vom Staat bekommen, sondern dass Fachleute vielleicht diejenigen sind, die arbeiten und die davon leben müssen? Das sind eigentlich die wirklichen Fachleute für gute Arbeit.

- Ich finde, wenn es Wirtschaftswissenschaftler gibt, die auf diese Folgen auf dem Arbeitsmarkt hinweisen, muss man darüber zumindest reden. Das hat man auf Bundesebene getan, und es ist ein Beschluss gefasst, und damit ist es okay.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Lars Harms?

Johannes Callsen [CDU]:

Ja.

Lars Harms [SSW]: Vielen Dank. - Herr Kollege Callsen, ich wollte nur darauf hinweisen, einfach damit sich hier jemand nicht mit fremden Federn schmückt: Im Jahr 2001 hat der SSW das Tariftrueugesetz in den Landtag eingebracht,

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

inklusive des ÖPNV. Zweitens. Im Jahr 2003 hat dann die damalige Regierung aus SPD und Grünen zusammen mit dem SSW dieses Gesetz beschlossen, also damals wirkte Rot-Grün-Blau schon recht gut.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Jahr 2009 hat eine CDU-geführte Regierung dieses Gesetz nicht mehr angewandt, obwohl es noch in Teilen anwendbar gewesen wäre. Nach Übernahme der Regierung durch Rot-Grün-Blau gibt es dieses Gesetz inklusive des ÖPNV wieder.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Kollege Harms, vielleicht würden Sie dazu stehen bleiben, damit ich Ihnen noch eine Ergänzung dieser historischen Lehrstunde geben kann: Es war 2009 so, dass wir es nicht mehr anwenden konnten, weil der Europäische Gerichtshof entsprechend entschieden hatte.

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP] - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Sie haben ein wichtiges Datum in Ihrer Historie vergessen, nämlich das Jahr 2007, in dem durch einen CDU-Wirtschaftsminister das Tariftrueugesetz auf den ÖPNV ausgeweitet wurde. Das ist so gewesen.

(Beifall CDU)

Noch einmal: Der **Mindestlohn auf Bundesebene** gilt. Deswegen halten wir die **landesspezifischen Regelungen** für überflüssig. Sie belasten, wie gesagt, die Unternehmen, die Verbände und das Ehrenamt ganz besonders, aber auch die Kommunen durch Bürokratie. Sie kosten Geld, nämlich 3,8 Millionen €, die wir sinnvoller für die Zukunft der Bildung hier im Land einsetzen können. Deswegen bin ich relativ sicher, dass im Rahmen der Anhörung unsere Argumente von vielen geteilt werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Callsen hat es tatsächlich geschafft, alles miteinander zu vermengen, was man irgendwie nur in einen Topf werfen kann, und dann einen unerquicklichen Brei daraus zu kochen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD] - Rainer Wiegand [CDU]: Er hat zusammengeführt, was zusammengehört!)

180.000 Arbeitslose im Jahr 2005. Ja, wir haben davor **Arbeitslosenhilfe** und **Sozialhilfe** zusammengelegt. Sie waren es, die mit Ihrer Politik immer dafür gesorgt haben, dass Arbeitslosigkeit kommunalisiert wurde. Die Kommunen haben da gegessen und mussten sich um die Menschen kümmern, weil die Arbeitslosenversicherung das nicht konnte und Leute ausgesteuert wurden. Das ist zusammengelegt worden, deswegen die hohe Zahl. Dass sich das auch durch gute Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren wieder ein wenig zurückgedreht hat auf unter 100.000,

(Zuruf Johannes Callsen [CDU])

ist sicherlich nicht nur das Verdienst der CDU gewesen und der Anstrengungen der Regierungen, die davor regierten, sondern das ist ein Ziel gewesen, das wir mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe gemeinsam auch erreichen wollten. Seien Sie insofern vorsichtig, wenn Sie das so ansprechen.

Das zweite: **Wirtschaftsfachleute** warnen vor dem Mindestlohn. - Ich glaube irgendwie, das, was Sie lesen, oder das, was man Ihnen einflüstert, muss aus irgendeiner Schublade kommen. Wer sind denn die Wirtschaftsfachleute, die die Löhne festlegen? - Das sind die **Tarifpartner**.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind die Gewerkschaften und die Wirtschaftsunternehmen, die gemeinsam die Tarifverträge festlegen und abschließen. Das sind die Fachleute. Diejenigen, die diese Tarifverträge unterlaufen, sind diejenigen, die keine Fachleute sind, sondern ganz schlicht und ergreifend Lohndumping und Ausbeutung betreiben. Das müssen Sie dann auch so benennen und nicht diese als Kronzeugen für Ihre komische Diskussionskultur hier ins Feld führen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Stegner?

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Kollege Baasch, man muss bei dem Bild und dem Vergleich, den Sie eben gezogen haben, noch hinzufügen, dass es gar nicht der Wunsch von uns gewesen ist, einen Mindestlohn machen zu müssen. Aber wir haben teilweise Tariflöhne in Deutschland - im Osten zum Beispiel -, die weit unter 8,50 € liegen, wo die Gewerkschaften sehr schwach sind oder wo sogenannte christliche Gewerkschaften tätig sind, die weder christlich noch Gewerkschaften, sondern eher Unterdrückervereine sind,

(Zurufe CDU)

wo solche Vereinbarungen getroffen werden, die man erst einmal auf den Punkt bringen muss, damit wir anschließend wieder vernünftig Tarifautonomie anwenden können. Das ist der Punkt. Deswegen unterstützen die Gewerkschaften übrigens auch den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 €, um anschließend wieder mit einer funktionierenden Tarifautonomie darauf aufzusetzen und entsprechend eine jährliche Anpassung vorzunehmen.

- Vielen Dank, Herr Kollege Stegner. Genau das hätte ich noch ausführen wollen,

(Heiterkeit - Beifall Volker Dornquast [CDU])

um deutlich zu machen, dass Tariflöhne eigentlich das sind, was wir erreichen wollen, es aber in den Bereichen, in denen es Menschen gibt, die sich davor drücken und Lohndumping betreiben, eben notwendig ist, mit Mindestlöhnen zu arbeiten.

(Beifall Martin Habersaat [SPD] - Martin Habersaat [SPD]: Gut, dass Ihr euch mal einig seid!)

Deswegen ist der Mindestlohn auch Ausdruck einer Wertehaltung in dieser Gesellschaft und nicht irgendetwas, was man - wie gesagt - in einer Form diffamieren sollte, sondern das man als Grundvoraussetzung und Gemeinsamkeit in dieser Gesellschaft eigentlich hoch schätzen müsste.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Lars Harms?

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ja, gern.

Lars Harms [SSW]: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich wollte eigentlich nur noch einmal darauf aufmerksam machen und Sie fragen, ob Sie das vielleicht mitbekommen haben, dass sich der Kollege Callsen hier als glühender Verfechter des Tarifreuegesetzes dargestellt hat, er wirklich heroisch für dieses Gesetz gekämpft hat und dass es ein Widerspruch dazu ist, was er heute beantragt. Heute beantragt er nämlich, dieses Gesetz aufzuheben.

- Genau deswegen müssen wir so intensiv mit ihm diskutieren, dass er genau diesen Widerspruch auch erkennt und vielleicht auch zur Einsicht gelangt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber ich will meine Redezeit noch kurz nutzen, um einen weiteren Punkt, der in der Diskussion hier noch nicht angesprochen worden ist, auszuführen. Denn eines ist auch klar: Wer anständige Löhne zahlt, beugt auch **Armut im Alter** vor. Und wer Armut im Alter verhindern und anständig bekämpfen will, der muss Altersarmut schon heute begegnen. Altersarmut wird nur durch armutsfeste Löhne verhindert,

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sie wird nur dadurch verhindert, dass Menschen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze erhalten. Wenn jetzt schon in Schleswig-Holstein nach den Zahlen von 2011 entsprechend einer Studie der Christian-Albrechts-Universität 16.500 Menschen in Schleswig-Holstein im Alter von 65 Jahren und älter auf Grundsicherungsleistungen angewiesen und davon zwei Drittel Frauen sind, macht es doch deutlich, dass kleine, geringe Löhne unter dem Mindestlohn genau die Ursache dafür sind, dass man auch keine vernünftige Altersabsicherung hat. Wer also Armut bekämpfen will, braucht den Mindestlohn und sollte sich nicht hier hinstellen und sagen, dass sei ein Bürokratiemonster. Nein, es ist gesellschaftlich notwendig.

(Beifall SPD, SSW und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Olaf Schulze noch einmal das Wort.

(Christopher Vogt [FDP]: Der war doch schon dran!)

Olaf Schulze [SPD]:

Wenn Herr Callsen mich unbedingt dazu auffordert!

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Callsen, es ist schon schön, wie verzweifelt Sie versuchen, hier Wirtschaftskompetenz vorzuleben und zu zeigen.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie versuchen das noch nicht einmal!)

Ich meine, dass das bei vier Wirtschaftsministern in sieben Jahren nachvollziehbar ist!

(Johannes Callsen [CDU]: Habt Ihr mal neue Argumente!)

Dazu, dass Sie immer noch darauf herumreiten und sagen: Einer der Wirtschaftsminister hätte tatsächlich dafür gekämpft und das durchgesetzt, dass das Tarifreuegesetz in Schleswig-Holstein 2007 erhalten blieb. - Das stimmt nicht.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Es war nicht ein Wirtschaftsminister von Ihnen, der das unbedingt haben wollte, sondern es war in der Großen Koalition damals die SPD, die gesagt hat, dass wir das Tarifreuegesetz unbedingt behalten wollen. Sie hätten das damals gern schon geopfert und gern das Tarifreuegesetz damals schon beerdigt.

Es ist richtig, dass wir 2007 den **ÖPNV** mit hineingenommen haben. Aber das war eine Initiative des SSW. Wir konnten uns damals mit dem SSW gemeinsam darauf verständigen, dass es so hineinkam.

Wenn Sie sagen: Das war danach, das **Tarifreuegesetz** musste auslaufen, weil es nicht mehr **europakonform** war, dann ist das auch falsch. Man hätte das Tarifreuegesetz, wenn man es wirklich gewollt hätte, europakonform machen können. Man hätte es dann einfach weiterlaufen lassen können. Nur war das nicht gewollt.

(Beifall SPD und SSW)

Deswegen hat man es ausgesetzt. Deswegen: Stellen Sie sich hier heute nicht hin und tun so, als sei-

(Olaf Schulze)

en Sie diejenigen gewesen, die das Tariftreuegesetz gerettet hätten.

Ich finde es gut, dass Sie den Mindestlohn jetzt so feiern. Es freut mich, dass Sie nach ungefähr zehn Jahren endlich dahinkommen und auch für einen Mindestlohn sind. Dass Sie ihn heute feiern und dass Sie sagen, dass Sie schon fast diejenigen sind, die den Mindestlohn durchgesetzt haben - geschenkt! Das sollen Sie gern machen, wenn Sie dann dabei bleiben, und wenn der Mindestlohn dafür bleibt, ist es auch in Ordnung. Ich würde mir nur wünschen, dass Sie sich einfach einmal bei solchen Gesetzen und bei sozialen Angelegenheiten an die Spitze der Bewegung setzen würden

(Christopher Vogt [FDP]: An Ihnen kommt doch keiner vorbei!)

und nicht immer erst dann, wenn Sie nicht mehr anders können - wie jetzt auch beim Mindestlohngesetz.

Sie waren nie Verfechter des **Mindestlohngesetzes**. Das haben Sie eben gerade auch noch gesagt. Eigentlich wollten Sie eine **Lohnuntergrenze** haben, die bei Weitem kein flächendeckender Mindestlohn ist. Aber ich finde es gut, dass Sie heute endlich so weit zur Einsicht gekommen sind, dass ein Mindestlohn richtig und gut ist. Hoffentlich geht das so weiter.

(Beifall SPD, SSW, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias Koch.

(Olaf Schulze [SPD]: Besser als vier, ne? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Man muss auch mit wenig zufrieden sein! - Olaf Schulze [SPD]: Bei Ihnen ja, wir nicht! - Weitere Zurufe)

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja schön, dass die heutige Debatte die sozialdemokratische Seele so wärmt, Sie als Fraktion wieder etwas näher zusammenschweißt und damit die Zerrissenheit der letzten Tage und die Kritik untereinander wieder kittet.

(Christopher Vogt [FDP]: Wenn Peter Hartz das doch erleben könnte! - Weitere Zurufe)

Aber schauen wir doch einmal ganz nüchtern - -

(Zurufe SPD)

- Jetzt beruhigen Sie sich doch! Sie hatten doch schon Ihren Spaß heute Morgen! Jetzt bleiben Sie doch einmal ganz ruhig!

(Weitere Zurufe SPD)

- Sind Sie fertig, darf ich jetzt? Ich habe Zeit.

(Zurufe SPD: Ja, wir auch!)

Schauen wir einmal ganz nüchtern, worum es heute geht. Wir haben einen **Bundestagsbeschluss** zu einem **Mindestlohn** von 8,50 €. Ich glaube, niemand von Ihnen wird behaupten, dass ein Mindestlohn von 8,50 € ungerecht wäre, dass das Dumpinglöhne wären, dass das unanständige Löhne wären. Das sagt doch keiner von Ihnen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Doch!)

Vermutlich nicht. Wir haben jetzt eine bundesweite Regelung. Wir sprechen heute lediglich darüber, ob wir als Schleswig-Holsteiner da noch draufsatteln sollten, ob wir uns das leisten können.

(Zurufe SPD)

Wir wissen, was uns das kostet, nämlich 3,8 Millionen € allein für den **Bürokratieaufwand**, der in den Kommunen anfällt und den wir bezahlen müssen. Allein dieser nüchterne, kleine Punkt ist Gegenstand der heutigen Debatte, nicht die große Frage, die Sie hier immer in den Raum stellen, sondern nur die Frage, ob Schleswig-Holstein über die jetzt gefundene Bundesregelung hinausgehen muss mit den entsprechenden zusätzlichen Kosten. Das haben wir heute thematisiert. Wir meinen, das Geld kann man besser einsetzen. 75 zusätzliche Lehrer wären uns lieber, als 3,8 Millionen € dafür aufzuwenden. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten sie eine Bemerkung des Abgeordneten Tietze?

Tobias Koch [CDU]:

Auch das sehr gern.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege Koch. Nur für die Geschichtsbücher: Können Sie uns erklären, seit wann Sie persönlich einen Mindestlohn von 8,50 € für gerechtfertigt halten?

(Tobias Koch)

- Herr Kollege Tietze, diese Frage steht jetzt nicht zur Debatte.

(Lachen und Zurufe SPD)

- Ich sage ja, es ist schön, dass Sie heute Morgen Ihren Spaß haben.

(Zurufe SPD)

Wir orientieren uns an Realitäten. Wir haben jetzt einen bundesweiten Mindestlohn von 8,50 €.

(Zuruf SPD: Endlich!)

Alles andere ist Vergangenheit. Wir müssen jetzt diskutieren, wie wir damit in Zukunft umgehen. Das ist die Frage, die wir heute aufgeworfen haben, und zwar vollkommen zu Recht. Wie Schleswig-Holstein als armes Bundesland mehr als alle anderen noch etwas draufsatteln kann, müssen Sie erklären und nicht ich.

(Beifall CDU - Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Stegner?

(Zurufe SPD)

- Des Abgeordneten Stegner und nicht der Abgeordneten Midyatli, wenn ich bitten darf.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Koch, ich habe verstanden, dass Ihre Antwort lautet: Ich bin dann für den Mindestlohn von 8,50 €, wenn der im Gesetz steht. Darf ich daraus schlussfolgern, dass Sie vielleicht auch für einen Mindestlohn von 9,18 € in Schleswig-Holstein sein könnten, wenn der im Gesetz steht? Ich habe die Hoffnung, dass Sie sich auch in dem Punkt gesetzestreu kennen könnten.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Kollege Dr. Stegner, wenn ich den Kollegen Harms richtig verstanden habe, ist das quasi ein Konjunkturprogramm für Schleswig-Holstein, dass jetzt ein Mindestlohn von 9,18 € bei uns im Gesetz steht. Dann machen Sie doch lieber ein Gesetz mit 10 €, mit 12 € oder mit 15 €. Das müsste dann ja ein Konjunkturprogramm hoch 3, hoch 4 oder hoch 5 sein. Das wird uns alle im Lande deutlich reicher machen, also nur zu!

(Wolfgang Baasch [SPD]: Das Geld fließt auch in den Konsum! Ja, das ist so! - Weitere Zurufe)

- Ich glaube, das führt jetzt nicht wirklich weiter.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine weitere Bemerkung?

Tobias Koch [CDU]:

Aber gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Koch, habe ich Sie richtig verstanden, dass wir, wenn wir künftig Anpassungen vornehmen werden, die über 9,18 € hinausgehen, mit der Unterstützung der CDU- und FDP-Fraktion in diesem Hause rechnen können und dass Sie dafür werben werden?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Unruhe)

- Herr Kollege Dr. Stegner, bei aller Liebe - wir sollten die heutige Debatte ernsthaft führen und nicht mit Suggestivfragen das Ganze ins Lächerliche ziehen.

(Beifall CDU - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das war Ihr Argument mit dem Konjunkturprogramm, das vorhin ernsthaft vorgetragen worden ist. Ich habe das nicht als lächerlich aufgefasst. Nur das habe ich wiedergegeben. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Wortbeitrag hat sich Frau Abgeordnete Rathje-Hoffmann gemeldet. Ich erteile ihr für die CDU-Fraktion das Wort.

(Unruhe)

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich melde mich noch einmal zu Wort, weil ich einiges so nicht stehen lassen kann, gerade was den Bereich der Frauen und das **Lohngefälle** zwischen **Frauen und Männern** in der Bundesrepublik Deutschland anbetrifft. Ja, es ist so, wir haben ein Lohngefälle von 22 %. Frauen bekommen im Schnitt 22 % weniger als Männer, aber wir müssen einmal genau gucken, wo bei der Chancengleichheit Probleme bestehen. Da lohnt sich ein Blick auf die Bundesebene: Was hat die christlich-demokratische Bundesregierung zusammen mit der FDP auf den Weg gebracht? - Die Chancengleichheit!

(Katja Rathje-Hoffmann)

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sollten wir nicht ausblenden. Es geht um den **Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung**. Das ist der Weg zur Chancengleichheit, der Weg zur Teilhabe.

(Beifall CDU und FDP)

Ich glaube, dass wir da auf einem guten Weg sind. Die Gemeinden haben sich angestrengt und den Rechtsanspruch umgesetzt, auf Biegen und Brechen, die haben sich wirklich verausgabt und kriegen jetzt auch die Mittel dafür. Das ist richtig so. Das bedeutet, dass die Frauen arbeiten gehen können und nicht mehr in die Teilzeitfalle laufen. Das müssen wir beachten, denn Frauen sollen die Chance haben zu arbeiten. Natürlich ist es richtig, dass sie dann auch die Möglichkeit haben, mit dem Mann gemeinsam die Familie zu ernähren, nicht in Teilzeit, sondern in Vollzeit.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Simone Lange?

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Ganz herzlich gern.

Simone Lange [SPD]: Ich bin ein bisschen irritiert, welches Rollenverständnis von Frauen und Männern Sie hier an den Tag legen. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Frauen und Männer gemeinsam für ihr Einkommen sorgen sollen und es bei Ihnen vorgeht, dass Frauen überhaupt einen Beruf oder Job haben, egal wie wenig sie dort verdienen? Verstehe ich Sie richtig?

- Da haben Sie mir nicht richtig zugehört. Frauen und Männer sollen beide arbeiten. Ich halte das für richtig. Die Frauen sind gut ausgebildet. Warum sollen die Frauen zu Hause versauern?

(Beifall CDU und FDP)

Die Frauen sollen natürlich ihrem Beruf nachgehen. Die Gemeinschaft, die Gemeinden und Träger von Kindertagesstätten sorgen dafür, dass die Kinder fachgerecht und qualitativ hochwertig betreut werden, von 0 bis meinetwegen 12 Jahre. Die Betreuten Grundschulen laufen über. Mehr als 65 % aller Schülerinnen und Schüler werden in Betreuten Grundschulen angemeldet. Das ist Teilhabe und die

Chance für Frauen, sich richtig zu engagieren, ordentlich Geld zu verdienen und endlich die Lücke von 22 % zu kompensieren.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Abgeordneten Lange?

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Ja.

Simone Lange [SPD]: Ist Ihnen bekannt, dass Kinderbetreuung Geld kostet? War es nicht die Vorgängerregierung, die das **kostenlose Kita-Jahr** in Schleswig-Holstein abgeschafft hat, was dazu führt, dass wir Kinderbetreuungskosten haben, die so hoch sind, dass die von dem Lohn, den ich in einem Minijob verdiene, nicht gedeckt werden können? Ist Ihnen bekannt, dass im Minijob-Gewerbe auch in Schleswig-Holstein bis zu 80 % Frauen tätig sind? Ich frage mich, mit welchen Rezepten Sie erstens die Lohnschere schließen wollen und zweitens die Frauen entsprechend ausstatten wollen, damit sie die Kinderbetreuung überhaupt bezahlen können.

- Das ist jetzt ein recht diffuses Werk, das Sie mir vorgetragen haben. Ich glaube, die Frauen, die in Minijobs arbeiten, machen das freiwillig,

(Zurufe SPD)

die machen das meistens auch zusätzlich. Natürlich gibt es auch Frauen, die keine Kinderbetreuung wollen und abends arbeiten gehen. Sie sollten nicht geringschätzig über die Frauen reden, die diese Jobs machen.

(Beifall CDU)

Die Verallgemeinerung, die Sie hier an den Tag legen, halte ich für falsch. Darüber müssen wir noch einmal miteinander reden, Frau Kollegin.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Miteinander reden möchte auch die Kollegin Anke Erdmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Auch darauf freue ich mich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Sie lassen also eine Zwischenbemerkung zu.

(Unruhe)

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das freut auch mich. Ich stelle als Gemeinsamkeit fest, dass wir alle mit dem **Ausbau** im **U-3-Bereich** sehr zufrieden sind. Ich möchte darauf hinweisen, dass es nicht Schwarz-Gelb, sondern Schwarz-Rot war, die das beschlossen haben. Es war damals die Große Koalition. Sie haben argumentiert, dass es vor allem ein Ausweg aus der **Teilzeitfalle** sei. Ist Ihnen bekannt, dass der Rechtsanspruch nur für den Vormittag gilt? Das ist zwar ein Fortschritt, aber genau das, was Sie beschreiben, dass man als Frau nicht in die Teilzeitfalle rennt, ist damit meines Erachtens nicht automatisch ausgeschlossen.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Kollegin Erdmann, da gebe ich Ihnen recht. Ich glaube, dass wir am **Teilzeit- und Befristungsgesetz** etwas ändern sollten. Das ist im Koalitionsvertrag auch schon festgeschrieben. Ich denke, dass wir da auf dem richtigen Weg sind, damit die Frauen nicht in die Teilzeitfalle hineinlaufen, sondern Karriere machen können und in absehbarer Zeit genauso viel Geld verdienen wie die Männer. - Schönen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Abgeordnete Kai Dolgner von der SPD-Fraktion.

(Zurufe)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche noch einmal, das bezogen auf den Mindestlohn zu erläutern. Man könnte sich über die unterschiedlichen Familienbilder in den Parlamenten und vor allen Dingen im Bundestag unterhalten, zum Beispiel darüber, wie man auf die Idee des Betreuungsgeldes kommen kann. Man könnte sich auch über Sprache unterhalten, beispielsweise dass einem etwas wie „abends etwas hinzuverdienen“ herausrutscht. Das ist aber nicht mein Punkt.

Jede Studie zeigt - das stelle ich gern zur Verfügung -, dass Frauen im Niedriglohnsektor insbesondere unter 8,50 € erheblich überproportional vertre-

ten sind, und zwar mit dem mehr als doppelten Anteil. Das heißt, bei gleicher Arbeitszeit - unabhängig davon, ob Frauen mehr Teilzeitbeschäftigung haben - ist es einfach so: Wenn man einen gesetzlichen Mindestlohn einführt, profitieren davon Frauen überproportional. Es verringert die 22 %. Der Gap bei gleicher Arbeit und gleicher Stundenzahl beträgt 7 %. Beim **Equal Pay Day** haben wir zwei Dinge zu beachten, nämlich dass wir bei gleicher Qualifikation, gleicher Erfahrung, gleicher Arbeit eine Lohnspreizung von 7 % haben,

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Jetzt schon!)

und dass wir, wenn alle Löhne betrachtet werden, eine Spreizung von 22 % haben. Das ebnet man ein. Das ist ein Punkt zum Thema Gleichstellung.

Der **Mindestlohn** betrifft gerade Branchen wie zum Beispiel das Gaststättengewerbe, in dem ein Frauenanteil von 80 % im Niedriglohnbereich arbeitet. Das mögen Sie als Effekt nicht haben wollen; er ist aber zum Glück da. Deshalb ist es ein Teil von Gleichstellung und ein Teil von Lohngleichheit. Man mag das wirtschaftspolitisch für verkehrt halten. Die FDP hatte wenigstens eine wirtschaftspolitische Analyse. Aber man kann nicht negieren, dass ein Mindestlohn die 22 % verringert. Wenn das das gemeinsame Ziel ist, ist der Mindestlohn ein wichtiger Baustein dafür. Arbeiteten Frauen und Männer alle 40 Stunden und die Frauen weiterhin hauptsächlich in den Sektoren, in denen es prekäre Beschäftigungsverhältnisse gibt, bliebe der Gap trotzdem erhalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Flemming Meyer [SSW])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf der CDU segelt unter falschem Namen. Es wird versprochen, **Bürokratiekosten** zu senken. Dafür können Tariftreue, Mindestlohn und Korruptionsbekämpfung gern zurücktreten. **Standardabsenkung** auf Kosten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder eines fairen Wettbewerbs ist das - nichts anderes. Meine Damen und Herren, da ich kann nur sagen: So nicht!

(Minister Reinhard Meyer)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage genauso deutlich ausdrücklich, dass die Landesregierung die Gesetze, die Sie in Ihrem Artikel 1 Absatz 1 bis 3 abschaffen wollen, ausdrücklich begrüßt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Seit wann das denn?)

Herr Callsen, ich weiß nicht, was meine vier CDU-Vorgänger so alles gemacht haben. Manches und vieles muss ich aufräumen.

(Beifall SPD und SSW)

Wenn es eine Urheberschaft für die Tariftreue geben sollte, fände ich das gut. Aber passen Sie auf, dass nicht morgen irgendwo in der Zeitung steht: CDU erwischt beim Arbeiterkampf.

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf: Das war ein Witz! - Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Das liegt wahrscheinlich daran, dass manche das Elfmeterschießen von gestern Nacht noch in den Knochen haben. Da muss man noch ein bisschen aufwachen. Das gilt für mich aber auch.

(Christopher Vogt [FDP]: Für die Holländer unter uns!)

Ich will in dieser Debatte nur ganz kurz auf wenige Punkte eingehen, weil es wichtig ist, darauf hinzuweisen, warum wir ein **Tariftreue- und Vergabegesetz** brauchen. Wir diskutieren seit Jahren über das sogenannte billigste Angebot. Darüber ist die Wirtschaft in Schleswig-Holstein auch nicht besonders glücklich. Wir haben gesagt: Wir wollen Standards setzen - die setzen wir mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz -, damit wir bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das beste Angebot bekommen. Das liegt im Interesse des Landes Schleswig-Holstein.

Wir machen damit - dazu bekenne ich mich ausdrücklich - eine positive Form von Regulierung. Wir wollen zugunsten des Gemeinwohls steuernd eingreifen. Wir legen nämlich Wert darauf, dass wir beim Einsatz von Arbeitskräften sozialverträgliche Arbeitsbedingungen haben. Wir legen Wert darauf, dass die angebotenen Leistungen hochwertig, nachhaltig und gemeinwohlorientiert sind. Wir legen Wert darauf, dass wir in Sachen Umweltschutz, in Sachen Gleichstellung, in Sachen Antidiskriminierung als öffentliche Hand Verantwortung tragen

und dass wir mit gutem Beispiel vorangehen. Das kostet an der einen oder anderen Stelle; das gebe ich zu.

Bei den **3,8 Millionen €** an die **Kommunen** handelt es sich um eine Schätzung. Wir werden das evaluieren. Ich persönlich glaube nicht, dass die 3,8 Millionen € wirklich benötigt werden. Wir stehen aber auch hier zu unserer Verantwortung, wenn wir das gemeinsam mit den Kommunen flächendeckend in Schleswig-Holstein machen wollen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Es wurde behauptet, es sei notwendig!)

Ich komme zum **Register zum Schutz fairen Wettbewerbs**. Worüber reden wir? Wir reden darüber, dass wir gesetzestreue, zuverlässige Unternehmen, die rechtschaffen arbeiten, mit diesem Register ein Stück weit schützen wollen,

(Zuruf SPD: Genau!)

und zwar bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Jeder, der Aufträge vergibt, soll wissen, wer sich nicht an die Regeln hält. Deswegen gibt es dieses Register. Es ist übrigens sehr unbürokratisch zusammen mit Hamburg im Aufbau begriffen. Ist es denn ein Zufall, dass die Justizministerkonferenz der Länder in ihrem jüngsten Beschluss genau dieses Modell Hamburg und Schleswig-Holstein als Vorbild für eine bundesweite Regelung genommen hat? Sie können sehen: Auch hier geht Schleswig-Holstein wieder voran.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine ganz kurze Bemerkung zum **Mindestlohn**, meine Damen und Herren. Ich will noch drei Argumente nennen. Wir brauchen das Thema Mindestlohn. Wir reden über gute Arbeit. Wir reden über Fachkräfte in der Zukunft. Wir reden über junge Menschen, denen wir in Schleswig-Holstein einen vernünftigen, mit guter Arbeit ausgestatteten Arbeitsplatz bieten wollen. Deswegen ist das Thema wichtig. Wir reden natürlich auch über die Kaufkraft, die dadurch erzielt wird. Das ist an anderer Stelle bereits gesagt worden.

Ich wiederhole wirtschaftspolitisch Folgendes: Ich glaube nicht, dass ein Geschäftsmodell, das dauerhaft auf einen Lohn unterhalb von 8,50 € oder 9,18 € aufbaut, dauerhaft Erfolg haben wird. Allein deswegen brauchen wir den Mindestlohn.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Minister Reinhard Meyer)

Zum Abschluss, meine Damen und Herren von der CDU: Ich hätte mich gefreut, wenn man bei Artikel 4 nicht auf die VOB von 2009, sondern auf die aktuelle von 2012 zurückgegriffen hätte,

(Lachen SPD)

wenn man schon etwas ändern will. Da kann ich nur sagen: Das ist handwerklich kein Meisterbrief, den Sie an dieser Stelle haben. Aber vielleicht ist das auch nur eine Petitesse.

Das Fazit der Landesregierung in dieser Debatte ist klar: Wir wollen an den bestehenden Gesetzen nichts ändern. Sie sind richtig und wichtig. Ich bin fest davon überzeugt: Sie werden sich bewähren. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/2086 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam eine weitere Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Marion-Dönhoff-Gymnasiums in Mölln zu begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Die Debatte heute Morgen verfolgt ebenfalls die Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ruth Kastner. - Herzlich willkommen auch dir, liebe Ruth!

(Beifall)

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 5 und 30 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein (LehrBG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1760

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 18/2093

Gemeinsam für ein modernes Lehramt

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2122

b) Lehrereinstellungsbedarf und Lehrereinstellungsangebote sowie Lehrerausbildungskapazitäten an den lehrerbildenden Universitäten in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2107 (neu)

Ich erteile zunächst der Berichterstatterin des Bildungsausschusses, der Frau Abgeordneten Anke Erdmann, das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Daniel Günther von der CDU-Fraktion das Wort.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am liebsten hätte ich gesagt, die Kollegin Erdmann hat mit ihrem langen Bericht eben schon so viel vorweggenommen, dass ich mir einiges ersparen kann. Das kann ich aber an der Stelle leider nicht tun. Ich zitiere zu Beginn von der Internetseite des Ministerpräsidenten:

„Wir wollen unsere Politik im Dialog mit den Menschen im Land gestalten.“

(Beifall SPD)

Das stammt aus einer Presseerklärung der SPD-Landtagsfraktion - Herr Dr. Stegner, Sie klatschen genau an der richtigen Stelle - vom 13. Juni 2012.

„Das bedeutet vor allem, mit den Betroffenen zu reden, mit denen, die von unseren Entscheidungen betroffen sind.“

In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Einstand dieser Regierung heißt es:

(Daniel Günther)

„Diese Regierung setzt auf eine neue politische Kultur. Wir setzen auf **Dialog, Transparenz und Teilhabe**“.

Er fügt hinzu: An allen Entscheidungen, die unsere Hochschulen betreffen, werden wir sie teilhaben lassen.

(Beifall Bernd Heinemann [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich verzichte an dieser Stelle bewusst auf die wohlklingenden Zitate der Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aber eher deshalb, weil es wirklich peinlich für sie wäre, wenn ich sie heute noch einmal erwähnte.

Mit diesen Schlagworten sind Sie vor zwei Jahren angetreten. Ich gebe zu, manchen haben Sie in den ersten Monaten von diesem Angebot des Dialogs durchaus überzeugt, sodass es die Resonanz gegeben hat: Hier scheint eine neue Zeit anzubrechen. - Aber diese Zeit dauerte nur drei Monate.

Wo steht die Regierung heute? Gerade einmal zwei Jahre sind Sie im Amt. Was ist davon übrig geblieben? Wenn man sich den Vierklang aus der Presseerklärung der SPD, aus der ich eben zitiert habe, noch einmal anschaut, dann stellt man angesichts des vorliegenden Gesetzentwurfs fest, dass das reif fürs Kabarett ist. Der Vierklang lautet: Zuhören, einbeziehen, entscheiden, an Vereinbarungen halten.

Das war der Vierklang, den Sie damals formuliert haben. Ich glaube, heute wäre es zu formulieren: Weghören, ausgrenzen, durchpeitschen und Vereinbarungen brechen. Das ist die Politik, die Sie machen.

(Beifall CDU und FDP)

Frau Präsidentin, bevor Sie mir gleich einen Ordnungsruf für das erteilen, was ich sage, weise ich darauf hin, dass ich nur den Ministerpräsidenten zitiere. Wie weit, meine Damen und Herren, hat sich eigentlich ein Ministerpräsident von den Bürgerinnen und Bürgern seines Landes entfernt, der sich ernsthaft vor demonstrierende Studenten stellt, die sich Sorgen um ihre Zukunft machen, und dem nichts Besseres einfällt, als sie als respektlos, töricht und dumm zu bezeichnen? Wie weit hat sich ein Ministerpräsident davon eigentlich entfernt?

(Beifall CDU und FDP)

Wenn es wenigstens so wäre, dass Sie das nur im Affekt gesagt hätten. Nein, Sie haben zwei Wochen später sogar noch die Chance gehabt, sich bei den Studierenden dafür zu entschuldigen. Herr Albig,

Sie haben sogar noch gesagt, Sie stehen zu den Worten, die Sie gesagt haben. Wie weit haben Sie sich von den Menschen entfernt?

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie - -

(Zurufe CDU und FDP)

- Meine Damen und Herren, jetzt habe ich das Wort. Ich frage den Kollegen Daniel Günther, ob er während seiner Rede eine Bemerkung des Abgeordneten Heinemann zulässt.

Daniel Günther [CDU]:

Ich lasse eine Bemerkung zu.

Bernd Heinemann [SPD]: Kann es sein, dass Sie hier etwas verwechseln, dass nämlich das törichte Auftreten bestimmter Menschen, also ein bestimmtes Verhalten gemeint war und nicht, dass die Menschen als Personen dumm seien?

(Zurufe CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Die Antwort gibt der Abgeordnete Günther und niemand anderes.

Daniel Günther [CDU]:

Es ist eigentlich wurscht, was ich dazu sage, Herr Kollege Heinemann.

(Zuruf SPD: Das stimmt!)

Es ist völlig egal, was ich Ihnen darauf für eine Antwort gebe. Ich finde das Verhalten und das, was der Ministerpräsident dort gesagt hat, absolut ungehörig und weise das entschieden zurück.

(Beifall CDU und FDP)

Wie weit ist es eigentlich mit der Dialogkultur auch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gekommen, wenn sich die Personenschützer der Landesregierung ernsthaft fragen müssen, ob sie eigentlich die Mitglieder der Landesregierung schützen müssen oder ob sie nicht eher die Bürgerinnen und Bürger vor Mitgliedern des Kabinetts beschützen müssen?

(Beifall CDU und FDP)

Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei Ihnen in einer Art und Weise auseinander, wie man es eigent-

(Daniel Günther)

lich eher aus Systemen kennt, die mit Demokratie nicht sonderlich viel am Hut haben.

Bei den **Sachargumenten**, Kollege Andresen, auf die Sie warten, haben Sie nicht zugehört. Sie haben doch so getan, als hätte die **Anhörung** überhaupt nicht stattgefunden. Welche vermeintlichen Experten meinen Sie denn, die Ihnen immer empfehlen, dass es eine Einheitslehrausbildung geben soll? Die schieben Sie doch immer nur vor.

Ich nenne jetzt als Beispiel überhaupt nicht das, was Elternbeiräte, Lehrerverbände oder andere Interessengruppen gesagt haben, sondern ich fokussiere mich einzig und allein darauf, was die drei lehrerbildenden Universitäten in Kiel, Flensburg und Lübeck dazu gesagt haben. Professor Kipp, Präsident der CAU, bezeichnet den **Einheitslehrer** als Weg ins Mittelmaß. Seine Vizepräsidentin, Professorin Parchmann, sagt ganz deutlich, dass eine Einheitslehrausbildung den aktuellen Ansprüchen von Schule nicht Genüge tun würde. Sie sagt wörtlich: „Der geplante Einheitslehrer wird scheitern.“

Die Universität Flensburg, die Sie häufig zitiert haben, sagt: Wir hätten hervorragend mit einer Fortführung der schulartspezifischen Ausbildung leben können. - Die Musikhochschule in Lübeck präferiert explizit eine schulartspezifische Ausbildung. Das können Sie in jeder Stellungnahme lesen. Durch all diese Argumente lässt sich die SPD nicht davon abbringen, endlich ihren Traum vom Einheitsschulsystem durchzusetzen.

Dass der **SSW** nicht opponiert, wundert mich nicht, wobei ich ausdrücklich sagen will - wir haben ja aus den Akten noch nicht zitiert -: Der **SSW** war ja die einzige Kraft, die diesen Entwurf zwischen durch fast ins Wanken gebracht hat. Ich war ganz erstaunt, als gesagt wurde, hier werde gedroht. In der Debatte werde sozusagen gegen dieses Gesetz geredet. Ich dachte: Mensch, worum geht es? Geht es um unsolide Finanzierung oder darum, dass die Chancen von jungen Menschen eventuell gefährdet werden können? - Nein, in diesem Gesetzentwurf stand einfach nicht drin, dass zukünftig auch im Matheunterricht die Minderheitenproblematik aufgegriffen wird. Das war das einzige Problem, das Sie bei diesem vermurksten Gesetz gesehen haben. Sie haben echt den Blick für das Wesentliche!

(Beifall CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie könnten als Kabarettist auftreten!)

Insbesondere die Grünen müssen sich fragen lassen, warum sie sich in einen solchen **Zeitplan** pressen lassen. Was ist eigentlich mit den Grünen aus dem Jahre 2012 geworden, die in diese Regierung einge-

treten sind? Sie haben all ihre Grundsätze in den letzten Monaten aufgegeben. Warum ketten Sie sich an diese Bildungsministerin? Ihr Ruf steht mit auf dem Spiel.

(Beifall CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Und Sie haben gar keinen zu verlieren!)

Es gibt keinen einzigen sachlichen Grund, warum dieses Gesetz heute bar jeder Vernunft durch das Plenum gepeitscht werden muss. Das wissen Sie ganz genau. Es gibt keinen einzigen sachlichen Grund.

Zu Ihrem Scheinargument, die Universität Flensburg wäre ja so beunruhigt, frage ich Sie: Wer hat denn die Unruhe in die Universität Flensburg gebracht? Das waren doch Sie mit Ihrem bescheuerten Gesetzentwurf.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Aus meiner Sicht gibt es ganze drei Gründe dafür, warum dieses Gesetz heute beschlossen werden soll. Der erste Grund für Sie ist: Am Sonntag findet das Fußballweltmeisterschaftsfinale statt, und die Leute sind von dem, was Sie hier tun, schön abgelenkt.

(Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zweite ist die Prüfungsphase in den Hochschulen. Sie wissen, dass die Betroffenen im Moment keine Zeit haben, gegen Ihr vermurkstes Gesetz zu demonstrieren. Das dritte Argument ist, dass die Bildungsministerin ihre letzte Plenarwoche hier als Ministerin verbringt und Sie deswegen wollen, dass dieses Gesetz noch mit ihrem ramponierten Ruf verbunden wird und nicht dem Nachfolger die Arbeit zerstört.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Lars Harms?

Daniel Günther [CDU]:

Gern.

Lars Harms [SSW]: Lieber Kollege Günther, ich nehme mit nicht wenig Stolz zur Kenntnis, dass Sie die Verantwortung für den Sieg der deutschen Nationalmannschaft über

(Daniel Günther)

Brasilien bei unserer Landesregierung sehen.
Vielen Dank!

(Heiterkeit und Beifall SSW, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- In aller Bescheidenheit füge ich hinzu, Herr Kollege Harms - ich antworte übrigens gerade noch auf seine Bemerkung; deswegen dürfte das von meiner Redezeit nicht abgezogen werden -: Ich glaube, dass außer Ihnen auch noch ein paar andere dazu beigetragen haben, dass Deutschland im Endspiel steht.

(Christopher Vogt [FDP]: Dänemark ist nicht dabei!)

Sie wollen dieses Gesetz heute allen Ernstes beschließen, obwohl keine einzige der aufgeworfenen Fragen vernünftig beantwortet ist. Ich glaube Ihren Beteuerungen nicht. Während es einmal hieß, Sie wollten ein Gesetz zur besten Lehrerbildung machen, sagen Sie heute, dieses Gesetz brauchten wir eigentlich gar nicht, weil nachher alles untergesetzlich geregelt würde. Wer glaubt eigentlich noch, dass man Ihnen da vertrauen kann? Sie wissen doch bis heute nicht genau, in welchen Fächern in Flensburg auf Sek-I- oder Sek-II-Niveau ausgebildet wird. Erst recht wissen Sie nicht, welche Kosten dort entstehen.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle nur zwei Beispiele. In der **Kostenberechnung**, die Sie mit Ihrem Antrag vorgelegt haben, ist nicht enthalten, welche Ausrüstungsgegenstände in Flensburg gebraucht werden. Auf eine Frage hierzu antwortet das Ministerium in der Sitzung des Bildungsausschusses allen Ernstes, das wäre im Wissenschaftsbereich so. Man würde für Ausrüstungsgegenstände 0 € ansetzen, weil man ja nicht wüsste, was ein Dozent, der kommt, braucht.

Wie stellen Sie sich das vor? Ein Sportdozent kommt nach Flensburg und sagt: „Ich brauche eigentlich nur eine Halle; in meinem letzten Ort, in Heidelberg, habe ich noch acht Barren auf Halde liegen; Herr Kupfer, Ihre Leute können die doch abholen, aber machen Sie das bitte nicht so kompliziert wie beim letzten Mal“?

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Stellen Sie sich vor, dass Verhandlungen so laufen?

Die Universität Kiel hat im Anhörungsverfahren gesagt: Wir brauchen sieben **Koordinatorstellen**. Die Kollegen der SPD sagen zu uns: Das brauchen die überhaupt nicht, Flensburg schafft das auch allein. - Haben Sie heute

eigentlich schon Zeitung gelesen? Haben Sie in den **sh:z** geschaut? Heute sagt die Universität Flensburg: Ein Glück, dass wir bald Bundesmittel bekommen; denn dann bekommen wir die nicht ausfinanzierten Koordinatorenstellen für das Praxissemester finanziert. - Das steht heute in der Zeitung. Lesen Sie die eigentlich?

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, Sie gestatten - so habe ich Sie gerade verstanden - eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Rasmus Andresen?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. Sie machen es sehr häufig, dass Sie Presseartikel halb zitieren und versuchen, uns damit zu konfrontieren, was angeblich in der Zeitung steht. Es gibt aus der Debatte über das Rückkehrrecht das Beispiel, in dem der ehemalige Senatsvorsitzende der Universität Flensburg von der Presse offensichtlich falsch zitiert wurde und er das im Ausschuss klargestellt hat. Deswegen verhalte ich mich in dieser Debatte, zu der man sehr viele Halbwahrheiten lesen kann, dazu, was die Universitäten in der Anhörung gesagt haben.

Ich will erstens feststellen, dass beide Hochschulen gesagt haben, dass sie mit dem Sekundärlehramt sehr gut leben könnten und dass das ein Modell von einigen anderen ist, mit dem man im Lehramt gut arbeiten könne. Das haben sowohl Professor Reinhart, der Präsident der Universität Flensburg, wie auch der Kollege Kipp von der Christian-Albrechts-Universität gesagt. Letzterer hat deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er sich nicht komplett gegen das Sekundärlehramt wendet.

Zweitens könnte man zumindest in Verwunderung darüber geraten, dass die Universität Flensburg schon seit einiger Zeit das Praxissemester in der Ausstattung vorbereitet, die es vor Ort gibt, und dass für dieselbe Anzahl an Studierenden an der Christian-Albrechts-Universität plötzlich sieben bis acht Stellen gebraucht werden. Man könnte sich zumindest die Frage stellen, wie es sein kann, wenn die Kollegen in Flensburg das hinbekommen, dass die Christian-Albrechts-Universität, die mindestens gleich gut ist, das nicht auch hinbekommen kann.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Kollege Andresen, erstens weise ich Ihre Unterstellung entschieden zurück, dass die Christian-Albrechts-Universität allen Ernstes einen Gesetzentwurf mittragen würde, der dafür sorgt, dass die Lehramtsausbildung mittelmäßig wird und dass der Einheitslehrer scheitern wird. Das weise ich entschieden zurück.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Ich kann Ihnen leider etwas nicht ersparen, wenn Sie schon das **Praxissemester** ansprechen, Herr Kollege Andresen. Weil Ihnen sonst nichts anderes mehr eingefallen ist, wird das jetzt plötzlich als Herzstück dieser Reform bezeichnet.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich!)

Das entscheidende Argument für dieses Praxissemester lautet in der Presseerklärung, die Sie geschrieben haben: Wir wollen das Praxissemester einführen, damit die Studierenden nicht zu lange das Falsche studieren. - Wissen Sie eigentlich, wann das Praxissemester stattfindet? - Im neunten von zehn Semestern! Und das ist Ihr entscheidendes Argument für das Praxissemester! Sie haben all die Vorlagen überhaupt nicht gelesen.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Kollegen Andresen? - Bitte, Herr Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank. Ich stelle zunächst einmal fest, dass Sie auch auf Nachfragen nicht mit Inhalten antworten. Aber das ist Ihr eigenes Problem.

Ich frage dann zum Praxissemester, weil Sie das schon angesprochen haben: Können Sie sich vielleicht in diesem Punkt an die Anhörung erinnern, in der sowohl Studierendenvertreter der Universität Flensburg als auch der Christian-Albrechts-Universität - die übrigens das, was wir im Gesetzentwurf als Rahmen zusätzlich beschließen, ausdrücklich begrüßt haben - deutlich gemacht haben, dass der Zeitpunkt des Praxissemesters durch Diskussionen an der Universität entstanden sei und - das war auf Nachfrage von Ihnen oder des Kollegen Vogt; da bin ich mir nicht ganz

sicher - dass man nicht einfach durch eine Änderung im Gesetz den Zeitpunkt des Praxissemesters ändern sollte? Das habe man gemeinsam an der Universität entschieden. Das habe man gemeinsam an der Universität entschieden, und sie haben uns darum gebeten, dabei zu bleiben.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daniel Günther [CDU]:

Herr Kollege Andresen, ich kann mich sehr gut an die Anhörung erinnern. Ich sage Ihnen als Gegenargument sehr deutlich: Ich hätte das Praxissemester zu einem früheren Zeitpunkt während des Studiums für besser gehalten. Dazu stehe ich auch heute. Und ich halte das auch heute für richtig. Ich fühle mich insofern von Ihnen unfair behandelt, als Sie mir vorwerfen, dass ich Ihre Fragen nicht beantwortet hätte.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das tun Sie auch nicht!)

Aber die Landesregierung beantwortet heute keine einzige von Ihren Fragen, und Sie haben sie nicht ein einziges Mal kritisiert. Es kann nicht angehen, dass ich so behandelt werde, und der Landesregierung lassen Sie das durchgehen.

(Beifall CDU und FDP)

Sie blenden ein wichtiges Problem bei den **Schulen ohne Oberstufen** aus. Was machen die in Zukunft eigentlich mit dem Praxissemester und mit den Referendariaten, wenn es nur noch die Einheitslehrerausbildung gibt?

(Christopher Vogt [FDP]: Dann kehrt Ruhe ein!)

Die müssen doch an die Schulen mit Oberstufe gehen. Deswegen zitiere ich Frau Professor Brouër, die in der Ausschusssitzung auf Ihre Frage, ob die Schulen miteinander kooperieren könnten, treffend gesagt hat: Das kriegen wir vielleicht irgendwie geregelt; aber haben Sie nicht gesagt, dass dieses Gesetz dazu führen soll, dass wir eine möglichst gute Lehramtsausbildung bekommen? - Mehr hat sie nicht gesagt. Dem ist auch nichts hinzuzufügen. Das ist das entscheidende Argument.

(Beifall CDU und FDP)

Seien Sie bitte klüger, liebe Abgeordnete von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, als das Kabinett. Wie hat der Ministerpräsident das so schön vor 120 Schülern letztens gesagt - „Sie waren

(Daniel Günther)

gut vorbereitet und an den Themen interessiert, die wir beraten haben“. - Seit der Akteneinsicht wissen wir: Die Schülerinnen und Schüler arbeiten gewissenhafter als das gesamte Kabinett hier in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU und FDP)

Seien Sie nicht blind.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Daniel Günther [CDU]:

Seien Sie bitte nicht blind, schauen Sie nach Baden-Württemberg: Dort sind sie auch von der Einheitslehrausbildung abgewichen, weil die den Interessen der Schülerinnen und Schüler nicht gerecht wird.

Ich appelliere an Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu, eine dritte Lesung durchzuführen. Wenn Sie dem nicht zustimmen - das sage ich hier ganz klar -, dann beantragen wir eine namentliche Abstimmung über Ihren Gesetzentwurf. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Eine schreckliche Drohung, das mit der namentlichen Abstimmung!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die **Anhörung** im **Bildungsausschuss** zum Lehrkräftebildungsgesetz war die letzte öffentliche Demontage der Wissenschaftsministerin, und sie war ein politisches Debakel.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Immer wieder wurde in einem unzumutbaren Verfahren nachgebessert, Kompromisse wurden aufgelöst und neue geschlossen. Eine stabile Basis haben wir bis heute nicht.

(Beifall PIRATEN)

Es wurden einige wichtige Punkte geändert, aber vieles, was wichtig und richtig ist, schreibt die Koalition nicht in das **Gesetz**, sondern in einen **Leit-**

antrag. Das haben wir PIRATEN auch gemacht, vor allem um deutlich zu machen, dass Kosmetik am Gesetzentwurf nicht ausreicht.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Wir haben den Gesetzentwurf daher als nicht beratungswürdig eingestuft und unsere Forderungen ersatzweise in Eckpunkten markiert.

Trotz aller fortbestehenden Kritik möchte ich zunächst eines festhalten: Ich danke der Koalition ganz ausdrücklich dafür, dass sie die **Ausbildung im Fach Musik** auch in **Flensburg** belassen will. Das ist wichtig und richtig, trägt zur weiteren Profilierung der Universität Flensburg im Bereich Inklusion bei und den Bedenken des Landesmusikrates Rechnung, der große Sorgen um den Lehrernachwuchs für die Sek I hatte. Wir begrüßen die neue Regelung.

Es ist auch richtig, dass der Bereich der **Fahrtkosten für Studierende im Praxissemester** geklärt wurde. Hier hätte ich mir auch eine Regelung im Gesetz gewünscht. Denn allen Bekundungen zum Trotz reicht ein zweckgebundener Haushaltstitel nicht aus, um in Krisenzeiten Rechtssicherheit für die Studierenden zu schaffen.

(Beifall PIRATEN)

Auf gut Deutsch: Fliegt uns die HSH Nordbank um die Ohren, oder wird das UKSH zum Pflegefall, wird auch dieser Haushaltstitel eingekürzt.

Genau so eine Lücke wollen wir nicht. Wir wollen das eindeutig und mit einem rechtssicheren Anspruch geklärt haben. Die Koalition hat diesen Punkt aufgenommen und zur Lösung einen anderen Weg gewählt. Darüber will ich mich an dieser Stelle nicht streiten. Hauptsache ist, dass den Studierenden hier tatsächlich geholfen wird.

(Beifall PIRATEN, Martin Habersaat [SPD] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gut finde ich grundsätzlich, dass nun die Möglichkeit bestehen bleibt, in **Flensburg** weiterhin eine **Ausbildung auf Sekundarstufe-I-Niveau** anzubieten. Schlecht ist allerdings, dass wir hier bis auf Absichtserklärungen keine Rechtssicherheit haben, was die **Anerkennung** in anderen Bundesländern angeht. Ich hätte mir vor allem im Interesse der angehenden Lehrer, die mobil sind und gegebenenfalls über die Landesgrenzen hinaus eine Beschäftigung suchen, Konkreteres gewünscht. Das Problem wird besonders relevant, wenn unsere Schulen nicht ausreichende Kapazitäten vorhalten können, um zu

(Torge Schmidt)

betreuen und auszubilden. Dann gehen motivierte junge Menschen gegebenenfalls nicht erst aus Schleswig-Holstein weg, wenn sie mit ihrem Studium fertig sind, sondern schon früher, und studieren woanders.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ja, nur zu.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil Sie die **Anerkennung der Abschlüsse** angesprochen haben. Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich das eigentlich relativ klar verhält. Es gibt die Möglichkeit, auf Sekundarstufe-I-Niveau die Mangelfächer zu studieren. Dann ist man für den Bereich der Sekundarstufen I anerkannt. Es gibt die Möglichkeit, für den gesamten Sekundarbereich zu studieren. Dann wird man auch in anderen Bundesländern für den gesamten Sekundarbereich anerkannt.

Bei dem Kombinationslehrer, den Sie ansprechen, ist das auch relativ klar. Dann hat man die vollständige Anerkennung für den ganzen Sekundarbereich in einem Fach, und in dem anderen Fach für die Sekundarstufe I bei uns im Land. Dafür wollen wir ja auch primär ausbilden. Als Studierender lässt man sich dann, wenn man woanders studieren will, darauf ein, dass man dann wahrscheinlich für beide Fächer nur die Anerkennung für den Sekundarstufe-I-Bereich erhält.

Da das aber die Grundlage ist und nie etwas anderes behauptet wurde, ist die Situation aus meiner Sicht relativ klar. Studierende wissen dies, ihnen wird dies auch so kommuniziert. Sie wissen, worauf sie sich je nach Studiengang, den sie wählen, einlassen.

(Uli König [PIRATEN]: Warum stehen die dann vor dem Landeshaus und demonstrieren?)

- Herr Kollege Andresen, meines Wissens nach sagen viele Stellungnahmen das Gegenteil aus. Das, was ich bisher weiß, ist, dass es eine Absichtserklä-

rung der Kultusministerkonferenz gibt, von der Sie mit Ihrem Gesetzentwurf jedoch eigentlich abweichen. Es gibt nichts Konkretes, es gibt keine **belastbaren Fakten** dahin gehend, dass diese Ausbildung in anderen Bundesländern anerkannt wird.

(Zurufe SPD: Quatsch!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Wie Herr Kollege Dolgner sagte: Durch Wiederholung wird das auch nicht besser.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Sie gestatten also keine Bemerkung?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Doch, er kann das gern wiederholen.

Martin Habersaat [SPD]: Herr Kollege Schmidt, ich möchte das noch einmal anders formulieren. Es gibt eine grundsätzliche Vereinbarung der KMK, die Lehrerausbildung in den Ländern überall gegenseitig anzuerkennen. Was ist Ihr belastbares Faktum, auf dessen Grundlage Sie diese grundsätzliche Vereinbarung der KMK infrage stellen?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Intervention des Ministerpräsidenten!)

- Wie gesagt, Frau Wende hat mit neuen Formulierungen einen **Sonderweg** beschritten, der von der KMK offiziell nicht gedeckt ist. Die Frage ist immer noch offen, ob wir die Anerkennung haben. Die Formulierung „Wir gehen davon aus“ hilft tatsächlich niemandem. Wir brauchen belastbare Fakten. Diese hätten Sie feststellen müssen.

(Zurufe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, Herr Kubicki, Frau von Kalben und wer immer sonst noch redet, jetzt rede erst einmal ich. Ich frage den Kollegen Schmidt, ob er eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Habersaat gestattet.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern, aber ich glaube, wir kommen nicht zu einer gleichen Meinung.

Martin Habersaat [SPD]: Herr Schmidt, ich stelle fest: Die PIRATEN stützen sich in dieser Frage allein auf ihren Glauben. Damit sind wir wieder bei der Frage, ob wir einen Gottesbezug brauchen.

(Zurufe)

- Sie doch genauso.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Schmidt, jetzt frage ich Sie, ob Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt gestatten.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern.

Christopher Vogt [FDP]: Lieber Herr Kollege Schmidt, ich fürchte, in diesem Punkt hat Herr Kollege Andresen fachlich recht. Es stellt sich aber eigentlich eine ganz andere Frage: Wenn Sie Student wären, wie attraktiv würden Sie es finden, wenn in anderen Bundesländern nur ein Teil Ihres Studiums oder wenn Ihr Studienabschluss in anderen Bundesländern nur beschränkt anerkannt würde?

- Sagen wir es so: Wenn ich für das Lehramt studieren wollen würde, dann würde ich mich nicht in Schleswig-Holstein bewerben, wenn ich die von Ihnen beschriebenen Nachteile hätte.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann können Sie doch in Schleswig-Holstein auf Sekundarstufe-II-Niveau studieren!)

Wie gesagt: Eine Anerkennung der Ausbildung, die sogar eine Anschlussbeschäftigung sichert, und zwar auf einem belastbaren Besoldungsniveau, liegt Dank dieses Gesetzes in Schleswig-Holstein im Nebel.

Es gibt vieles, was einer besseren handwerklichen Leistung der Landesregierung bedurft hätte. Dazu gehören nach wie vor die fehlenden **Grundlagendaten**. Die letzten Vorlagen aus dem Bildungsministerium waren kryptisch und fehlerhaft. Darüber hätte man in der Hektik der Zeit hinwegsehen können, wenn die Vorlagen inhaltsschwer gewesen wären. Uns haben unzählige Umdrucke, nachgereichte Unterlagen oder Briefe aus dem Haus Wende erreicht, die an keiner Stelle Klarheit erbringen konn-

ten und die keine einzige substanzielle Frage beantwortet hätten. In der letzten Sitzung des Finanzausschusses hat die Wissenschaftsministerin lediglich deutlich machen können, dass sie zum Beispiel gar nicht weiß, was eine **Wirtschaftlichkeitsanalyse** ist.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

In diesem Zusammenhang habe ich mich sehr über die Einlassung von Herrn Dr. Stegner gefreut, der im Rahmen der gestrigen Aktuellen Stunde etwa um 10:20 Uhr darauf hinwies, dass es originäre Pflichtaufgabe der Regierung sei, zu Herausforderungen oder Problemlagen unterschiedliche Alternativen zu prüfen. Es passiert nicht oft, aber an dieser Stelle sind wir uns hundertprozentig einig. Auf die Frage, ob es **Alternativen** zum vorgelegten Gesetzentwurf gebe, sagte die Wissenschaftsministerin in der letzten Sitzung des Finanzausschusses jedoch schlicht, dass Alternativen nicht geprüft und dargestellt wurden. Die Begründung dafür laute, dass sie diese politisch ablehne. - Frau Ministerin, mit dieser Basta-Politik gewinnt man die Zweifler nicht, sondern man bestärkt sie in ihren Zweifeln.

(Beifall PIRATEN und CDU)

Ein Gesetzentwurf, der mangels Wirtschaftlichkeitsanalyse und Bedarfsermittlung gegen die **Landeshaushaltsordnung** verstößt, ist für uns formal nicht zustimmungswürdig. Ein Gesetzentwurf, der inhaltlich nicht einen einzigen uneingeschränkten Befürworter findet, ist substanziell nicht zustimmungswürdig. Ein Gesetzentwurf, der mehr spaltet und entzweit, als dass er an dieser Stelle ein gemeinsames Ziel definiert, ist gesellschaftlich nicht zustimmungswürdig. Ein Gesetzentwurf, der offensichtlich keinen erkennbaren Mehrwert für beide lehrerbildenden Universitäten erbringt, ist hochschulpolitisch nicht zustimmungswürdig.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Ja, ganz viele Menschen unterstützen das Ziel von mehr **Praxisanteilen**. Leider ist das Praxissemester nicht überzeugend gemacht. Immer noch unbeantwortet ist die Frage, wo die angehenden Lehrer ihr Praxissemester absolvieren sollen, wenn doch die wenigsten Gemeinschaftsschulen eine Oberstufe vorhalten.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Quatsch!)

Wir PIRATEN bezweifeln auch, dass die **Entlastungstunden** von 0,5 Stunden pro Studierenden ausreichen, um eine so gute Betreuung zu gewähr-

(Torge Schmidt)

leisten, wie wir sie brauchen. Wir haben hier immer noch erhebliche Zweifel.

Es darf angemerkt werden, dass die Ministerin in der letzten Sitzung des Finanzausschusses erstmalig und offen zugegeben hat, dass sie über die Lehrerbildung **Strukturpolitik** machen will. Den Standort Flensburg stärken, das kann man machen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter!

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage mehr zu. Ich glaube, davon hatten wir schon genug. - Frau Professor Wende, als wir Ihnen dies in der ersten Debatte vorgeworfen haben, haben Sie das weit von sich gewiesen und gesagt, es sei immer nur um Inhalte gegangen. Inzwischen haben Sie zugegeben, dass es eben nicht nur um Inhalte, sondern vorrangig um Strukturpolitik ging. Immerhin wissen wir jetzt von Ihnen persönlich, woran wir sind.

Die Anhörung hat deutlich gemacht, dass die allermeisten Experten **weitere Beratungszeit** wünschen. Man hat die Baustellen ganz klar definiert. Der Landesrechnungshof hat zum Beispiel klar umrissen, welche Anforderungen erfüllt sein müssen, um der Landeshaushaltsordnung zu genügen, um wenigstens die Finanzpolitiker zu überzeugen. Im Rahmen der Anhörung hat man uns erneut darauf aufmerksam gemacht, dass eine **Lehrerbedarfsprognose** angesichts sinkender Schülerzahlen nötig sei, um die zukünftigen Strukturen zu rechtfertigen.

(Beifall PIRATEN)

Wir fordern diese Berechnung erneut von der Landesregierung ein. Im letzten Jahr hatte sie davon noch keine Ahnung. Wir gehen davon aus, dass die Ministerin das Jahr gut genutzt und sich schlau gemacht hat. Im Ausschuss hieß es, man verfüge über die Daten. Unseren Berichts Antrag haben wir aber auf Wunsch der SPD auf den Oktober verschoben. Wir sind hier entgegengekommen, wundern uns aber schon darüber, dass man vorhandene Daten nicht in der Sommerpause zusammenschreiben kann, wenn doch alles so seriös unterlegt ist.

(Beifall PIRATEN)

Sei es drum, eine Stimme entscheidet heute erneut - genau wie beim Schulgesetz - über Wohl und Wehe. Ich verhehle nicht, dass viele PIRATEN ausdrücklich zur **Gemeinschaftsschule** stehen und die Gleichwertigkeit von Gymnasien und Gesamt-

schulen sehen. Ich gehöre dazu. Allerdings gelingt der Anspruch, mit diesem Gesetz die tatsächliche Schullandschaft abzubilden, nicht. Es werden junge Menschen zur Berufsschulreife oder zu einem mittleren Bildungsabschluss geführt. Wir wünschen uns mit ihnen, dass unsere zukünftigen Lehrer pädagogisch hervorragend ausgebildet werden und dass die pädagogischen und die diagnostischen Fähigkeiten gezielt gefördert werden.

In manchen Fragen liegen wir nicht weit auseinander. Allerdings wollen wir keine inhaltliche Entscheidung ohne die gebotene Sorgfalt. Experten aus dem Lehrerbildungszentrum der CAU können einen Mehrwert dieses Gesetzes nicht erkennen. Sie fordern an dieser Stelle mehr, aber die Regierung verweigert dies. Konkretheit, Frau Ministerin, liegt Ihnen nicht. Das kann man so halten, aber dann darf man sich nicht darüber wundern, wenn einem viele nicht mehr folgen mögen.

Die Koalition hat versucht, aus dem grottenschlechten Gesetzentwurf das Beste zu machen: Sie hofft, sie nimmt an und glaubt. - Das reicht mir nicht.

(Beifall PIRATEN)

Darum kann ich die Hand dafür heute nicht heben. Im Gegenteil: Ich distanziere mich soweit es geht von diesem Gesetzentwurf, der für mich nach wie vor nicht seriös ist.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Sie, Frau Wende, haben in diesem miserablen Verfahren viel Vertrauen verspielt. Sie haben gute Verbindungen belastet, und vor allem - das ist besonders fatal - haben Sie der **Universität Flensburg** mehr geschadet als irgendein Wissenschaftsminister vor Ihnen.

Sie haben im Ausschuss zum TOP Akteneinsicht gesagt, dass Sie zu Ihrem Amtsantritt prüfen wollten, ob man aus Flensburg eine Pädagogische Hochschule machen kann. Das ist fatal, weil die heutige Universität seit 1946 besteht. Sie wurde dann zu einer erziehungswissenschaftlichen Universität weiterentwickelt und ist heute eine anerkannte Universität, deren Ansehen auch über unsere Landesgrenze hinaus Schaden genommen hat.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Darf ich meinen Satz vielleicht erst noch zu Ende führen? Dann bin ich nämlich auch fast durch mit meiner Rede.

Sie haben ihr Schaden zugefügt, weil Sie der Universität nicht zu qualitativem Ansehen verhelfen, sondern die Universität zum strukturpolitischen Prüfstein Ihrer Regierung machen. Dafür „danke“ ich Ihnen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie nun eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ich bin zwar durch, aber gern.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank. Ich habe auch mehr oder weniger nur eine Abschlussbemerkung. Da Sie sich gerade maximal von dem Gesetzentwurf und der Arbeit der Koalition in dem Punkt distanziert haben, möchte ich Ihnen zum Abstimmungsverhalten Ihrer Fraktion eine Frage stellen, weil Sie - anders als Ihre Kollegen im Bildungsausschuss in der letzten Woche - im Finanzausschuss den Gesetzentwurf nicht abgelehnt haben, sondern sich sogar mit einer persönlichen Erklärung der Stimme enthalten haben. Verstehe ich das jetzt so, dass Sie Ihr Abstimmungsverhalten nun verändern, weil Sie sich das noch einmal anders überlegt haben? Das wäre ja Ihr gutes Recht. Aber nichtsdestotrotz fände ich es transparenter, wenn wir auch hier das Abstimmungsverhalten vonseiten der PIRATEN von Ihnen noch einmal erklärt bekommen würden.

- Ich glaube, es ist gar nicht so schlecht, dass ich die Chance dazu bekomme, Herr Kollege Andresen, zumal Sie anscheinend nicht besonders gut darin sind, genau zuzuhören.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Herr Kollege Andresen, ich hatte im Finanzausschuss ausgeführt, dass wir aufgrund der beiden neuen Leitanträge in der Fraktion noch weiteren Beratungsbedarf hatten und die grundsätzliche Diskussion über diesen Gesetzentwurf noch einmal neu aufrollen wollten. Deshalb wollte ich mich im Finanzausschuss noch nicht für meine Fraktion festlegen. Das habe ich also nicht getan; deswegen habe

ich mich nämlich der Stimme enthalten. Ich verstehe insofern gar nicht, wo Ihr Problem nun ist.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, mir stehen 10 Minuten zur Verfügung und nicht nur 5.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ja, es sind 10 Minuten. Wir üben noch.

Martin Habersaat [SPD]:

Planwidrig muss ich meine Ausführungen mit einigen Bemerkungen zum Bildungsstaatssekretär Dirk Loßack beginnen. Dirk Loßack ist seit einigen Monaten Vorsitzender der KMK-Sportkommission. Wie wir im Rahmen der Akteneinsicht herausgefunden haben, gibt es von Dirk Loßack seit ungefähr Anfang 2012 eine Skizze darüber, nach welchem Zeitplan die Beratungen zum Lehrerbildungsgesetz verlaufen könnten. Was hat dieser Mann für einen Sport- und Fußballfachverstand, dass er bereits Anfang 2012 wusste, dass wir so glorreich ins Finale einziehen würden! Herr Loßack, chapeau!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

„Freude am Lernen wecken, um Leistungsbereitschaft zu erzeugen.“ Das war das Motto der langjährigen Leiterin einer Grundschule in meinem Wahlkreis. Sie wurde im letzten Jahr nach 22 Jahren als Schulleiterin verabschiedet. Mit dabei war als Überraschungsgast auch ein Schüler aus ihrer ersten Klasse, die sie im Jahre 1979 übernommen hatte.

„Wichtig ist, dass sich die Kinder ihrer Stärken bewusst werden. Dann können sie auch ihre Schwächen akzeptieren und an ihnen arbeiten.“ Von diesem Leitbild berichtete uns bei einem Schulbesuch die Schulleiterin der Anne-Frank-Schule in Bargtheide. - Ich weise darauf hin, dass die Uhr jetzt gar nicht läuft. Das irritiert mich wiederum auch.

(Heiterkeit)

- Vielen Dank.

(Martin Habersaat)

Die Anne-Frank-Schule in Bargtheide ist eine Gemeinschaftsschule mit Oberstufe, die im letzten Jahr den **Deutschen Schulpreis** gewonnen hat. Diese Gemeinschaftsschule zählt zu ihren besonderen Stärken auch die Förderung besonders begabter Kinder.

Zu den Preisträgern 2014 des Deutschen Schulpreises gehörte das RBZ Wirtschaft in Kiel. In der Laudatio wurde besonders die „Kultur des wechselseitigen Vertrauens“ gelobt, die es erlaube, die Talente der Schülerinnen und Schüler zu entdecken und zu entfalten.

Vor einigen Wochen schließlich habe ich die Sachsenwaldschule in Reinbek besucht. Das ist das Gymnasium, an dem ich mein Referendariat absolviert habe. Derzeit laufen dort die Vorbereitungen zur Feier des 90-jährigen Bestehens dieser Schule mit Lehrern, Schülern und Ehemaligen. Mit der Schulleitungsrunde und dem Personalrat ging es einen ganzen Vormittag lang um verschiedene Themenfelder der Bildungspolitik. Ich räume ein: In der einen oder anderen Sachfrage gab es unterschiedliche Meinungen. Aber immer war klar: Es geht uns allen um die bestmögliche Entwicklung unserer Kinder.

Dies waren vier Schlaglichter auf ein sich **wandelndes Bildungswesen** in Schleswig-Holstein, vier Schlaglichter auf einen der wichtigsten und sinnvollsten Berufe, den eine Gesellschaft zu vergeben hat. Lehrerinnen und Lehrer bereiten kommende Generationen darauf vor, Verantwortung zu übernehmen. Und was kann es Wichtigeres geben?

Wenn nun die Lehrerbildung Gegenstand der öffentlichen Debatte wird, und zwar in einer großen Breite, wie wir das in den letzten Wochen erlebt haben, wenn nun die Hochschulen anfangen, zu erkennen und herauszuarbeiten, was Lehrerbildung eigentlich für den Kern und den Bestand einer Hochschule bedeutet, dann ist dies umso besser.

Der Bildungsausschuss hat am vergangenen Donnerstag dem **Änderungspaket** der Koalitionsfraktionen zum **Lehrkräftebildungsgesetz** zugestimmt. Bis zum Schluss wurden Änderungswünsche und Anregungen aufgenommen. Nach einem mehrstündigen Ringen an einem Sonntagnachmittag - das verrate ich, damit Sie nicht wieder Akteneinsicht nehmen müssen - haben wir uns sogar darauf verständigt, das Wort „allgemeinbildend“ in zwei Wörtern zu schreiben, weil das im Schulgesetz genauso geregelt ist. Wir schreiben also „allgemein bildend“.

Allerdings konnten wir nicht alle Wünsche und Anregungen aufnehmen - natürlich nicht. Nicht jeder begrüßt überhaupt grundsätzlich, dass es Wandel im Bildungswesen gibt. Manch einer mag auch finden, dass das deutsche Bildungswesen in der Kaiserzeit seinen Zenit eigentlich schon erreicht hatte. Ich glaube: Die besten Jahre kommen erst noch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

„Auf die Lehrkräfte kommt es an.“ Das ist auf den ersten Blick nur eine Binsenweisheit; auf den zweiten Blick jedoch ist es ein mehrfach belegtes Forschungsergebnis, unter anderem durch die vielfach zitierte Studie von Herrn Hattie belegt. Und auf den dritten Blick ist „Auf die Lehrkräfte kommt es an“ der Titel des Workshops 2 bei der ersten Bildungskonferenz dieser Landesregierung, die 2012 mit ihrem groß angelegten **Bildungsdialog** begonnen hat und die bereits 2012 in diesem Workshop Punkte der Lehrerbildung diskutiert hat. Schon damals ging es um eine Ausweitung der praktischen Anteile der Ausbildung, schon damals ging es um das Zusammenwirken von Schulen, IQSH und Hochschulen, und schon damals ging es strittig - das räume ich ein - um die Frage, ob nun Stufen-, Schulart- oder andere Lehrerinnen und Lehrer die richtigen sind.

Heute nun findet ein fast zweijähriger Diskussions- und Gesetzgebungsprozess vermutlich sein Ende. Tatsächlich dauert dieser Diskussionsprozess sogar schon viel länger. 2007 wurde das Schulgesetz für Schleswig-Holstein nachhaltig und bedeutsam geändert. Eigentlich hätte da schon eine entsprechende Konsequenz gezogen werden müssen. In der letzten Legislaturperiode gab es einen Antrag der Grünen für ein neues Lehrkräftebildungsgesetz oder überhaupt für eines. Und nun, im Jahre 2014, sind wir erstmals dabei, in Schleswig-Holstein alle drei Phasen der Lehrkräftebildung gemeinsam zu regeln: Studium, Referendariat, Fort- und Weiterbildung, alles in einem Gesetz, und Lehrerbildung, weil diese wichtig ist, aus einem Guss.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden in Schleswig-Holstein künftig Lehrerinnen und Lehrer für Grundschulen, für Sekundarschulen, also Gemeinschaftsschulen und Gymnasien, für Berufliche Schulen und für Sonderpädagogik ausbilden.

Kritik am **Sekundarlehrer** kommt vor allen von denen, die sich das dreigliedrige Schulsystem zurückwünschen. Jetzt mal frei von Zorn und Eifer: Die Idee, man müsse Schülerinnen und Schüler nur

(Martin Habersaat)

gut genug sortieren und dann jeder gut genug sortierten Gruppe die richtigen Lehrer an die Seite stellen, das ist nicht unser Bild von Schule.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen Schulen und Lehrerinnen und Lehrer, die jede Schülerin und jeden Schüler bestmöglich individuell fördern, die jede Schülerin und jeden Schüler zum bestmöglichen Abschluss führen und die gerade alle Schülerinnen und Schüler in ihrer Unterschiedlichkeit wahrnehmen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, und da ist die **Aufgabenbeschreibung für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen** zunächst einmal dieselbe. An Gymnasien können Lehrerinnen und Lehrer von jeher von der Sexta bis zur Prima, also von Klasse fünf bis dreizehn beziehungsweise zwölf, Schülerinnen und Schüler ausbilden. Das gilt für den ganzen Zeitraum, Klassenstufe fünf bis dreizehn oder fünf bis zwölf, und nie hat sich jemand beklagt, dass das nicht machbar sei, es könne keine Alleskönner geben und und und. Warum soll das dann nicht auch an der Gemeinschaftsschule möglich sein, meine Damen und Herren?

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die **Expertenkommission Lehrerbildung** für das Land Berlin, neun angesehene Bildungsforscher unter der Leitung von Professor Jürgen Baumert, vormals auch Professor an der CAU, schrieb zu den Herausforderungen an den zwei Schularten nach der Grundschule:

„Hinsichtlich der fachlichen Durchdringung der Unterrichtsstoffe und des fachdidaktischen Handlungsrepertoires werden durchaus vergleichbare Kompetenzanforderungen gestellt. In der Regel sind die fachdidaktischen Herausforderungen im nichtgymnasialen Bereich sogar noch größer.

... Es ist ein Irrtum zu glauben, dass fachdidaktisches Wissen und Können im unteren Leistungsbereich durch allgemeines pädagogisches Können ersetzt werden könnte.“

- So ist es!

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Große Zustimmung gab es im Anhörungsverfahren für das neue **Praxissemester**. Im Interesse der Studierenden konnte die Frage der Fahrtkosten gut gelöst werden.

Zu weiteren Umsetzungsfragen sei erwähnt: In anderen Bundesländern klappt es, in der Universität Flensburg klappt es beim ersten Durchlauf auch - wir hörten, dass bei knapp 400 Praxissemesternehmern bei zweien nicht der Erst- oder Zweitwunsch erfüllt werden konnte -, und, meine Damen und Herren, ich bin zuversichtlich, wenn es überall anders klappt, dann wird es auch in Kiel klappen.

Wir wissen, dass der demografische Wandel auch vor dem Bildungswesen nicht haltmacht und dass manche Fachkräfte schwer zu finden sein werden. Was wir allerdings nicht wollen, ist **Planwirtschaft im Hochschulwesen**. Wir wollen nicht, dass uns ein Gremium sagt, wie viele Germanisten wir in Schleswig-Holstein eigentlich brauchen, um dann entsprechend viele Studienplätze an den Hochschulen zur Verfügung zu stellen. Wir wollen nicht, dass für 100 offene Stellen 200 100 Lehrerinnen und Lehrer passgenau ausgebildet werden - mit Jobgarantie. Denn erstens wollen nicht alle Absolventen hinterher Lehrer werden, zweitens wollen sie das nicht alle in Schleswig-Holstein, und drittens wollen wir unseren Schulen nach Möglichkeit die Auswahl ermöglichen.

(Zuruf Daniel Günther [CDU])

Und viertens wollen wir auch den Austausch mit anderen Bundesländern.

Selbstverständlich ist unsere Ausbildung **KMK-kompatibel**.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt sechs Lehramtstypen der KMK. Es gibt den Grundsatzbeschluss, alle akkreditierten Studiengänge und alle Ausbildungen gegenseitig anzuerkennen. Und es gibt keinen einzigen Hinweis darauf, dass das nicht anerkannt würde. Ich verstehe nicht, warum Sie da Panik schüren, wo keine Panik zu schüren ist.

(Beifall SPD, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Meine Damen und Herren, ich halte es für eine groteske Idee, Lehrerinnen und Lehrer absichtlich schlecht auszubilden, damit ich sie hinterher schlecht bezahlen kann.

(Martin Habersaat)

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, die FDP hat dazu eigene Vorschläge, zu denen komme ich noch.

Hier kommen wir nahtlos zur Frage der **Besoldung**. Die Frage der Besoldung war in dem Moment neu zu regeln, in dem die letzte Landesregierung die Umstellung aller Studiengänge in Flensburg auf zehn Semester, 300 ECTS, beschlossen hat. In dem Moment waren alle Lehramtsstudiengänge gleichwertig. Es gab eigentlich kein Argument mehr, Absolventen unterschiedlich zu bezahlen.

Wieso nun die Opposition - da ist es die FDP - darauf kommt, man müsse Grundschullehrer und Gemeinschaftsschullehrer schlechter und kürzer ausbilden als die anderen, nur um ein Argument zu haben, sie schlechter zu bezahlen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Völliger Unsinn!)

- das kann doch niemand anders bezeichnen als völligen Unsinn, lieber Herr Kollege Kubicki.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings hat die FDP wenigstens einen Vorschlag gemacht. Sie sagen wenigstens: Grundschullehrer acht Semester, Gemeinschaftsschullehrer neun Semester, Gymnasiallehrer zehn Semester, dann können wir sie unterschiedlich bezahlen, dann haben wir wenigstens eine Begründung, um hinterher an vielen Stellen Geld zu sparen. Das ist ein konstruktiver Vorschlag, wenn aus meiner Sicht auch ein falscher.

(Christopher Vogt [FDP]: Bisher waren es sieben!)

Die CDU hat sich betrüblicherweise gegen konstruktive Beiträge entschieden. Sie haben sich dazu entschieden, die Ideenfindung unserer Landesregierung zu diskreditieren; Sie haben sich für eine persönliche Schmutzkampagne gegen unsere Bildungsministerin entschieden; Sie haben sich dazu entschieden, Tippfehler der inhaltlichen Beratung vorzuziehen, ansonsten aber auf jeden eigenen Vorschlag verzichtet.

(Vereinzelter Beifall SPD - Widerspruch CDU)

Die Lehrerbildung in Flensburg und Kiel, die Parallelstruktur, ist eine Entscheidung aus dem Jahr 1946. Wie können Sie sich heute hier hinstellen und die Schaffung von Doppelstrukturen kritisieren?

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, bei aller Großzügigkeit, was die 10 Minuten angeht, diese sind nun lange vorbei.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Landtagspräsident, ich halte fest: Wir können für die Lehrerausbildung viel tun, auch für die Zukunft des Landes Schleswig-Holstein. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Großzügigkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sieben Jahre, nachdem das **Schulgesetz** in seiner Grundstruktur geändert wurde, ziehen wir beim **Lehramt** endlich nach. Und ja, dieser Weg war in den letzten Monaten steinig. Aber anders als die Vorgängerregierung waren wir bereit, ihn zu gehen. Und ähnlich wie damals, Herr Kollege Günther, zeichnen Sie sich vor allem dadurch aus, populistische Blockadehaltung zu betreiben. Kein Interesse an der Sache, keine eigenen Ideen - auch wieder in Ihrem Redebeitrag gerade eben -: Für eine erste Lesung reicht das vielleicht noch aus, aber wir befinden uns inzwischen in der zweiten, da müssten Sie auch endlich einmal liefern und nicht immer nur rummäkeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Was war zwischen der ersten und der zweiten?)

Unsere Koalition hat es hingegen gewagt, dieses schwierige und auch sehr sensible Thema aufgrund der unterschiedlichen Standorte anzugehen, auch wenn uns der Wind manchmal von vorn entgegengeweht ist.

Aber gehen wir einmal ein bisschen konkreter auf den Gesetzentwurf und den vorgelegten Entschließungsantrag ein. Die Notwendigkeit, die drei Phasen des Lehramts in einem Gesetz zusammenzufassen - Herr Kollege Habersaat hat das gerade auch

(Rasmus Andresen)

erwähnt -, wurde in der Anhörung ausdrücklich gelobt.

In dem Verfahren gab es immer wieder den Wunsch - auch von der Opposition -, eine **Expertenkommission** einzurichten. Aber wie ernst meinen Sie es mit dieser Forderung eigentlich wirklich? Die Wahrheit ist nämlich, dass es bereits Expertenkommissionen zum Lehramt in anderen Bundesländern gegeben hat, übrigens auch unter der Beteiligung Kieler Bildungswissenschaftler. Ihr Votum ist ziemlich eindeutig: Unabhängig von der unterrichteten Schulart müssen Lehrkräfte in der Sekundarstufe auf das Abitur vorbereiten. Die Herausforderungen in der Schullandschaft drücken sich eben nicht durch ständig ändernde Schularten aus, sondern vor allem durch den Entwicklungsstand der Schüler. Die Expertenkommissionen kommen deshalb zu dem klaren Urteil, dass **ein Lehramt für die Sekundarstufe** die richtige Antwort für unser Bildungssystem ist. Wenn Sie, liebe schwarz-gelbe Opposition, aber auch die PIRATEN, immer wieder Expertenkommissionen fordern, dann müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, warum Sie die bisherigen bildungswissenschaftlichen Ergebnisse für das zukünftige Lehramt, die es schon von Expertenkommissionen gibt, komplett ausblenden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Die Uni Kiel hat auch keine Ahnung, oder was!)

Aber - Herr Kollege Vogt - natürlich gibt es auch Kritikpunkte, die eine ernste Antwort verlangen, mit denen man sich ernsthaft auseinandersetzen muss.

(Volker Dornquast [CDU]: Dann machen Sie das doch!)

Ich kann hier nicht alle nennen, weil Sie sozusagen immer wieder neue Vorwürfe auf die Tagesordnung setzen, aber auf einige will ich eingehen. Ein beliebter Vorwurf ist beispielsweise der der **Doppelstrukturen**. Bei uns im Land gibt es nun einmal zwei - Herr Kollege Günther, nicht drei! - lehramtsbildende Universitäten und zwei weitere Hochschulen, an denen Lehramt gelehrt wird. So haben es nicht wir, sondern Vorgängerregierungen bis zurück in andere Jahrzehnte schon längst entschieden, ähnlich wie wir auch zwei Universitäten haben, wo Mediziner ausgebildet werden, und so, wie man auch an mehreren Hochschulen im Land BWL studieren kann. Wenn man also den Vorwurf der Doppelstrukturen schon anbringt, dann muss man ihn

auch für das gesamte Hochschulsystem grundsätzlich diskutieren und nicht einfach nur da Rosinen picken, wo man es gerade für am nötigsten hält.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Als Küstenkoalition standen und stehen wir vor dem Hintergrund vor der Herausforderung, die **Expertenempfehlungen** auf der einen Seite für eine gute **Lehramtsstruktur** mit **unserer Hochschulstruktur** auf der anderen Seite in Einklang zu bringen. Wir stehen zu den beiden Hochschulen, und wir glauben daran, dass durch die unterschiedlichen didaktischen und fachwissenschaftlichen Stärken der Kieler Christian-Albrechts-Universität und der Flensburger Universität eine qualitativ hochwertige Lehrkräftebildung entstehen kann. Wir nehmen das Beste aus beiden Standorten.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Beide Hochschulen haben in der mündlichen Anhörung deutlich gemacht, dass der Sekundarlehrer für sie ein gangbarer Weg ist. Beide sind bereit, enger miteinander zu kooperieren.

Ein weiteres Argument in der Debatte ist das der **Bedarfe**. Schauen wir uns das doch auch einmal näher an. Wir planen in dem Gesetzentwurf keine Ausweitung der Studienplätze. Vielleicht muss man das noch einmal vorwegstellen. Aber wir können uns trotzdem die Zahlen einmal genauer anschauen. Da kann man feststellen, dass zwischen 2020 und 2030 rund 7.500 Lehrkräfte ersetzt werden müssen. Das sind jährlich 750. 750 Stellen auf circa 900 Masterabsolventen. Wenn man dann berücksichtigt, dass wir als Land ein Interesse daran haben sollten, nicht stellenscharf auszubilden, zum einen, weil die Studierenden durch die - übrigens auch von den Studierenden selbst gewünschte - Polyvalenz die Möglichkeit haben, sich später anders zu entscheiden, aber auch, weil wir Flexibilität aufgrund der unterschiedlichen Fächerkombinationen brauchen, dann sind die Zahlen nicht so dramatisch, wie Sie sie immer darstellen.

Außerdem - auch das hat der Kollege Habersaat erwähnt - sollten wir als Land auch weiterhin die Möglichkeit haben, zwischen Absolventen zu wählen, und nicht gezwungen sein, jeden Lehramtsabsolventen dann auch wirklich zu nehmen. Marktwirtschaft statt Planwirtschaft, damit vor allem die Besten bei uns in den Schulen landen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Rasmus Andresen)

Ein weiteres Argument sind die **Kosten**. Ich kann mich in fünf Jahren Parlamentszugehörigkeit nicht daran erinnern, dass bei einem Gesetz so intensiv über die Kosten beraten wurde. Als Haushaltspolitiker begrüße ich das auch. Zugegeben, ein fast nicht kalkulierbarer Kostenfaktor - auch das haben wir in dem Verfahren der letzten Monate festgestellt - wäre es gewesen, die naturwissenschaftlichen Fächer für die Oberstufe in Flensburg auszubauen. Diese Diskussion ist aber Vergangenheit. Chemie, Physik und Biologie werden zukünftig nicht für die gesamte Sekundarstufe in Flensburg angeboten. Von daher ist dieses Argument weg.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: War doch notwendig, oder was?)

Durch festgelegte **KMK-Standards** für die Lehramtsstudiengänge und auch durch **Kostenkalkulationen**, die übrigens auch auf Stellungnahmen des Zentrums für Hochschulentwicklung basieren, also eigentlich Institute, mit denen Sie sonst immer politisch argumentieren -, hat das Wissenschaftsministerium detailliert vorgelegt, dass man für den strukturellen Ausbau in Flensburg 1 Million € benötigen wird. Das liegt noch deutlich unter dem Kostendeckel, den wir als finanzpolitisch verantwortungsbewusste Koalition bei 2 Millionen € eingezogen haben. Bei den Investitionskosten kommen weitere 1,1 Millionen € dazu. Die sollen unter anderem dafür verwendet werden, Sportlabore in Flensburg auszubauen und die Flensburger Bibliothek auf einen noch besseren Stand zu heben.

Das alles sind aus unserer Sicht sehr gut investierte Mittel, die das Studium in Flensburg insgesamt verbessern werden. Ich frage mich ausdrücklich, warum Sie so stark dagegen sind. Was haben Sie dagegen, dass man in einen wichtigen Hochschulstandort investiert?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir haben die **Kosten** im Blick, und wir haben einen **Kostendeckel** eingezogen. Aber gute Bildung gibt es halt nicht zum Nulltarif. Das haben Sie probiert, damit sind Sie gescheitert. Wir gehen deshalb einen anderen Weg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In diesem Zusammenhang ein, zwei Sätze zur **Wirtschaftlichkeitsberechnung**. Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung ist eine wichtige Sache. Wir haben die Diskussion im Finanzausschuss

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- leider ohne Sie, Herr Kollege Kubicki - das letzte Mal angefangen. Wir haben dort auch festgestellt, dass diese Diskussion komplizierter ist als einfach in Excel-Tabellen Kostenanalyse zu betreiben. Die Kosten müssen klar sein, keine Frage. Aber Wirtschaftlichkeit in Bildungsfragen oder von mir aus auch im Sozialbereich zu erreichen, ist etwas komplizierter, als das, was Sie jetzt fordern. Deshalb müssen wir das grundsätzlich weiter im Finanzausschuss diskutieren. Dazu, Wirtschaftlichkeit lediglich in Excel-Tabellen zu betrachten, will ich den Kollegen Harms zitieren. Der sagt oft interessante Sachen.

(Beifall Martin Habersaat [SPD] und Lars Harms [SSW])

Der Kollege Harms hat vollkommen zu Recht festgestellt, wenn es nur um eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gehe, dann müsse man das Lehramt in Zukunft komplett in Flensburg stattfinden lassen. Das kann man doch nicht ernsthaft wollen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Wir Grüne hatten in der Anhörung aber auch andere Fragezeichen. Das ist heute zum Teil schon deutlich geworden. Wir wollten beispielsweise prüfen, ob es sinnvoll sein kann, obwohl Bildungswissenschaftler uns das Gegenteil empfohlen haben, auch weiterhin in **Mangelfächern** für die **Sekundarstufe I** auszubilden. Wir freuen uns sehr, dass es uns gemeinsam in der Koalition und auch durch Verhandlungen des Staatssekretärs Fischer mit den Hochschulen gelungen ist, für Mangelfächer auch weiterhin in Flensburg auszubilden. Das ist ein gutes Zeichen. Wir glauben, dass es gut zu den Bedarfen passt, die wir im Land beim Lehramt haben.

Wir glauben, dass das **Praxissemester**, Herr Kollege Günther, in der Tat ein Herzstück ist. Es muss auch gut gemacht sein. Die Kritik daran in den Anhörungen bezog sich nicht grundsätzlich auf das Praxissemester, sondern bezog sich darauf, dass es gut umgesetzt sein muss. Auch deshalb haben wir in diesem Bereich nachgebessert. Wir haben uns als Koalition dazu durchgerungen und werden das auch über den Haushalt absichern, dass die **Fahrtkosten für die Studierenden** im Praxissemester vollständig übernommen werden, auch wenn man vielleicht mit dem Pkw fahren muss, weil die ÖPNV-Anbindung des Praktikumsortes nicht gut ist.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Einen Satz kurz zu den **Entlastungsstunden** für die Lehrkräfte, die Studierende betreuen. Da ist es aus

(Rasmus Andresen)

unserer Sicht so, dass man berücksichtigen muss - klar, man kann immer sagen, mehr ist immer wünschenswert, aber auch da sind wir in einem engen haushalterischen Rahmen -, dass die Lehrkräfte die 0,5 Wochenstunden nicht nur für die Zeit bekommen, in der die Studierenden an der Schule sind, sondern sie die auch länger zur Verfügung haben, nämlich über das Schuljahr. Wenn man darüber hinaus berücksichtigt, dass man mehrere Studierende in einem Pool an großen Schulen sammeln kann, sodass die Ausbildung dann gleichzeitig von mehreren stattfindet, dann ist auch das Thema der Entlastungsstunden eines, bei dem wir sagen können, es ist ein guter Start, und es ist richtig, diesen Weg zu gehen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre 10 Minuten sind um.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die 10 Minuten sind um. Ich probiere, den letzten Satz zu formulieren. Vielen Dank.

Ein wichtiger Aspekt ist der **Zeitplan**. Da gab es unterschiedliche Meinungen. Die CAU wollte schieben, die Uni Flensburg wollte, dass wir heute unbedingt verabschieden. Beides kann man nicht erfüllen. Wir haben im Gesetzentwurf aber berücksichtigt, dass es ein **Gremium** geben wird, das das Lehramt weiter ausarbeiten wird. Ein gutes Lehramt ist eine **Daueraufgabe**. Das endet nicht mit diesem Tag. Aber mit der Verabschiedung des Gesetzes wollen wir Ruhe in die Schulen und in die Hochschulen bringen. Ich freue mich über dieses Gesetz und bin froh darüber, dass wir es gleich verabschieden werden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Vielen Dank. - Lieber Herr Landtagspräsident! Bei der ohne Frage notwendigen Reform der Lehrerbildung gibt es, meine Damen und Herren, natürlich nach wie vor grundsätzliche Differenzen. Wir wollen die **Lehramtsstudiengänge** an die **bestehenden Schulstrukturen** anpassen. Sie behaupten das für sich zwar auch, gehen in Wahrheit mit Ihrem

Modell aber deutlich über die bestehenden Schulstrukturen hinaus und wollen damit offenbar bereits auf Teufel komm raus die nächste Schulstrukturform vorbereiten. Das sollten wir am heutigen Tage nicht vergessen. Das ist eigentlich das, was Sie mit diesem Gesetz machen wollen.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen immer nur sagen, gerade Ihnen, Frau Kollegin Erdmann: Hände weg vom Gymnasium, hören Sie auf, Stück für Stück das Gymnasium als eigenständige Schulform anzuschließen!

(Beifall FDP und CDU)

Frau Kollegin, das hat nichts mit Kaiserreich oder 50er-Jahre oder solchen Dingen zu tun, die Sie uns dann immer aufs Brot schmieren, das hat etwas mit Pragmatismus und Anerkennung von Realitäten zu tun, dass diese Schulform gewünscht ist.

(Beifall FDP und CDU)

Ich könnte es mir auch so einfach machen und sagen, ja, Ihr Vorbild ist offenbar die Polytechnische Oberschule der DDR. So etwas mache ich nicht. Solche Diskussionen stoßen die Leute ab. Lassen Sie uns in Zukunft einfach ein wenig ernsthafter über diese Dinge diskutieren.

(Beifall FDP und CDU)

Dass wir grundsätzliche Kritik am ideologischen Grundgerüst haben, das diesem Gesetzentwurf zugrunde liegt, ist das eine. Wie Sie Ihren Plan vom Sekundarstufenlehrer allerdings umsetzen wollen, ist das andere.

Das **Gesetzgebungsverfahren** ist, wenn man es freundlich formuliert, eine absolute Farce. Es ist genau genommen eine Beleidigung für den Parlamentarismus. Der Entwurf ist noch immer dermaßen unausgegoren, dass die Beschreibung mit dem Wort „Murks“ eine Verniedlichung ist.

(Beifall FDP und CDU)

Es ist eigentlich noch viel schlimmer. Es ist wirklich schon große Staatskunst, wirklich ein Kunststück, nach rund zwei Jahren einen Gesetzentwurf vorzulegen, der unter dem Strich mehr neue Probleme schafft, als dass er alte löst. Das muss man erst einmal hinbekommen. Sie haben es hiermit geschafft. Die Landesregierung wollte ihren Entwurf vermutlich aus verfahrenstaktischen Gründen bisher lediglich per Brief und Pressemitteilung nachbessern. Die Koalitionsfraktionen doktern mit ihren Änderungen aber nun an den eher kleineren Problemen des Entwurfs herum. Überzeugende Antworten

(Christopher Vogt)

auf die zentralen Fragen, die dieser Entwurf aufwirft, bleiben Sie weiterhin schuldig.

Problematisch sind aus unserer Sicht vor allem die ungeklärte Frage der zukünftigen **Besoldungsstruktur** - Herr Kollege Habersaat, darauf kommen wir gleich noch - und die Schaffung von unnötigen **Doppelstrukturen** - es sind unnötige Doppelstrukturen;

(Beifall FDP und CDU)

das können Sie auch mit vielen Nebelkerzen nicht beiseitewischen -, obwohl die Universitäten - Herr Kollege Andresen, das haben auch Sie in der letzten Legislaturperiode, wie ich finde, zu Recht immer sehr deutlich gesagt - chronisch unterfinanziert sind und man die Millionen deutlich besser an den Universitäten und Fachhochschulen einsetzen könnte, als Sie es an dieser Stelle machen.

Meine Damen und Herren, es geht mit den Problemen fröhlich weiter. Es gibt offensichtliche Probleme der Studenten bei der **Umsetzung des Praxissemesters**, die nach wie vor vorhanden sind. Die Fahrtkosten sind das eine. Der Wirtschaftsminister wird sich unheimlich freuen, dass er aus seinem ebenfalls unterfinanzierten Etat jetzt auch noch die Kosten übernehmen muss. Ein Problem ist die **mangelnde Ausstattung der Universitäten und Schulen** zur Umsetzung des Gesetzentwurfs.

Weiter besteht das zentrale Problem, dass **Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe** - das sind immerhin über 80 % der Gemeinschaftsschulen - künftig keine **Ausbildungsschulen** mehr sein können. Herr Dr. Stegner, da wird jetzt sehr viel Ruhe einkehren. Das ist auf der einen Seite schön, auf der anderen Seite werden die anderen 20 % den ganzen Rest der Verantwortung tragen müssen.

Meine Damen und Herren, hinzu kommt das Problem bei der **Anerkennung der Abschlüsse** in anderen Bundesländern. Herr Kollege Andresen, Sie haben es richtig gesagt: Wenn man ein gemischtes Lehramt studiert hat - das heißt, das eine Fach in der Sekundarstufe I und das andere Fach in der Sekundarstufe II auf Oberstufenniveau -, dann ist man in anderen Bundesländern ein Mittelstufenlehrer. Das ist so.

(Heike Franzen [CDU]: So ist es!)

Aber die Frage ist doch nicht, ob das so toll ist, dass man dann Mittelstufenlehrer sein kann, wenn man teilweise etwas anderes studiert hat, sondern die Frage ist, ob es attraktiv ist, in Schleswig-Holstein weiter zu studieren. Das ist doch die entscheidende Frage.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geht munter weiter: Weitere fachliche Probleme bei den Sonderpädagogen, beim Ein-Fach-Lehramt sowie beim Seiten- und Quereinstieg werden von der Koalition einfach ignoriert.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch einmal an die bemerkenswerten Worte des Ministerpräsidenten aus der ersten Lesung erinnern. Der geschätzte Herr Ministerpräsident sprach vor einigen Wochen in diesem Hause noch davon, mit diesem Gesetz die bestmögliche Lehrerausbildung Deutschlands schaffen zu wollen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sensationell!)

Ich hoffe, es hat sich niemand in den anderen Wissenschaftsministerien in den anderen Bundesländern dabei verletzt, der dabei vor Lachen vom Stuhl gefallen ist. Ich hoffe wirklich, dass sich niemand verletzt hat; denn das glauben Sie doch wirklich selbst nicht.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und PIRATEN)

Der **Ministerpräsident** hat als Begründung angeführt, dass man die **MINT-Ausbildung** unbedingt stärken müsse, dass es ein Muss sei, dass man natürlich auch mit Blick auf die Anerkennung der Abschlüsse unbedingt die Sekundarstufe-II-Ausbildung komplett in Flensburg brauche. Herr Ministerpräsident, ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist: Das steht so gar nicht mehr im Gesetz.

(Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

Sie haben gesagt, unsere Haltung dagegen sei töricht. Was sind Sie dann heute?

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Ich nenne das einmal in aller Sachlichkeit: Das Getöse des Regierungschefs entpuppt sich nun als Bumerang.

(Serpil Midyatli [SPD]: Sehr sachlich!)

Wir haben auch mit ansehen dürfen - ich möchte fast sagen: mit ansehen müssen -, wie Sie den Gesetzentwurf am Ende durch das Kabinett gebracht haben. Ich weiß nicht, ob Sie entweder keine Ahnung hatten, wovon Sie dort gesprochen haben, oder ob es eine politische Nebelkerze sein sollte. Wirklich seriös ist das alles nicht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

(Christopher Vogt)

Auch ich habe mich doch sehr gewundert, wie in diesem Land mittlerweile mit Demonstranten umgegangen wird und wie sie von Ihnen bezeichnet wurden. Das Wort „töricht“ scheint Ihr neues Lieblingswort zu sein und hat das Wort „stark“ abgelöst. Neuerdings sind alle nicht mehr stark, sondern töricht.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Der törichte Norden! - Beifall FDP)

Das war nicht die junge AfD, die da draußen stand, das sind fast komplett angehende Lehrer, die hoffentlich in den Schuldienst in Schleswig-Holstein aufgenommen werden, die dort mit guten Argumenten gegen Ihren Entwurf demonstriert haben.

Herr Ministerpräsident, ich glaube es wirklich: Sie hätten sich entschuldigen können, da wäre Ihnen kein Zacken aus der Krone gebrochen. Sie haben auch gesagt, Sie seien dafür angetreten, und die Menschen hätten Sie für dieses Gesetz gewählt. - Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich kann Ihnen eine Reihe von Namen von Menschen nennen, die Sie gewählt haben und die dieses Gesetz wirklich unterirdisch finden.

(Beifall FDP und Volker Dornquast [CDU] - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD] - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollten mit dem Datenschutz aufpassen!)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Die Leute haben Sie deshalb gewählt - so höre ich es -, weil Sie gesagt haben, Sie wollten für gutes Regieren eintreten und für echten Dialog. Was Sie jetzt gemacht haben, ist Lichtjahre davon entfernt.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das ist nicht das Kernstück rot-grün-blauer Regierungspolitik. Das ist wirklich nur noch nach der Devise „Augen zu und durch“.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir freuen uns schon auf die nächste Wahl!)

Es wird immer kurioser. Interessant an dem letzten Schreiben der Wissenschaftsministerin zu diesem - -

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, wenn ich darf, kurz!

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP], Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Uli König [PIRATEN])

Interessant an dem letzten Schreiben der Wissenschaftsministerin zu diesem Gesetzentwurf waren

nicht nur die fragwürdigen Rechtschreibkünste, die bemerkenswert genug waren, sondern auch die völlig neuen Begründungen, die innerhalb der letzten Tage zu diesem Gesetzentwurf aufgetaucht sind. Auf einmal ging es auch um die regionalpolitische Stärkung im Bereich Flensburg.

Das kann man als Argument anführen, es ist nur komisch, dass es bisher immer vehement vonseiten der Landesregierung und auch vonseiten der Koalitionsfraktionen bestritten wurde. Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass, so wie es jetzt konstruiert ist, die Region Flensburg oder die **Universität Flensburg** dadurch gestärkt wird. Schauen wir uns einmal an: Als das Realschullehramt nach Flensburg verlagert wurde, ist dort nur die Hälfte der Studenten angekommen. Ich glaube, das Gesamtkonstrukt ist für Flensburg eher kontraproduktiv. Ich glaube, dass weniger Studenten in Flensburg ankommen werden.

(Beifall FDP und Daniel Günther [CDU] - Zurufe)

Insofern - glaube ich - werden Sie Flensburg einen Bärendienst erweisen. Das werden wir in einigen Jahren prüfen können. Ich glaube, die Studenten werden mit den Füßen abstimmen.

Ein weiteres Problem, das die Studenten verunsichert - das ist elementar -, sind die Kürzungen bei den Referendariatsstellen, die massiv sind - das verunsichert die Studenten weiter -,

(Beifall FDP, Heike Franzen [CDU] und Daniel Günther [CDU])

und auch die Pläne der Landesregierung bei der **Besoldungsstruktur**. Sie haben gesagt, das sei nicht Sache des Gesetzes. Sie schreiben jetzt zehensemestrig Studiengänge für alle Lehramtler in einem Gesetz fest. Dann müssen auch in dem Gesetzgebungsverfahren die Folgen berechnet werden. Die Auswirkungen auf die Besoldungsstruktur sind ganz elementar. Es stimmt, es wurden schon vorher Weichen gestellt. Sie schreiben das jetzt in einem Gesetz fest. Sie müssen dann auch im Gesetzgebungsverfahren die Fragen beantworten. Es geht um 30 Millionen € - strukturell, jedes Jahr. Das ist eine Menge Geld. Da müssen Sie auch sagen, woher das Geld kommen soll. Wo soll es an anderen Stellen eingespart werden?

(Beifall FDP, Heike Franzen [CDU], Daniel Günther [CDU] und Uli König [PIRATEN])

Die Frage bleibt unbeantwortet. Ich frage mich auch, was das **Finanzministerium** an der Stelle macht. Wir konnten lesen, dass man nicht nur im

(Christopher Vogt)

Bildungsministerium, sondern auch im Finanzministerium das ebenfalls als großes Problem sieht und sich große Sorgen macht. Frau Heinold, ich glaube, es ist schon wirklich fahrlässig, dass das Finanzministerium an der Stelle sagt: Okay, darüber gehen wir politisch hinweg, nach dem Motto: Wir machen erst einmal das eine, klären das andere später, und die Scherben sammeln wir später auf. - Wir haben ja gesehen, dass bei Ihrem System große Bedenken bestehen. Auch die Wissenschaftsministerin hat es bei der Kabinettsberatung gesagt. Ich glaube, das hätte jetzt beantwortet werden müssen, auch aus Ehrlichkeitsgründen gegenüber den Lehrern und den zukünftigen Lehrern in unserem Land.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Uli König [PIRATEN])

Wenn man dann liest, dass Sie quasi eine Einheitsbesoldung planen und Sie das noch nicht einmal halbherzig dementieren, macht das natürlich schon vielen Studenten Sorgen, wie es später weitergeht.

Abschließend möchte ich sagen, dass auch wir den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen, dass wir es zurück in den Ausschuss überweisen und eine **dritte Lesung** machen, und zwar nicht, weil ich noch gern mit Ihnen diskutieren möchte, sondern weil die Christian-Albrechts-Universität, die eine Hauptverantwortung bei der ganzen Reform trägt, gesagt hat: Lasst uns doch noch bis Ende des Jahres Zeit nehmen und noch einmal zusammensetzen, um die ganz vielen offenen Fragen, die noch vorhanden sind, zu klären, um das nüchtern zu klären. Lasst uns das noch einmal tun.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten von Kalben?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass niemand von uns und auch nicht unsere Finanzministerin über das Problem der Lehramtsbesoldung hinweggewischt hat, sondern dass wir uns darüber Gedanken machen, dass es noch keine abgeschlossene Position dazu gibt, wie das zu regeln ist,

(Anita Klahn [FDP]: Das ist ja gerade das Problem!)

und dass die Lehramtsbesoldung ein Problem ist, das nicht neu ist und nicht aufgrund dieses Gesetzes ein Problem geworden ist, sondern ein altes Problem ist, das zu lösen ist und gelöst wird? - Danke.

- Frau von Kalben, noch einmal der Hinweis: Sie gießen jetzt etwas in Gesetzesform, das massive finanzielle Auswirkungen hat. Da müssen Sie auch im Gesetzgebungsverfahren die Fragen beantworten. Das habe ich eben schon versucht zu erklären.

(Beifall FDP, CDU und Uli König [PIRATEN])

Was das andere angeht, man mache sich Gedanken, man diskutiere miteinander,

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

vielleicht habe ich da einen kleinen Informationsvorsprung Ihnen gegenüber, weil ich mir die Akten sehr genau angesehen und die Diskussionen verfolgt habe, die innerhalb der Landesregierung laufen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Es steht ganz klar drin: Es ist ein großes Problem, aber aus politischen Gründen wollen wir das erst später machen. - Das ist das, was ich Ihnen vorwerfe.

(Beifall FDP, CDU und Uli König [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, nunmehr möchte Herr Abgeordneter Andresen Ihnen eine Frage stellen.

Christopher Vogt [FDP]:

Ja.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. Würden Sie vielleicht zur Kenntnis nehmen, dass wir genau diesen Aspekt im Finanzausschuss diskutiert haben, die Finanzministerin dort deutlich gemacht hat, dass es einen Kabinettsbeschluss vom 27. März 2012 gab - ich glaube, da war die CDU zusammen mit Ihrer Partei an der Regierung -, der die Grundlage für die Studiendauer für die zukünftigen Lehramtler ist, und dass daraufhin die Besoldungsfrage neu zu klären ist? Die Ministerin wollte dann eigentlich noch weiter zu dem Kabinettsbeschluss ausführen, das wurde dann vom Vertreter Ihrer Fraktion un-

(Christopher Vogt)

ter dem Verweis, das könne man nur nicht öffentlich machen, leicht zurückgewiesen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Nichtsdestotrotz ist die Grundlage der Kabinettsbeschluss vom 27. März 2012. Damals hat Schwarz-Gelb regiert, nicht Rot-Grün-Blau. Wir werden das Thema jetzt natürlich angehen. Aber Ursache war ein Kabinettsbeschluss aus Ihrer Zeit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schon wieder nur die Halbwahrheit, Herr Kollege! Unglaublich!)

- Kollege Andresen, ich habe es gerade gesagt und es Ihnen gerade versucht zu erklären, aber anscheinend hören Sie mir nicht zu. Ich habe gesagt: Es wurden schon vorher Weichen gestellt. Das ist richtig. Das bestreite ich auch gar nicht. Aber Sie gießen jetzt etwas in Gesetzesform. Dann müssen Sie auch die **finanziellen Folgen** des Gesetzes im Gesetzgebungsverfahren klären. Das ist ganz einfach. Herr Kollege Andresen, wir haben auch einen Gesetzentwurf eingebracht und haben dort etwas anderes vorgeschlagen. Nicht nur, aber auch aus dem Grund: Dort gibt es weniger Probleme. Es gibt also Alternativen. In Ihrem Gesetzentwurf steht: „Alternativen: Keine“. Es gibt durchaus Alternativen.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Insofern sage ich Ihnen nur: Das muss geklärt werden. Dass Sie uns vorwerfen, dass wir es nicht geklärt hätten, und es damit zu begründen, dass Sie es selbst auch nicht machen, ist schon ein bisschen komisch. Es ist schon merkwürdig, uns etwas vorzuwerfen, was auf Sie selbst zurückschlägt.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Andresen?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank. Ich stelle trotzdem fest: Ich messe Sie zunächst einmal daran, was Sie auch zu Regierungszeiten gemacht haben, und nicht nur daran, was Sie zu Oppositionszeiten vorlegen. Deshalb habe ich darauf verwiesen. Ich stelle auch fest, dass es bei der Frage der Besoldung um die Studiendauer geht. Die ist, wie mehrfach jetzt deutlich gemacht, damals entschieden worden.

Wir fanden es auch richtig. Wir hätten es damals nicht anders gemacht. Wir fanden es richtig, aber Grundlage ist die Studiendauer. Die wird in dem Gesetz zwar noch einmal festgeschrieben, sie ist aber nicht beschlossen worden. Das heißt, durch dieses Gesetz verändert sich die Lage bei der Studiendauer nicht.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

- Ich weiß nicht, ob ich heute so undeutlich spreche.

(Zurufe SPD)

- Herr Dr. Stegner, mäßigen Sie sich mal ein bisschen! - Herr Kollege Andresen, ich sage Ihnen noch einmal: Wenn man das in einem Gesetz regelt, muss man die Konsequenzen mit bearbeiten. Wir haben einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem es andere Auswirkungen geben könnte. Ich habe auf das Problem hingewiesen. Sie kommen auch nicht dadurch heraus, dass Sie darauf hinweisen, dass das Kabinett am Ende der letzten Legislaturperiode etwas beschlossen hat, was teilweise Weichen gestellt hat. Sie stehen in der Verantwortung, die Frage der Auswirkungen dessen, was Sie heute in Gesetzesform gießen, zu beantworten.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Garg?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja, ich glaube, die wird auch besser als die vorherige.

(Unruhe)

Dr. Heiner Garg [FDP]: Schauen wir einmal, Herr Kollege Vogt. Ich möchte die Möglichkeit zur Zwischenintervention nutzen und Sie fragen, ob Sie mit mir einer Meinung sind, dass der Hinweis des Kollegen Andresen falsch war. Die Finanzministerin wollte nicht aus einem Kabinettsbeschluss zitieren, sondern sie konnte bestenfalls aus einem Kabinettsprotokoll zitieren. An der Stelle habe ich im Finanzausschuss interveniert und darauf aufmerksam gemacht, dass das nur in nicht öffentlicher Sitzung stattfinden könnte. Da ging es um eine Erklärung zu Protokoll und um nichts anderes. Da wir heute eine bildungspolitische Debatte mit histo-

(Christopher Vogt)

rischen Ausmaßen führen, ist es mir wichtig festzustellen, dass aus einem Kabinettsbeschluss an der Stelle gar nicht zitiert werden konnte.

(Zurufe)

- Mir fehlt leider die Regierungserfahrung, um das bestätigen zu können, aber ich nehme das gern zur Kenntnis. Ich weiß nur, dass es auch in der jetzigen Legislaturperiode von der jetzigen Bildungsministerin eine Protokollnotiz oder Anmerkung gibt - wenn ich es richtig in Erinnerung habe -, die im Kabinett gesagt hat, das sei ein Problem und müsse irgendwie über frei werdende Mittel finanziert werden, und davon ausgeht - wenn ich sie in der Sache richtig zitiere -, dass, wenn es keine frei werdenden Mittel gebe, das über alle Etats verteilt werden müsse. Das wird eine spannende Frage, die politisch zu beantworten sein wird und wir diskutieren müssen.

Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und plädiere noch einmal für eine dritte Lesung. Das wäre auch im Sinne der Hochschulen, der Studierenden und der zukünftigen Lehrer in unserem Land. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zugegeben, der Weg hin zu diesem Gesetzentwurf war sicher nicht der allerleichteste. Das liegt schon in der Natur der Sache. Selten sind so viele Beteiligte mit so unterschiedlichen Interessen in ein solches Verfahren einzubeziehen. Selten gab es so viele durchaus berechnete Forderungen, die aufgrund der finanziellen Lage des Landes nicht aufgenommen werden konnten.

Eines ist doch völlig klar: Im gesamten Verlauf wurde sicher mehr als nur eine Kröte geschluckt. Das will ich ganz bestimmt nicht schönreden oder einfach unter den Teppich kehren. Doch entscheidend ist ja bekanntlich, was am Ende herauskommt. Hier will ich trotz oder gerade wegen des Geätzes der Opposition eines ganz deutlich sagen: Das Ergebnis kann sich mehr als sehen lassen.

Unser Gesetz zur Neuordnung der **Lehrerbildung** ist absolut modern und zukunftsweisend. Mit dieser Neuregelung kriegen unsere angehenden Lehrerinnen und Lehrer das Rüstzeug, das sie für einen qualitativ hochwertigen Unterricht brauchen.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

Damit werden auch die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler stärker berücksichtigt. Sie können zukünftig passgenauer gefördert werden und haben damit bessere Chancen für ihre Zukunft. Last but not least müssen auch all diejenigen, die dieses wichtige Reformvorhaben für regionalpolitische Zwecke missbrauchen wollten, eines zugeben: Es werden keine Ressourcen von Kiel nach Flensburg verlagert oder umgekehrt. Es geht nicht um Standorte, sondern einzig und allein um die bestmögliche Lehrerbildung für Schleswig-Holstein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie Sie wissen, haben wir das Anhörungsverfahren und die hier angemahnten Änderungen nicht nur ernst, sondern auch zum Anlass genommen, noch einmal nachzubessern. So manch einer scheint aber leider weiterhin in seinem ideologischen Kettenhemd gefangen zu sein. Dialog und Beteiligung hin oder her, es wird munter weiter gehetzt und von Gleichmacherei oder von notorisch überforderten Einheitslehrern gesprochen.

Was mich besonders traurig stimmt, ist die Tatsache, dass damit an längst überwunden geglaubten Zeiten festgehalten wird,

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zeiten, in denen Kinder voreilig in Schubladen gesteckt und eben nicht ihrem individuellen Bedarf entsprechend gefördert wurden, Zeiten, in denen das soziale Erbe bestimmt hat, wo der Bildungsweg zu Ende ist.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Kurz gesagt: Zeiten, in denen Kinder und junge Erwachsene allerhöchstens von gleichen Bildungs- und Lebenschancen träumen konnten.

Eines ist völlig klar: Der SSW lehnt eine Bildungspolitik, die die unterschiedlichen Startbedingungen fortschreibt oder sogar verstärkt, entschieden ab.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Jette Waldinger-Thiering)

Wir haben uns immer für den Ansatz des längeren **gemeinsamen Lernens** starkgemacht. Auf diesem Weg haben einfach mehr junge Menschen die Chance auf einen höherwertigen Abschluss. Dieser ist häufig der Grundstein für ein selbstbestimmtes und zufriedenes Leben und für umfassende gesellschaftliche Teilhabe.

Ich will nicht falsch verstanden werden. Wir wollen sicher nicht jede und jeden mit der Brechstange zum Abitur führen, aber ich halte die **Abiturquote** hierzulande nach wie vor für ausbaufähig. Unser Ziel ist es, in jedem Fall die Rahmenbedingungen für den jeweils optimalen Bildungserfolg zu bieten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wandel, den die demografische Entwicklung auch für unsere Schulen bringt, lässt sich kaum leugnen. Gemeinsamer Anspruch dieser Koalition ist es, trotz der Veränderungen ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot in der Fläche zu sichern. Es ist ganz einfach so, dass wir auch in Zukunft echte Wahlfreiheit für die Eltern und Kinder im Land ermöglichen wollen.

Wer vor diesem Hintergrund lieber an überholten Schulstrukturen und an einer hoffnungslos veralteten Lehrerbildung festhält, handelt in meinen Augen unverantwortlich. Ich denke, für viele hier ist es an der Zeit, umzudenken und endlich einmal den Realitäten im Land ins Auge zu sehen.

Die weitgehend einheitliche Ausbildung der Lehrkräfte für alle weiterführenden Schulen ist modern und wegweisend. Um die bestehende Wahlfreiheit zwischen **Gymnasien** und **Gemeinschaftsschulen** sicherzustellen, ist die Qualifikation aller Lehrkräfte für die Sekundarstufe I und II nicht nur sinnvoll, sondern notwendig.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn beide Schularten haben den Anspruch, zu allen Abschlüssen zu führen, auch zur Hochschulreife.

Noch einmal: Wir wollen all unsere zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer fachwissenschaftlich exzellent ausbilden und ihren flexiblen Einsatz ermöglichen. Sie bekommen zukünftig die erforderlichen Kompetenzen sowohl für Gymnasien wie für Gemeinschaftsschulen. Dies ist die logische Konsequenz aus unserem Schulgesetz. Dies bedeutet keinesfalls eine Absenkung von fachlichen Standards. Das Gegenteil ist der Fall: Die Ausbildung wird

grundsätzlich, ganz im Sinne der Eltern und Kinder, auf gymnasiales Niveau angehoben.

Im Zusammenhang mit der Zukunft der Lehrerbildung habe ich eines immer wieder erwähnt: Hier geht es nicht um Regionalpolitik und Standortstärkung oder -schwächung durch die Hintertür. Hier geht es um ein bestmögliches Lehramt und letztlich um größtmögliche **Bildungschancen**.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diejenigen, die offenbar Angst vor Veränderung haben, argumentieren oft mit vermeintlichen Doppelstrukturen. Doch wer das tut, der muss dann zumindest so ehrlich sein und diesen Gedanken grundsätzlich Ende führen. Egal ob BWL, Medizin oder eine ganze Reihe anderer Studiengänge: In der Konsequenz würde man bei einem einzigen Hochschulstandort für ganz Schleswig-Holstein landen. Eine Bildungsinfrastruktur allein auf Basis von Wirtschaftlichkeitsberechnungen halte ich persönlich für eine gruselige Vorstellung. Wir sind stolz auf die Vielfalt in unserer Hochschullandschaft, und wir wollen sie nicht nur erhalten, sondern ausbauen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich mag mich wiederholen, aber erlauben Sie mir bitte einen für uns sehr erfreulichen Hinweis. Der Abgeordnete und Kollege Daniel Günther hat schon einmal gesagt, der SSW scheine sich im Lehrkräftebildungsgesetz nur für den Minderheitenbereich starkgemacht zu haben - sehr geehrter Herr Günther: Sorry, Mathe hat nicht unbedingt etwas mit Minderheit zu tun. Die Rechenarten sind die gleichen. Es kommt auf die Professur für Friesisch und für Dänisch an. Genau das ist der Punkt. Sorry. Da zeigen Sie wieder einmal, wie wenig Ahnung Sie von Minderheitenpolitik haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das Gesetz zur Lehrerbildung ist auch minderheitenpolitisch ein echter Meilenstein, Herr Günther. Denn wie Sie wissen, ist die Vermittlung der Bedeutung der Sprache, Geschichte und Kultur der nationalen dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe und der Minderheit der deutschen Sinti und Roma zukünftig Teil des Studiums. Auch die Berücksichtigung des Niederdeutschen ist folgerichtig. Gerade mit Blick auf die europäische Ausrichtung der **Universität Flensburg** und die Zukunftsfähigkeit des Europacampus ist die Veranke-

(Jette Waldinger-Thiering)

zung der **Minderheiten** und Regionalsprache sehr wichtig. Ganz nebenbei bemerkt entspricht es auch einfach der gelebten Realität in diesem Land.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Mehrheit der Betroffenen teilt die Einschätzung, dass eine konsistente Lehrerbildung nicht erst seit der letzten Schulgesetzänderung überfällig ist. Wir handeln entsprechend, indem wir die Ausbildung unserer Lehrkräfte endlich modern und den Strukturen entsprechend gestalten. Diese Weiterentwicklung wird sowohl in Kiel als auch in Flensburg als auch in Lübeck stattfinden. Sie wird natürlich nicht zum Nulltarif zu haben sein, aber sie wird sich in einem absolut überschaubaren Kostenrahmen bewegen.

Viel wichtiger als Kosten- oder Standortfragen ist in meinen Augen aber das Ergebnis dieser Reform. Denn am Ende wird die bestmögliche Ausbildung für unsere Lehrerinnen und Lehrer stehen. Sie bekommen schon im Studium das Rüstzeug für die zentralen Anforderungen des Schulalltags. Damit werden sie zum Beispiel viel stärker für die individuelle Verschiedenheit der Schülerinnen und Schüler sensibilisiert - eine Neuerung, die nicht zuletzt mit Blick auf das Ziel eines wirklich inklusiven Schulsystems enorm wichtig ist.

Eines steht für diese Koalition fest: Wir haben im Januar ein neues Schulgesetz verabschiedet. Wir haben damit die Weichen für die zentralen politischen Themen gestellt. Der Aufbau des Zwei-Säulen-Schulsystems, der Aufbau der Ganztagsangebote und Inklusion dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Sie haben weitreichende Folgen für das Lernen und die Lehrenden. Das Berufsfeld hat sich stärker verändert als der politische Veränderungswille der Opposition. Das ist bedauerlich.

Ich weise auf Folgendes hin: Wir haben heute ein vorzügliches Protokoll über die Anhörung zu diesem Gesetz im Bildungsausschuss bekommen. Darin steht ganz genau, dass sich unter anderem die AStA der CAU für den **Sekundarlehrer** ausspricht. Insofern ist es manchmal gut, Protokolle zu lesen und nicht nur Aktenvorlage zu beantragen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Heike Franzen.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Koalition ist angetreten, um eine **schulartbezogene Lehrerausbildung** auf den Weg zu bringen. Fakt ist: Sie schaffen die schulartbezogene Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein ab.

(Beifall CDU und FDP)

Auch wenn Sie es nicht hören wollen: Wir haben derzeit eine schulartbezogene Lehrerausbildung. In Flensburg werden Gemeinschaftsschullehrer ausgebildet. Das schaffen Sie ab.

Darüber hinaus ist die Kostenfrage nach wie vor nicht geklärt. Ich appelliere auch an die Abgeordneten in diesem Haus, die Verantwortung für dieses Land tragen. Der Landesrechnungshof hat deutlich gemacht, dass auch mit der letzten Vorlage der Ministerin im Finanzausschuss und im Bildungsausschuss der Vorwurf des Verstoßes gegen die Landeshaushaltsordnung nicht ausgeräumt ist.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Es gibt keine Bedarfsprognosen für Flensburg. Die **Mehrkosten** für die Sonderpädagogik sind überhaupt noch nicht erfasst. Die Frage, ob die 1,5 Millionen € Personalkosten tatsächlich so hinterlegt sind, dass sie wirken, ist auch noch nicht geklärt. Herr Günther hat deutlich gemacht, dass die 1,1 Millionen € für den Ausbau vermutlich überhaupt nicht reichen werden. Sie selber glauben der Finanzierung offensichtlich an dieser Stelle auch nicht, sonst hätten Sie keine Deckelung beschlossen und darauf zurückgeführt, dass das, sollte es doch zu Mehrkosten kommen, aus dem Bildungshaushalt zu bestreiten ist.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Franzen, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Erdmann?

Heike Franzen [CDU]:

Aber gern doch.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur ganz kurz. Vielen Dank, Frau Franzen. - Ich habe eine Frage zu den Fortbildungskosten. Sie haben selber im Januar im Schulgesetz eine Fortbildungspflicht verankern wollen, hatten das aber nicht finanziell hinterlegt. Von welchen Kosten sind Sie damals ausgegangen?

(Heike Franzen)

- Ich habe mich hier gerade gar nicht zu Fortbildungskosten geäußert, Frau Erdmann. Insofern würde ich mit meinem Redebeitrag weitermachen. Selbstverständlich ist es allerdings so, Frau Erdmann: Wenn ich eine Fortbildung im Gesetz verankere auf Zuweisung des Schulleiters - wie es im Augenblick der Fall ist -, muss ich das auch finanziell entsprechend hinterlegen. Da spielt eine Rolle, was Herr Vogt gesagt hat: Wenn ich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlege, muss ich auch über die Folgekosten reden. Es ist schön, dass Sie darauf hinweisen, dass auch die Fortbildungskosten nicht geklärt sind.

(Beifall CDU, FDP und Uli König [PIRATEN])

Wesentlich ist - ich bitte, das zu bedenken - Folgendes: Wir haben in unserem Land 146 Schulen mit Oberstufen. Dem stehen 800 Studenten gegenüber, die demnächst ein **Referendariat** und nicht nur das **Praxissemester** in Schleswig-Holstein machen wollen. Wie soll das geklärt werden? Wie sollen die studieren können? Hinzu kommt, dass wir in den nächsten Jahren 470 Referendariatsstellen streichen werden. Das sind prima Zukunftsaussichten für die Studierenden im Land.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu der Frage des Praxissemesters und den Fahrtkosten sagen. Sie wollen 300.000 € zur Verfügung stellen. Wir haben 800 Studenten. Das sind bummelig 375 € pro Student. Eine Monatskarte von Flensburg nach Kiel kostet 289 €. Sie brauchen acht Wochen. Das sind zwei Monate. Da werden die 375 € vermutlich nicht ausreichen. Ich bitte, in die Akten zu gucken. Das Finanzministerium ist zu ganz anderen Zahlen gekommen.

(Wortmeldung Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich möchte jetzt gern zu Ende kommen, weil meine Redezeit abläuft.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nicht nur Redezeit!)

Herr Habersaat, Ihr Änderungspaket war ein Änderungspäckchen. Es hat nur redaktionelle Änderungen mit sich gebracht. Das ist logisch, weil Sie in der Diskussion bisher immer verweigert haben, Ihre Änderungsvorschläge so rechtzeitig vorzubringen, dass wir sie miteinander diskutieren können. Es ist absehbar, warum das der Fall ist. Deswegen plädiere auch ich hier noch einmal herzlich für eine dritte Lesung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP - Wortmeldung Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, Sie hätten jetzt noch die Chance - - Nein.

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Professor Dr. Waltraud Wende.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem **Lehrkräftebildungsgesetz**, für das ich heute um Ihre Zustimmung werbe, fügen wir zusammen, was zusammengehört. Wir werden künftig Lehrkräfte qualifizieren, die zu unseren Schulstrukturen passen, Lehrkräfte für den Grundschulbereich, Lehrkräfte für die Sonderpädagogik und Sekundarlehrkräfte für den Unterricht an Gymnasien, an Gemeinschaftsschulen und an berufsbildenden Schulen. Dass wir diese Lehrkräfte in drei Städten, in Kiel, in Flensburg und in Lübeck, ausbilden, ist kein Effekt des heute debattierten Lehrkräftebildungsgesetzes, sondern regionalpolitisch motiviert und hat, wie wir eben gehört haben, eine Geschichte.

Wir haben in Schleswig-Holstein bereits seit vielen Jahren Studiengänge, die zum Lehrberuf qualifizieren und die sowohl in Lübeck wie in Flensburg wie in Kiel angeboten werden - eine Entscheidung, die nicht in unsere Regierungsverantwortung fällt, die wir aber weder ändern wollen noch ändern werden. In Lübeck werden aktuell Musiklehrkräfte für den Gymnasialbereich ausgebildet, in Kiel wird für die Lehrtätigkeit in Gymnasien und Berufsschulen qualifiziert, in Flensburg für die Lehrtätigkeit in Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Berufsschulen und Förderzentren.

Gestatten Sie mir eine Bemerkung zur Situation in Flensburg. Auch wenn wir die Lehrkräftebildung nicht reformierten und alles beim Alten beließen, müssten wir in Flensburg investieren und dort die fachwissenschaftliche Expertise erhöhen.

Bildungsexperten von internationalem Rang - da entschuldige ich mich jetzt bei Herrn Dr. Kipp; er ist Physiker und kein Bildungsexperte - wie der Kieler Jürgen Baumert und Olaf Köller, deren Rat wir zuvor eingeholt haben, vertreten die - wie ich finde - überzeugende Auffassung, dass auch bei

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

Lehrkräften, die ausschließlich im Sekundarbereich I eingesetzt werden, die fachwissenschaftliche Expertise eine zentrale Gelingensbedingung für **erfolgreichen Unterricht** ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das aber hätte in jedem Fall eine fachwissenschaftliche Nachsteuerung beziehungsweise Stärkung in Flensburg zur Folge; denn dort hat man über lange Zeit das Augenmerk einseitig auf die Fachdidaktik gelegt. Heute weiß man - den Herren Köller und Baumert sowie der empirischen **Bildungsforschung** sei Dank -, dass dies eine kurzsichtige, die Gelingensbedingungen von Lernprozessen simplifizierende Fehlsteuerung war, weil nämlich der unterrichtliche Erfolg einer Lehrkraft, und zwar vollkommen egal, ob sie im Sekundarbereich I oder in der Sekundarstufe II, in einer Hauptschule oder in einem Gymnasium eingesetzt ist, auf das Engste nicht nur mit deren **pädagogisch-didaktischer**, sondern auch mit deren **fachwissenschaftlicher Kompetenz** korreliert.

Zukünftige Lehrkräfte müssen zu doppelten Experten qualifiziert werden, zu Spezialisten in ihrem Unterrichtsfach und zu didaktisch-pädagogisch versierten Managern von Unterrichtsprozessen. Beides sind die zwei Seiten einer Medaille. Genau an dieser Voraussetzungsbedingung haben wir die Reform unserer Lehrkräftebildung orientiert mit der Folge, dass in Flensburg die fachwissenschaftlichen und in Kiel die pädagogisch-didaktischen Anteile des Studiums gestärkt werden sollen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die in den vergangenen Wochen immer wieder strapazierte, mit den Ängsten der Menschen spielende Rede von Gewinnern und Verlierern der Reform geht dabei vollkommen, aber auch vollkommen am Thema vorbei;

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Daniel Günther [CDU]: Wir haben nie von Gewinnern gesprochen!)

denn beide Hochschulen sind weder Gewinner noch Verlierer, sondern beide Hochschulen werden gleichermaßen auf die von Bildungsforschern definierten Standards guter Lehrkräftebildung verpflichtet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gibt damit bei den Hochschulen auch keine Verlierer der Reform. Gewinner allerdings gibt es in

der Tat sehr viele, nämlich die Schülerinnen und Schüler in unseren Schulen, und zwar unabhängig davon, ob die Schüler und Schülerinnen in Grundschulen, in Gemeinschaftsschulen mit oder ohne Oberstufe gehen, ob sie Gymnasien oder berufliche Schulen besuchen.

Was ist unser bildungspolitisches Ziel? Ziel ist: Wir wollen mehr **Chancengerechtigkeit**. Wir wollen, dass jedes Kind unabhängig von der Zufälligkeit des Unterstützungspotenzials eines Elternhauses in seinen individuellen Fähigkeiten gefördert und gefördert wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit dem Gesetz stellen wir sicher, dass unsere Lehrkräfte auf diese anspruchsvolle Aufgabe bestmöglich vorbereitet werden, fachwissenschaftlich orientiert am Niveau des alten gymnasialen Lehramtsstudiums und zugleich ausgerüstet mit hohen pädagogisch-didaktischen, berufsfeldbezogenen Kompetenzen.

Aus diesem Grund werden wir mehr Praxiselemente und mehr Berufsfeldbezug in unsere Lehrkräfteausbildung implementieren. Zusätzlich zu den - man höre - Orientierungs- und Fachpraktika in der Bachelor-Phase, die uns genauso wichtig sind wie das Praxissemester, über das wir jetzt monatelang diskutiert haben, wird es ein ganzes **Praxissemester** in der Master-Phase geben. Zudem werden die Themenfelder Heterogenität, Inklusion, Deutsch als Zweitsprache und Medienkompetenz als verbindliche Studienbestandteile gesetzlich verankert. Damit sind wir in Schleswig-Holstein Avantgarde. Wir erfüllen als eines der ersten Bundesländer die Vorgaben der KMK. Die Verbindung von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und Berufsfeldbezug ist das zentrale Qualitätsmerkmal guter Ausbildung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nur dann, wenn sich Lehramtsstudierende frühzeitig in der Lehrerrolle ausprobieren können - dafür benötigen sie nicht das Praxissemester, sondern die Orientierungspraktika und die Fachpraktika im Bachelor-Bereich -, können sie frühzeitig überprüfen, ob der Lehrberuf der richtige für sie ist.

Eine gerade eben von der Universität des Saarlandes veröffentlichte Studie von Julia Karbach zum Burnout bei Lehramtsstudierenden hat für mich Überraschendes deutlich werden lassen. Fast die Hälfte aller Lehramtsstudierenden gehört zur Burnout-Risikogruppe. **Lehramtsstudierende** haben -

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

so die Studie - signifikant geringere Stressbewältigungsstrategien als andere Studierende. Lehramtsstudierende wählen - so die Studie - den Studiengang häufig, weil sie glauben, dass das Studium im Bereich Lehramt einfacher wäre als ein anderes Studium. Lehramtsstudierende - so die Studie - legen sehr großen Wert darauf, dass sie später verbeamtet werden und die Sicherheit des Beamtentums haben. Menschen, die nicht für ihre Arbeit brennen, die nicht für die Arbeit mit jungen Menschen brennen, sondern in erster Linie die Sicherheit des Beamtentums gesucht haben, können - so ein Ergebnis der Studie - den extremen Belastungen des Schulalltags wenig entgegensetzen. Die Wahrscheinlichkeit für ein Burnout steigt an.

Frühzeitige **Praktika** helfen, berufliche Fehlentscheidungen frühzeitig zu korrigieren. Vor allem aber ermöglichen Praktika und der damit verbundene Berufsfeldbezug die enge Verknüpfung von Theorie und Praxis. Ziel dabei ist: Praxis erprobt Theorie, Theorie reflektiert Praxis.

Gestatten Sie mir mit Blick auf die Praktika eine Bemerkung. Die in den vergangenen Wochen und gerade eben auch wieder so ausführlich geführte Diskussion um den Ort des Praktikums - darf ein Praktikum an einer Schule ohne Oberstufe gemacht werden? - geht meines Erachtens am Thema vollkommen vorbei; denn nicht der Unterricht in der Oberstufe, sondern vor allen Dingen der Unterricht in der Mittelstufe ist die entscheidende Herausforderung, die Lehrkräfte sehr schnell an die Grenzen ihrer pädagogisch-didaktischen Kompetenzen und damit an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit führen kann.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aus diesem Grund gilt: Die Praktika sind grundsätzlich an allen Schulen möglich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ach was!)

Dabei ist vollkommen egal, ob sie eine Oberstufe haben oder nicht. Es sollte lediglich sichergestellt sein, dass jeder Studierende seine Praktika in zumindest zwei unterschiedlichen Schularten absolviert. Dabei ist es alles andere als ein Malus, wenn eine zukünftige Sekundarlehrkraft eines der vorgeschriebenen Praktika in der Grundschule absolviert; vielmehr ist es ein Bonus.

Da das Praxissemester ein Herzstück der neuen Ausbildung ist, werden den Studierenden die ihnen im Rahmen des Praxissemesters entstehenden Fahrtkosten vom Land ersetzt.

(Zuruf)

- Wenn Sie auch noch den Modus gern wissen möchten: Wir erstatten die Praxissemesterfahrtskosten orientiert an den Preisen im öffentlichen Personennahverkehr, unabhängig davon, ob die Studierenden das Auto, den Bus oder die Bahn benutzen.

Gestatten Sie mir noch ein paar abschließende Bemerkungen zu den Fächern, die zukünftig in Kiel und in Flensburg studiert werden können. Gestatten Sie mir diese Bemerkungen auch, wenn das Fächerangebot mit dem Gesetz, das wir heute debattieren, nicht zur Entscheidung steht. Die Ängste, die in den vergangenen Wochen aus ganz unterschiedlichen Motiven geschürt wurden, nehme ich zum Anlass, hierzu Stellung zu beziehen.

Für die CAU gilt: Hier werden alle Fächer erhalten bleiben. Außerdem werden keine personellen Ressourcen von Kiel nach Flensburg verschoben. Hinzu kommt: Für die **Fächer** Physik, Biologie, Chemie und Geografie, die in Flensburg lediglich auf dem Niveau der Sekundarstufe I studiert werden können, werden in Kiel Aufbau- beziehungsweise Weiterbildungsmaßnahmen angeboten. Damit können die Sekundarstufenlehrkräfte anschließend entscheiden, ob sie eine solche Weiterbildung machen wollen oder auch nicht.

Für die Universität Flensburg gilt: Auch hier bleiben im Bereich der Grundschule alle Fächer erhalten. Im Bereich der Sekundarstufenlehrerbildung werden künftig elf Fächer auf das Niveau der Sekundarstufe II angehoben. Für die Sekundarstufe I bleiben sechs Fächer erhalten: Physik, Chemie, Biologie, Geografie und Musik, für die es große schulische Bedarfe gibt, und auf Wunsch der Universität das Fach Philosophie.

Die Musiklehrerbildung im Bereich der Sekundarstufe II findet zukünftig in Lübeck statt. Daraus folgt, dass es in Schleswig-Holstein im Sekundarbereich zukünftig zwei Lehrämter geben wird. Das erste besteht aus zwei Sekundarstufe-II-Fächern und berechtigt zum Unterricht an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und beruflichen Schulen. Das zweite besteht aus der Kombination eines Sekundarstufe-I-Fachs mit einem Sekundarstufe-II-Fach oder aus zwei Sekundarstufe-I-Fächern. Die so qualifizierten Lehrkräfte können ebenfalls an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien eingesetzt werden, allerdings in dem Fach, in dem sie lediglich auf Sekundarstufe-I-Niveau studiert haben, ausschließlich in der Mittelstufe einer Gemeinschaftsschule oder eines Gymnasiums.

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

Finanziert wird der Ausbau der Fächer in Flensburg durch die bereits 2013 erfolgte Erhöhung des Grundhaushalts um 500.000 € sowie eine weitere Erhöhung des Grundhaushalts um 1 Million €, die wir im Haushalt des MBW abbilden können, weil wir die Mittel, die wir für eine Forschungsbeteiligung am Zentrum für strukturelle Systembiologie in Hamburg strukturell reserviert hatten, durch geschickte Verhandlungsführung nunmehr nur einmal, nämlich im Jahr 2014, benötigen und sie damit ab 2015 frei werden.

Kalkuliert haben wir darüber hinaus jede der insgesamt zehn neuen **Professuren** in Flensburg mit einem Mehr an Investitionen von 125.000 €. Im Vergleich - wir haben seriös gerechnet -: Das Centrum für Hochschulentwicklung - das Sie selber bemüht haben, um zu fragen: Wieviel kostet es, eine Professur an einer Universität zu implementieren? - kalkuliert eine Professur, die zu implementieren ist, mit 100.000 €. Das heißt, wir liegen um 25.000 € höher als das Centrum für Hochschulentwicklung.

Gestern hat meine Kollegin Wanka verkündet, dass es nunmehr tatsächlich den Startschuss für die **Qualitätsoffensive Lehrerbildung** geben wird. Das hätte nicht besser zwischen den beiden Ministerinnen abgesprochen sein können. Die Kriterien für die Qualitätsoffensive Lehrerbildung entsprechen genau dem, was wir heute auf den Weg bringen wollen. Unsere Universitäten sind damit bestens gerüstet, in diesem Qualitätspakt für Lehrerbildung punkten zu können. Darüber hinaus konnten wir heute schon in den Tageszeitungen lesen, dass die Universitäten einen gemeinsamen Antrag stellen werden, weil sie sich gemeinsam auf den Weg machen wollen, die Qualität unserer Lehrerbildung weiter zu optimieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Genau das ist von großer Bedeutung, nämlich dass die Hochschulen zukünftig in der Lehre stärker kooperieren als in der Vergangenheit, dass sie ihre Studienleistung problemloser anerkennen als in der Vergangenheit, in der das immer mit großen Vorbehalten, wenn überhaupt, möglich war, und dass damit ein problemloser Wechsel zwischen Kiel und Flensburg, Flensburg und Kiel in der Zukunft möglich sein wird.

Die Reform der Lehrkräftebildung war eine schwere Geburt, aber sie war längst überfällig, genauso wie die Kooperation zwischen den beiden lehrerbildenden Universitäten längst überfällig war. Die Anstrengungen der vergangenen Wochen haben sich

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

gelohnt. Denn wir haben mit dem Lehrkräftebildungsgesetz aus meiner Perspektive einen Quantensprung für gerechtere und bessere Bildungspolitik gesetzt. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Zeit um 9 Minuten überzogen. Diese Zeit stünde jetzt auch allen anderen Fraktionen zur Verfügung. - Ich sehe, davon wird kein Gebrauch gemacht.

Die CDU-Fraktion hat beantragt, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/1760, in den Bildungsausschuss zu überweisen, was einer dritten Lesung gleichkäme. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP sowie die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nunmehr ist seitens der CDU-Fraktion beantragt worden, über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/1760, in namentlicher Abstimmung abzustimmen. Da die CDU-Fraktion das Quorum damit erreicht hat, werden wir so verfahren. Ich bitte die Schriftführer, mit der Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Abstimmungsergebnis bekannt. Für den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/1760 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung haben 35 Abgeordnete gestimmt, 34 Abgeordnete haben dagegen gestimmt. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir kommen zur Abstimmung zu b): Berichts Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2107 (neu). Da es sich bei dem Antrag um einen Berichts Antrag zur 24. Tagung handelt, schlage ich Ihnen Abstimmung in der Sache vor. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. - Vielen Dank.

Nun können wir die Sitzung wohl unterbrechen.

(Präsident Klaus Schlie)

(Zuruf: Es gibt noch einen Entschließungsantrag! - Weitere Zurufe)

- Pardon, das ist mein Versehen. Ich schlage vor, dass wir den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW sofort nach der Mittagspause aufrufen.

(Zurufe)

(Zurufe)

- Über den Antrag der Piratenfraktion haben wir abgestimmt. Den Entschließungsantrag habe ich übersehen, das tut mir leid. Sind Sie damit einverstanden, dass wir diesen sofort nach der Mittagspause aufrufen? - Oder sollen wir ihn jetzt noch aufrufen?

(Zurufe: Jetzt!)

- Gut. Wenn von den antragstellenden Fraktionen gewünscht wird, den Antrag jetzt aufzurufen, dann können wir das jetzt erledigen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Kaspertheater!)

- Herr Abgeordneter, das ist nicht das Problem der Fraktionen, das war mein Problem. Das tut mir leid.
- Ich lasse über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2122 abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der CDU, der FDP und der PIRATEN. - Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung: 13:26 bis 15:02 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Nachmittagsitzung. Begrüßen Sie mit mir Mitglieder des Landfrauenvereins Wiedingharde. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Industriepolitische Konzept des Landes erarbeiten

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1964

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Christopher Vogt für die FDP-Fraktion.

(Beifall FDP)

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich ganz herzlich beim Präsidenten für die korrekte Ankündigung und möchte Ihnen kurz erläutern, wie wir zu diesem Antrag gekommen sind und was wir damit im Sinne haben.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

- Die Stellen zum Klatschen kommen erst noch, Herr Kollege.

Wenn man in die amtlichen Statistiken schaut, dann findet man dort den Beleg für das, was die Spatzen eigentlich schon seit Langem von den Dächern pfeifen: Schleswig-Holstein hat sich von der positiven **wirtschaftlichen Entwicklung der westdeutschen Flächenländer** in den vergangenen zwei Jahrzehnten zunehmend abgekoppelt. Beim Wirtschaftswachstum haben wir gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen die rote Laterne inne. Das ist auch kein Zufall, meine Damen und Herren.

Im Vergleich der Bundesländer haben wir eine der niedrigsten Absolventenquote in den MINT-Fächern - wir sprachen heute schon darüber -, die niedrigsten Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, auf der anderen Seite aber die höchste Niedriglohnquote und eine hohe Abwanderung an Hochschulabsolventen.

Seit Beginn der 90er-Jahre ist unter dem Strich jeder dritte Arbeitsplatz im verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein verloren gegangen. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung hat sich im gleichen Zeitraum fast halbiert. Auch andere Bundesländer haben einen Strukturwandel erfahren. Aber in keinem Bundesland hat er solche Spuren hinterlassen wie bei uns. Es ist uns leider nicht gelungen, diesem **Strukturwandel**, der sich im Wesentlichen vom Anfang der 90er-Jahre bis zum Jahr 2005 erstreckte, wirksam zu begegnen, indem etwa in neuen Wirtschaftszweigen nachhaltige Impulse gesetzt werden konnten.

Daher rühren auch die vergleichsweise niedrigen Löhne bei uns in Schleswig-Holstein. Nach einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes stellt Schleswig-Holstein mittlerweile den „Lohnkeller“ der westdeutschen Bundesländer dar.

(Christopher Vogt)

(Zuruf SPD: Deshalb ja auch der Mindestlohn!)

- Da helfen Sie mit Mindestlohn auch nicht, meine Damen und Herren.

Das liegt nicht etwa an Geschäftsführern, die ihren Mitarbeitern in Schleswig-Holstein nichts gönnen würden, sondern das liegt in der beschriebenen **Entwicklung** unserer **Wirtschaftsstruktur** begründet. Das ist aus meiner und aus unserer Sicht sehr bedauerlich und bedeutet weniger Chancen gerade für die junge Generation.

Ich denke, jedem, dem etwas an unserem Land liegt, sollte dieser Zustand und dieser Umstand nicht egal sein. Man sollte nicht akzeptieren, dass dies dauerhaft so sein muss.

Meine Damen und Herren, unsere Menschen im Land sind weder dümmere noch ungeschicktere als die Menschen in Bayern oder Baden-Württemberg oder anderen sehr erfolgreichen Regionen Europas. Herr Dr. Tietze, wir werden gleich noch darauf zu sprechen kommen, was denn das Thema **Industriepolitik** eigentlich bedeutet, wie man da herangehen muss. Ob es einem gefällt oder nicht: Ein intakter industrieller Kern ist eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltig positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

(Beifall FDP)

Nach einer aktuellen Statistik von Eurostat - das ist das Statistische Amt der Europäischen Union - sind die Löhne im verarbeitenden Gewerbe durchschnittlich um ein Viertel höher als beispielsweise im Dienstleistungsgewerbe. Die Industrie erzielt die höchste Wertschöpfung und sorgt mit ihrer Nachfrage nach Vorleistungen dafür, dass auch in den unternehmensnahen Dienstleistungen, wie zum Beispiel Wirtschaftsprüfung, Finanzgewerbe, Unternehmensberatung und so weiter, eine hohe Zahl gut bezahlter Beschäftigungsverhältnisse erhalten bleibt beziehungsweise neu geschaffen wird.

Meine Damen und Herren, die Landespolitik darf dem Prozess der schleichenden Deindustrialisierung nicht tatenlos zusehen. Das ist natürlich eine schwierige Aufgabe. Deshalb fordern wir in unserem Antrag die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Kommunen, den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften sowie den Hochschulen im Land ein **industriepolitisches Konzept** zu erarbeiten, das darauf ausgelegt sein soll, dass wir bis 2030 bei den entsprechenden wirtschaftlichen Kennzahlen wieder mindestens den Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer erreichen können.

Ich habe gestern auch mit dem Vorsitzenden des DGB Nord gesprochen. Auch der sagt, dass die Gewerkschaften bereits an einem ähnlichen Konzept arbeiten und sich schon Gedanken gemacht haben. Er sagte auch, dass sie das in einem norddeutschen Zusammenhang machen wollen. Auch das halte ich für einen sinnvollen Ansatz.

Meine Damen und Herren, niemand erwartet, dass wir in den nächsten zehn bis 15 Jahren die Bundesländer an der Spitze überholen werden. Aber es ist, glaube ich, zumindest nicht komplett unrealistisch, dass wir wieder zurück ins Mittelfeld kommen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Christopher Vogt [FDP]:

Mit größter Freude.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Entschuldigen Sie bitte, dass ich so spät aufgestanden bin. Aber ich musste den Gedanken, den Sie vorhin geäußert haben, erst noch ein bisschen nachwirken lassen.

Sie haben den Bezug zur industriellen Entwicklung und zu der Frage der Arbeitsplätze und zu den billigen Löhnen festgestellt. Sind Sie mit mir der Meinung, dass es auch eine Folge des industriellen Wandels ist, dass die Arbeitsplätze nicht in Deutschland bleiben? Wir beide hatten ja das Vergnügen, Herrn Ministerpräsidenten im vergangenen Jahr nach China zu begleiten, und haben dort feststellen können, dass es immer mehr mittelständische, aber auch industrielle Betriebe gibt, die eben gerade in China ihre Produktion aufbauen. Glauben Sie, dass eine der Folgen dessen, was wir durch die Globalisierung in der Industriepolitik erleben, eben auch ist, dass wir diese Entwicklung in Westeuropa und eben auch in Deutschland gar nicht auffangen können, weil wir gegen diese Billiglohnkonkurrenz gar nicht „anstinken“ können? Sie wissen, was ich meine.

- Ja, ich weiß, was Sie meinen; ich habe das verstanden.

Herr Dr. Tietze, das ist natürlich eine spannende Frage. Aber ich glaube, hier muss man ein bisschen unterscheiden. Es gibt natürlich einen internationa-

(Christopher Vogt)

len Wettbewerb, wonach es nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa eine Tendenz zur Deindustrialisierung gibt, sodass sich dort wieder einiges verlagert. Es kommen allerdings auch viele Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes wieder zurück nach Deutschland und nach Mitteleuropa.

Ich glaube, es geht um die Rahmenbedingungen. Ich meine, wir brauchen uns nicht mit Billigproduzenten in China vergleichen. Das haben wir ja auch gesehen, Herr Ministerpräsident. Es gibt Bereiche, in denen wir nicht konkurrenzfähig sein können, aber ich glaube, dass auch die Hochschulen, was innovative Produkte angeht, was den technischen Vorsprung angeht, vieles leisten. Hiergegen kann Deutschland sehr wohl ankommen, umso zumindest diesen schleichenden Prozess der Deindustrialisierung abzubremsen und zu verändern.

Deswegen hatte ich ja auch den **Vergleich zu anderen Bundesländern** hergestellt. Ich glaube, dies ist auch genau die richtige Vergleichsgröße. Denn ich glaube, es macht wenig Sinn, sich mit der Region Zhejiang zu vergleichen, die so viele Einwohner hat wie Frankreich und die in China eine Boomregion ist. Nach meiner Auffassung macht es aber durchaus Sinn, sich mit westdeutschen Flächenländern zu vergleichen, wie zum Beispiel mit Rheinland-Pfalz, wo es ähnliche Rahmenbedingungen gibt wie in Schleswig-Holstein. Da muss man eben gucken, was man im Verkehrsbereich, im Hochschulbereich und in anderen Bereichen bei den Rahmenbedingungen für die Unternehmen tun kann. Wie kann man Unternehmen anwerben und die Rahmenbedingungen für diese Unternehmen verbessern?

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Vogt, der Herr Abgeordnete Dr. Tietze hat das Bedürfnis zu einer weiteren Frage. Gestatten Sie diese?

Christopher Vogt [FDP]:

Das hatte ich schon befürchtet. Gern.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank für die sehr interessante Antwort.

Sie haben in Ihrer Rede den Eindruck erweckt, dass der Standort Schleswig-Holstein in den letzten Jahren möglicherweise ein schlechterer Standort geworden ist. Würden Sie denn mit mir konform gehen, dass wir auch durch die Energiewende und die Pro-

duktion der regenerativen Energien, die wir in Schleswig-Holstein im Gegensatz zu anderen Bundesländern gerade durch den Ausbau der Windenergie en masse haben, ein sehr attraktives Bundesland für Industrieansiedlungen sind? Das Thema Energie ist ja heute durchaus ein sehr wichtiger Faktor bei der Frage der Ansiedlung von Industrie.

- Ja, natürlich. Es geht darum, die Stärken, die man hat, weiter zu stärken, Cluster zu bilden. Wenn man sich zum Beispiel die erneuerbaren Energien anschaut, dann haben wir natürlich einen Vorteil. Wenn man aber danach guckt, wo in dem Bereich auch produziert wird, dann müssen wir feststellen, dass die süddeutschen Bundesländer vielleicht am Anfang noch einen kleinen Rückstand gehabt haben. Aber auch insoweit muss man sagen: Wenn alles in Schleswig-Holstein produziert werden würde, was in diesem Bereich boomt, dann wäre das für Schleswig-Holstein sehr schön. Das ist aber nicht durchweg der Fall. Ich glaube, wir haben im Bereich der erneuerbaren Energien ohne Frage eine gewisse Stärke. Dies ist ein Punkt, auf den man durchaus stärker setzen müsste. Auch die Gesundheitswirtschaft ist eine Stärke von Schleswig-Holstein.

Wenn Sie sich die maritime Wirtschaft anschauen, dann gibt es hier - die Werftenkrise ist nach dem Strukturwandel größtenteils vorüber - die Situation, dass viele Werften sozusagen von Auftrag zu Auftrag kämpfen. Aber wenn Sie sich das anschauen, dann stehen wir logischerweise hier an der Küste am Ende der Wertschöpfungskette - allein schon aus geografischen Gründen. Aber was den ganzen Maschinenbau angeht, was die ganzen Vorleistungen angeht, das wird oftmals auch im Bereich der maritimen Wirtschaft im Süden produziert. Ich denke, da muss man schauen, ob man das nicht auch in Schleswig-Holstein, stärker hier vor Ort, haben kann.

Meine Damen und Herren, es gibt also keinen plausiblen Grund dafür, dass Schleswig-Holstein dauerhaft - wie der DGB sagt - der „Lohnkeller der Republik“, der westdeutschen Flächenländer, bleiben muss. Wer die Situation konkret verbessern will, muss sich darüber Gedanken machen. Die Landesregierung kann und sollte natürlich nicht neue Industrieunternehmen gründen, aber gerade bei den Fragen, wie Studienplätze, in welchen Bereichen, finanziert werden, bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung, bei den Ausgaben für Infrastruktur, wo wir leider eine sehr niedrige Investitionsquote haben - darüber wollen wir gleich auch noch

(Christopher Vogt)

sprechen -, beim Thema Gründungsintensität - also bei dem Thema, wie viele junge Leute gründen ein Unternehmen und wie kann man sie dabei unterstützen -, oder auch beim Thema unternehmerisches Engagement insgesamt gibt es Punkte, über die man diskutieren kann.

Wir müssen uns finanziell konsolidieren, aber das sollten wir nicht auf Kosten der Zukunft machen. Wir müssen genau gucken, wo wir das Geld im Land einsetzen.

Meine Damen und Herren, insofern ist die **Verbesserung der Rahmenbedingungen** unser Ziel. Es sollte dort ein entsprechender Masterplan, ein Konzept, erarbeitet werden. Ich denke, an dieser Stelle macht es Sinn, das Thema im Ausschuss weiter zu vertiefen und weiter auf den Weg zu bringen. - Ich danke ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU hat Herr Abgeordneter Volker Dornquast.

Volker Dornquast [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die deutsche Wirtschaft brummt, die Auftragsbücher der deutschen Industrie sind gut gefüllt - zumindest zurzeit noch. Zugleich ist der Arbeitsmarkt sehr stabil - und das auf einem hohen Niveau. Das ist die erfreuliche Situation in Gesamtdeutschland. Am mittelständisch geprägten Schleswig-Holstein geht die besonders florierende industrielle Wertschöpfung allerdings freilich fast vollständig vorbei. **Schleswig-Holstein** ist industriepolitisch der Schwachpunkt oder zumindest ein **Schwachpunkt Deutschlands**.

Die **Industrie** in Deutschland hat 7,2 Millionen Beschäftigte bei einem Gesamtumsatz von 2 Billionen €. Gemessen an der Bevölkerung müssten wir also fast dreimal so viele industrielle Arbeitsplätze in unserem Land haben, um den Durchschnitt der Bundesrepublik zu erreichen. Wir haben 3,5 % der Bevölkerung und nur 1,3 % der Industriearbeitsplätze.

In Schleswig-Holstein arbeiten 101.000 Beschäftigte in 537 Industriebetrieben. Das sind gegenüber dem Basisjahr 2010 lediglich 3 % Arbeitsplätze mehr, die in diesem Bereich entstanden sind. Das zeigt, dass Schleswig-Holstein von der boomenden Wirtschaft und den hervorragenden Exportzahlen

zwar auch profitiert, im Verhältnis zu anderen Bundesländern jedoch etwas an Boden verliert. Das um eine Million Menschen kleinere Hamburg hat im gleichen Zeitraum 4.000 Industrie-Arbeitsplätze geschaffen - und das bei bekanntermaßen erheblich geringeren Flächen, die für solche Betriebe dort angeboten werden können.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dornquast, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiesen?

Volker Dornquast [CDU]:

Ich möchte keine Zwischenfragen zulassen, nein. - Als Flächenland sollte man meinen, dass wir mit **Flächen für Industrieprojekte** werben könnten. Stattdessen bekommen wir zunehmend Probleme mit den Flächen. Dafür gibt es vielerlei Gründe, die uns allen bekannt sind. Herr Wirtschaftsminister, diese Landesregierung muss sich mehr um diese Chance der Wertschöpfung kümmern. Die industrielle Produktivität ist die Quelle von Wachstum und Wohlstand in Deutschland.

Die **industrielle Produktion** und die produktbezogene Dienstleistung, die da dranhängen, finden meist in recht enger räumlicher Nähe zueinander statt. Dienstleister folgen der sich verlagernden Industrie an andere Standorte. Das ist negativ, aber wenn es mal zu uns hin passiert, kann das auch positiv sein. Die Industrie hat damit einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleister. Deshalb unterstützt die CDU-Fraktion den Vorschlag der FDP hinsichtlich der Erarbeitung eines **industriepolitischen Konzeptes** des Landes ausdrücklich.

Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung haben Sie gesagt, dass sich Ihre Regierung daran messen lassen wird, ob sie dieser historischen Aufgabe gerecht geworden ist.

(Zuruf SPD: Dann ist ja alles gut!)

Heute kann ich allerdings nicht erkennen, dass Sie sich überhaupt auf den Weg machen wollen, geschweige denn bereits gemacht haben.

(Beifall Johannes Callsen [CDU] - Martin Habersaat [SPD]: Liegt das an uns oder an Ihnen?)

Nach Auffassung der CDU darf die Windindustrie nicht die einzige Hoffnung für Schleswig-Holstein bleiben.

(Volker Dornquast)

Herr Ministerpräsident, gemäß Ihrer Regierungserklärung haben Sie auch angekündigt, Schleswig-Holstein attraktiv machen zu wollen für **internationale Unternehmen** und neue Arbeitskräfte. Das ist jetzt über zwei Jahre her. Nach meiner Meinung ist bisher nicht viel, ich meine sogar gar nichts passiert, was in diese Richtung deutet. - Schönen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Olaf Schulze.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Industriepolitik und Sozialdemokratie haben eine lange gemeinsame Geschichte. Daher hätte Ihr Antrag eigentlich besser ins letzte Jahr gepasst, als die SPD ihr 150-jähriges Bestehen gefeiert hat.

(Lachen Johannes Callsen [CDU] - Christopher Vogt [FDP]: Wir waren nicht eingeladen!)

Allerdings haben wir auch nach 151 Jahren dazu einiges zu sagen. **Industriepolitik** ist nämlich auch in Schleswig-Holstein ein Punkt, den wir im Fokus haben. Wenn Sie sich ansehen, welchen Strukturwandel Schleswig-Holstein in den letzten zwei Jahrzehnten zu bewältigen hatte, ist völlig klar: So wie vorher wird es in Schleswig-Holstein nicht mehr werden. Es wird anders, und das schon seit langer Zeit.

Auch deshalb ist die **Schwerindustrie** eines der Themen, die vom Flensburger Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte erforscht werden. Ein Schwerpunkt ist dabei der Schiffsbau. Der Wandel gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen ist in unserer industriellen und unserer postindustriellen Gesellschaft der Normalfall. Ihn sollten wir gestalten, und das tun wir in Schleswig-Holstein seit nunmehr 125 Jahren.

Meine Damen und Herren, neu sind diese Notwendigkeiten nicht. Als sich der Landtag 1991 einen Raumordnungsbericht vorlegen ließ, wurde deutlich, dass die Bedeutung der Beschäftigung im produzierenden Gewerbe in den zurückliegenden Jahrzehnten bereits erheblich abgenommen hatte. Schleswig-Holstein hatte von 1970 bis 1987 20 % seiner Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftszweig verloren. Die Veränderungen waren und sind auch Chance. Richtig ist nämlich, dass **Schleswig-Hol-**

stein nicht so riesige Industrieanlagen hat wie andere Bundesländer, sondern eher von **kleinen und mittleren Unternehmen** geprägt ist. Falsch ist dagegen, dass das ein Nachteil ist. Ich glaube, wir haben es in der letzten Weltwirtschaftskrise auch gesehen, dass gerade unsere Struktur dazu beigetragen hat, dass bei uns nicht wie in anderen Bundesländern die Zahlen bei den Arbeitslosen und bei der Kurzarbeit erheblich gestiegen sind, sondern wir hatten dadurch eher Vorteile.

Meine Damen und Herren, bei der Industriepolitik für Schleswig-Holstein wird es also nicht um ein „Weiter so!“ gehen, auch nicht um ein Nacheifern. Unsere Industriepolitik im Wandel setzt auf schleswig-holsteinische Stärken und baut sie aus. Dort steigen wir mit gezielten Förderinstrumenten und Steuerungsinstrumenten ein. Wir unterstützen unsere Cluster. Dazu gehören besonders die maritime Industrie, die chemische Industrie, die Lebensmittelindustrie, die Schienenfahrzeugtechnik und die erneuerbaren Energien.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Flemming Meyer [SSW])

Das kann aber nicht heißen, dass unsere Unternehmen in Wirtschaftszweigen so werden können oder sollten wie die in Baden-Württemberg. Die mögen vielleicht alles können außer Hochdeutsch, aber wir sind der echte Norden!

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Birgit Herdejürgen [SPD]: Jawohl!)

Der Austausch innerhalb Deutschlands und Europas ist gut. Letztlich muss es aber bei der **Entwicklung** unserer **Wirtschaft** um einen **schleswig-holsteinischen Weg** gehen, der zu uns und unseren Gegebenheiten passt. Wir setzen auf nachhaltige Industrieproduktion, auf Energie- und Materialeffizienz. Die Energiewende sehen wir als Chance für unsere Industrie. Unsere Energiewende führt nicht zu Deindustrialisierung, im Gegenteil. Wir haben hier in Schleswig-Holstein hochqualifizierte und innovative Arbeitsplätze in den erneuerbaren Energien geschaffen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit unserer Politik sind wir ökologisch, wir sind sozial und gleichzeitig sogar innovativ. Es geht darum, traditionelle Geschäftsfelder zu sichern und zukunftsfähige Geschäftsfelder auf- und auszubauen.

Meine Damen und Herren, Menschen in Schleswig-Holstein sind glücklicher als in anderen Regionen

(Olaf Schulze)

Deutschlands. Das liegt nicht an den hohen Löhnen, da haben Sie vollständig recht. Wer hier herzieht, weiß das übrigens. Das schleswig-holsteinische Glück mag auch daran liegen, dass wir Wirtschaft, Wachstum und Innovation gemeinsam entwickeln mit Lebensqualität, Ressourcenschonung und guter Arbeit.

(Beifall SPD)

Dazu zählt für uns - auch das ist ein Teil unserer modernen Industriepolitik -, dass wir Themen wie Barrierefreiheit, Arbeitszeitgestaltung, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten mit bedenken werden.

Wenn das alles gelingen soll, brauchen wir unseren eigenen Weg, einen Weg, der sich an den kleinen und mittleren Unternehmen orientiert, auch industriepolitisch, einen Weg, der auf Bildung, auf gute Fachkräfte setzt, einen Weg, der die Stärken Schleswig-Holstein betont, statt nur in den Süden zu schielen.

Sehr gern können wir konzeptionelle Überlegungen im Wirtschaftsausschuss weiter erörtern. Deswegen beantrage ich Überweisung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Vogt, uns liegt ein Antrag vor, die Industrie in Schleswig-Holstein zu stärken. Ich finde es gut, dass Sie als FDP diesen Antrag eingebracht haben und wir heute in diesem Hause darüber diskutieren. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich.

Die **industrielle Produktion** ist das Fundament der wirtschaftlichen Stärke, aber - das ist in meiner Zwischenfrage deutlich geworden - die derzeitigen Krisen in der Welt werden besonders durch den Klimawandel hervorgerufen und stellen eine große Herausforderung dar. Lange haben wir die Probleme ignoriert und nicht konsequent gegengesteuert. Aber die Krise ist immer auch eine Chance für gegenwärtige Veränderungen. Deshalb muss unser Ziel sein, das bestehende Wirtschaftssystem - welt-

weit im Übrigen - auf eine CO₂-neutrale Produktion umzustellen.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **Energiewende** und die **Industriewende** müssen integriert gedacht werden. Unser Bundesland hat da eine nicht ganz unwichtige Rolle und Position, denn wir können deutlich machen, dass wir die Transformation, die wir brauchen, dem Strukturwandel eine Richtung zu geben, hier in Schleswig-Holstein auch tatsächlich umsetzen können. Lieber Herr Kollege Vogt, wir haben selbst gesehen, welche Probleme ein solch großes Land wie China hat. Ich persönlich war in unserer Partnerregion sehr erschrocken von der Umweltzerstörung, dem Smog und der Situation vor Ort. Ich habe mit großem Interesse wahrgenommen, dass gerade unsere schleswig-holsteinischen Unternehmen in der **Umwelttechnologie** wirklich echte Exportschlager haben. Das heißt, Schleswig-Holstein ist ein Exportweltmeister bei den regenerativen Energien und bei einer Technik, die wir brauchen, um dem Klimawandel erfolgreich begegnen zu können. Ob wir dafür ein Konzept brauchen, sei dahingestellt. Aber, Herr Vogt, dass der Blaumann mittlerweile auch in Schleswig-Holstein grün ist, ist auch ein Verdienst dieser Landesregierung.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Der Wirtschaftsminister weiß von nichts!)

Deshalb brauchen wir keine Debatten um Bestandsschutz und Subventionierungen. Wir brauchen eine Debatte, die unser Land nach vorne bringt.

Ich sage ganz bewusst, es ist Zeit für eine **dritte Industrielle Revolution**, wie ich sie nenne. Die dritte Industrielle Revolution heißt, so zu produzieren, dass wir mit weniger Einsatz mehr machen können, dass wir natürliche Ressourcen in einer Kreislaufwirtschaft verwenden, dass wir von fossilen Brennstoffen wegkommen und dass wir diese Chance nutzen. Wir sind nicht ein Automobilland wie Baden-Württemberg oder Niedersachsen. Deshalb, lieber Kollege Vogt, können wir bestimmte Industrien in Schleswig-Holstein nicht miteinander vergleichen. Ich weise aber darauf hin, dass wir im Rahmen unseres **grünen BIP** herausgearbeitet haben, dass die entsprechenden Steigerungsraten des BIP in Schleswig-Holstein nie da waren. Schleswig-Holstein hat immer eine gewisse Nullrate gehabt. Wir sind über viele Jahre auf der Steigerungsrate plus/minus null unseres Wirtschaftswachstums geblieben. Herr Vogt, das hatte aber auch den Vorteil, dass wir in der Krise eben nicht zu den Verlierer-

(Dr. Andreas Tietze)

bundesländern gehört haben. In der Finanz- und Wirtschaftskrise, die noch nicht so lange her ist, hatten wir eben nicht die großen Probleme wie andere Länder.

Ich sage es auch sehr deutlich: Meine grüne Fraktion will Industrie in diesem Land. Wir setzen dabei auf zweimal Öko: **Ökonomie und Ökologie**. Unsere moderne Industriepolitik will die globalen Probleme in den Blick nehmen. Sie will die Abhängigkeit von begrenzt verfügbaren Ressourcen überwinden, und wir wollen außerdem energieintensive Industrien nach Schleswig-Holstein holen. Wo, wenn nicht bei uns, ist es so einfach, mit umweltfreundlicher Energie aus heimischen Quellen versorgt zu werden? Herr Ministerpräsident, es ist eigentlich ein Standortvorteil in Deutschland, auf den wir hinweisen sollten. Ich bin mir sicher, Herr Ministerpräsident, dass Sie keine Gelegenheit auslassen, darauf hinzuweisen.

Der **Industriestandort Brunsbüttel** ist ein Paradebeispiel dafür, die Wende in der Industriepolitik voranzubringen. Er kann seine ganze Kraft entfalten: Wasserstoff aus Windkraft an der Westküste, der Grundstoff chemischer Industrien und als Antriebsquelle für unsere Züge. Das ist eine ökologische Vision, die wir haben. Sie sind vor allem auch eine wunderbare Exportchance. Sie werden sich wundern, dass ich als Grüner hier stehe und die Chemie lobe. Das ist nichts Ungewöhnliches. Es wundert Sie bestimmt. Wir Grüne sind für Chemie, aber ich sage auch: Die Chemie muss stimmen.

Die **ökologische Neuausrichtung** wird sich auf Dauer in Schleswig-Holstein auszahlen. Es ist für uns auch wichtig, die passenden Dienstleistungen dazu mitzudenken. Wir müssen nicht immer ein Werkzeug in die Hand nehmen, um ein Produkt zu verbessern. **Produkt und Nutzung** gehören zusammen. Ich finde, das Credo, das in Deutschland vielfach zu hören ist: „Nutzen statt besitzen“, heißt für die Automobilindustrie und andere Industriezweige, sich umzustellen, nämlich sich zu fragen: Was sind die Produkte von morgen? Ich will gar nicht sagen, was sich jetzt auf dem Markt mit den sogenannten 3-D-Druckern tut, mit der Möglichkeit, Produktion in die Region zurückzuholen. Das alles sind Chancen für ein Bundesland, das strukturschwach ist. Aber wir können mehr, und wir können anders, und vor allen Dingen können wir besser, wenn wir uns in der Industriepolitik auf die tatsächlichen Themen der Verkehrswende, der Industriegewende und der Energiewende konzentrieren. Stärken muss man stärken und darf sie nicht schwächen.

Deshalb freue auch ich mich auf die Debatte im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Fraktionsvorsitzende, der Herr Abgeordnete Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! So kritisch man eine Verlängerung des Betrachtungszeitraums beim Thema Trendsteuern sehen kann, so sehr wäre eine solche Verlängerung bei der Stellung dieses Antrags ratsam gewesen.

(Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Können wir uns darauf verständigen, dass das Wort jetzt der Herr Abgeordnete Schmidt hat und wir bitte nicht kreuz und quer durch den Saal diskutieren?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Wir haben uns einmal die Mühe gemacht, nicht nur den Zeitraum bis 1991 zurückzuverfolgen, sondern auch die Jahrzehnte vor den 90ern mit in Betracht zu ziehen, denn Verschiebungen der sektoralen Wirtschaftsstruktur als Folge unterschiedlich starken Wachstums der einzelnen Wirtschaftszweige vollziehen sich längerfristig und zeichnen sich durch weitgehend stabile Grundtendenzen aus. Das nennt sich auch sektoraler Strukturwandel. Ein spürbarer **struktureller Wandel** hat sich in den Jahren 1950 bis 1990 vollzogen. Während sich die Zahl der Erwerbstätigen im Handel, Verkehr und übrigen Dienstleistungen in diesem Zeitraum mehr als verdoppelte, die Beschäftigtenzahlen im produzierenden Gewerbe zunächst stagnierten, dann abnahmen, sanken die Zahlen in der Landwirtschaft in diesen vier Jahrzehnten von knapp 25 % auf 5 %. Betrachten wir die Entwicklung des produzierenden Gewerbes genauer, sehen wir - oh Wunder -, dass der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe in Schleswig-Holstein seit 1950 nie über ein Viertel lag. Im Jahr 1950 lag der Anteil bei 15,1 %, ist dann binnen eines Jahrzehnts um 60 % gestiegen und erreichte im Jahr 1960 mit 24,2 % seinen Peak. In den folgenden Jahren ist der Anteil wieder gesunken und schwankt seitdem um die 20-%-Marke herum. Wir halten also fest: Der Strukturwandel

(Torge Schmidt)

und der damit verbundene Rückgang der Beschäftigtenzahl im industriellen Sektor war schon vor den 90ern spürbar. Betrachtet man die Entwicklung im vergangenen Jahrzehnt, liegt der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe konstant bei 20 %.

Der Anteil des produzierenden und des Baugewerbes am BIP liegt bei knapp über 20 %.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen fragen wir uns, was genau die FDP mit der seit den 90er-Jahren stetig voranschreitenden **Deindustrialisierung des Landes** meint. Wir fragen uns weiter, wie man eine Situation wieder herstellen soll, die so nie da gewesen ist.

(Beifall PIRATEN)

Uns ist nicht bekannt, dass der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung der Beschäftigten jemals den Durchschnitt der anderen westdeutschen Flächenländer erreicht hat. Wissen Sie, woran das liegen könnte? Das könnte vielleicht einfach daran liegen, dass wir hier eben nicht in NRW oder Baden-Württemberg leben, sondern in **Schleswig-Holstein** und die **Wirtschaftsstruktur** hier eine andere ist.

So schlecht hat sich die schleswig-holsteinische Wirtschaft innerhalb der letzten Jahre nicht entwickelt, im Gegenteil war die Entwicklung vergleichsweise günstig. Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise waren und sind weniger drastisch als in anderen Ländern. Gleichzeitig haben wir Zuwächse bei der Produktivität und den Investitionen erlebt. Vor allem bei **wissensintensiven sowie unternehmensnahen Dienstleistungen** sind im Bundes- und EU-Vergleich überdurchschnittlich hohe Beschäftigungsanteile und Zuwächse zu verzeichnen.

Wir halten fest: Nur weil der Anteil des verarbeitenden Gewerbes sinkt, geht die Wirtschaft in Schleswig-Holstein nicht gleich den Bach herunter.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beschäftigtenwachstum können wir fast ausschließlich in den wissensintensiven Dienstleistungen und Spitzentechnologien beobachten. Solche produktionsorientierten höherwertigen Dienstleistungen können nur dann wachsen, wenn entsprechende industrielle Kerne vorhanden sind und die Versorgung mit qualifizierten Fachkräften gesichert ist. Insofern muss man der FDP zustimmen, dass der Anteil des produzierenden Gewerbes nicht weiter sinken sollte und es in Anbetracht gegenteiliger

Prognosen nicht ganz ungünstig wäre, sich einmal tiefergehende Gedanken zum Thema **sektorale Verschiebungen in der Wirtschaftsstruktur** zu machen. Dann sollten aber bitte nicht allein und isoliert die Industrie und das verarbeitende Gewerbe beleuchtet werden.

Wir sind auch vollkommen bei der FDP, was die Ausgaben für Forschung und Entwicklung angeht. Der Anteil bezogen auf das BIP ist verschwindend gering und sollte erhöht werden. Auch der Anteil der Absolventen in MINT-Fächern könnte und sollte höher sein; auch da hat die FDP recht.

Ansatzweise geht der FDP-Antrag in die richtige Richtung, insgesamt greift er aus unserer Sicht jedoch zu kurz, ist an der einen oder anderen Stelle etwas kurz gedacht und zudem etwas rückwärtsgerichtet.

Ich bin für Ausschussüberweisung und Bearbeitung des Antrags und freue mich auf die Beratung im Ausschuss. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Deutschland ist ein Top-Industriestandort. Dies wurde in einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft aus dem Jahr 2012 bestätigt. Der **Industriestandort Deutschland** gewinnt im internationalen Vergleich immer weiter an Bedeutung. Laut der Studie wurde Deutschland im Vergleich der industriellen Standortqualität unter insgesamt 45 Ländern auf den fünften Rang eingestuft. Spitzenreiter sind die USA, Schweden, Dänemark und die Schweiz. Seit 1995 hat Deutschland es geschafft, sich von Rang 14 zu verbessern. Nun fragt man sich, wie es angehen kann, dass Länder wie Schweden, Dänemark oder die Schweiz im Ranking zu Industriestandorten vor Deutschland liegen. Schließlich bringt man den Industriestandort Deutschland in Verbindung mit Automobilindustrie, großen Technikkonzernen oder Chemieindustrie, um nur wenige zu nennen.

Dies allein macht aber keinen Industriestandort aus. Laut des Instituts der deutschen Wirtschaft ist die Verbesserung im Ranking vielmehr damit begründet, dass Deutschland seit 1995 im Bereich **Infrastruktur und Bildung** zugelegt hat. Ebenso gehö-

(Flemming Meyer)

ren eine stabile Versorgung mit Energie und Rohstoffen sowie ein zuverlässiger Ordnungsrahmen zu den Faktoren, die einen guten Industriestandort ausmachen.

Das Spektrum für die Voraussetzungen für einen Industriestandort ist sehr umfangreich. Wenn wir dies beispielhaft auf Schleswig-Holstein herunterbrechen, müssen wir erkennen, dass wir im Bereich Infrastruktur Defizite im Land zu verzeichnen haben. Auch wenn es die Sache nicht besser macht - dies ist ein bundesweites Problem. Der über Jahre aufgebaute **Erhaltungstau** ist auch nicht mit dem Sondervermögen abzubauen, und die Verkehrsinfrastruktur wird sich weiter verschlechtern. Was die Situation der Autobahnen und Bundesstraßen angeht, fällt dies eindeutig in den Bereich des Bundes. Wenn es um den Weiterbau der A 20 geht, haben uns die von der Vorgängerregierung geschaffenen Fakten um mindestens zwei Jahre zurückgeworfen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich dachte, wir haben keine Fakten geschaffen!)

Die rot-grün-blaue Koalition hat sich von Beginn an darauf verständigt, dass Bildung, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung die Hauptthemen der neuen Regierung sein werden.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Flemming Meyer [SSW]:

Ja.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege Meyer. - Ich bin ein wenig irritiert. Könnten Sie sich vielleicht für eine Version entscheiden? In der letzten Plenartagung haben Sie uns vorgeworfen, dass wir im Hinblick auf die A 20 nichts getan und nichts geplant hätten, was ein großes Problem sei. Jetzt werfen Sie uns vor, das, was wir getan und geplant hätten, sei ein großes Problem. Mir ist daran gelegen, welche Version aus Ihrer Sicht die richtige ist.

(Christopher Vogt [FDP]: Wie es gerade passt! - Weitere Zurufe)

- Sehr geehrter Herr Kollege Garg, Sie wissen genau, worauf ich hier hinweise. Ich meine die Umweltstudie.

(Rainer Wiegard [CDU]: Jeder darf interpretieren! - Weitere Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Meyer, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Flemming Meyer [SSW]:

Ja.

(Volker Dornquast [CDU]: Koalitionshilfe! - Unruhe)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege Meyer. - Können Sie sich genauso wie ich daran erinnern, dass die Klage deshalb erfolgreich war, weil die Alternativtrassen, die die Vorgängerregierung gemeldet hatte, im Planungsverfahren nicht auskömmlich geprüft worden sind? Können Sie sich daran erinnern, dass das ein juristischer Grund dafür war, dass die Klage vor Gericht erfolgreich war?

- Auch daran erinnere ich mich sehr gut.

(Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Nachdem wir das Erinnerungsvermögen gestärkt haben, hat jetzt wieder der Abgeordnete Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Die rot-grün-blaue Koalition hat sich von Beginn an darauf verständigt, dass Bildung, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung die Hauptthemen der neuen Regierung sein werden, und diese Themen sind wir angegangen.

Als Erstes nenne ich **Investitionen in Bildung**. Diese Landesregierung und ihre Koalition stärken den Bildungsbereich. Egal ob Kita, Schule oder Hochschule - überall haben wir wichtige Dinge angestoßen. Wir sanieren unsere Hochschulen, was die Vorgängerregierung vernachlässigt hat. Wir sorgen für eine Unterrichtsversorgung mit höherem Niveau, was die Vorgängerregierung nicht getan hat.

(Vereinzelter Beifall SPD - Widerspruch CDU und FDP)

(Flemming Meyer)

Kurzum, wir schaffen den Rahmen, damit die jungen Menschen im Land das notwendige Rüstzeug an die Hand bekommen, um fürs Leben gewappnet zu sein.

(Vereinzelter Beifall SPD - Unruhe)

Kommen wir zur **sozialen Gerechtigkeit**. Die FDP verwendet in ihrem Antrag das Wort „Lohnkeller“. Das klingt ein bisschen nach verkehrter Welt. Auch wenn der Kollege Christopher Vogt sagt, dass Mindestlöhne und Tariftreue damit nichts zu tun haben - ich sehe das ein bisschen anders. Wir wollen, dass die Menschen Löhne bekommen, von denen sie bis Ende des Monats leben können. Erst das macht einen Standort wirklich attraktiv.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Meyer, nunmehr hat der Abgeordnete Arp das Bedürfnis, Ihnen eine Frage zu stellen.

Hans-Jörn Arp [CDU]: Herr Kollege Meyer, das war alles sehr interessant, was Sie erzählt haben, ich habe es nur nicht ganz verstanden. Welche neue Maßnahme hat diese Regierung in Fragen der Infrastruktur unternehmen, die bisher noch nicht in der Planung war?

Flemming Meyer [SSW]:

In Bezug auf Infrastruktur? Bildung ist auch Investition.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Das war Ihre Antwort, Herr Abgeordneter Meyer?

Flemming Meyer [SSW]:

Ja, das war meine Antwort.

Präsident Klaus Schlie:

Es gibt eine weitere Frage des Abgeordneten Dr. Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Meyer, da Sie gerade die Frage des Kollegen Arp getroffen hat - erinnern Sie sich genauso wie ich daran,

dass wir 42 Millionen € als zusätzliche Investition für die Landesstraßen ausgegeben haben? Ich kann nicht erkennen, dass eine Investition in Landesstraßen eine Nichtinvestition in Infrastruktur ist. Können Sie mir den Widerspruch, den Herr Arp dort empfindet, auflösen?

Flemming Meyer [SSW]:

Wir wissen, wie die Situation ist, und ich muss das doch hier nicht alles darlegen. Die Opposition weiß doch genauso gut, was wir dort investiert haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehöre nicht zu denen, die das hier noch einmal vortragen müssen.

Zurück zum Antrag der FDP. Dort wird ein **industriepolitisches Konzept** von der Landesregierung gefordert, um der stetig fortschreitenden Deindustrialisierung des Landes seit den 90er-Jahren entgegenzuwirken.

Wer an Industrie denkt, bringt damit nicht in erster Linie Schleswig-Holstein in Verbindung. Die großen Industriestandorte Deutschlands sind das Ruhrgebiet, oder sie liegen in Bayern oder Baden-Württemberg. Die Struktur in Schleswig-Holstein war bereits vor den 1990er-Jahren eine andere, und sie ist nicht mit der in den anderen Bundesländern zu vergleichen. Wir haben eine **Wirtschaftsstruktur**, die auf **kleinen und mittelständischen Unternehmen** fußt. Diese stellen das wirtschaftliche Rückgrat des Landes dar, und dort liegen unsere Stärken. Reden wir die Wirtschaft in Schleswig-Holstein also nicht klein. Es sind gerade diese Unternehmen, häufig familiengeführt, die eine enge Verbindung zum Standort haben. Sie schaffen nachhaltige und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen. Diese werden wir stärken.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich den Antrag gesehen habe - das muss ich Ihnen ehrlicherweise sagen -, da habe ich stark gegrübelt; denn FDP und Industriepolitik, das ist eigentlich etwas, was nicht so zueinander passt, insbesondere wenn man die Bundesregierung der letzten Jahre betrachtet.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir gucken mal, was Sigi macht!)

Aber, Herr Vogt, Kompliment! Es ist ein ernsthaftes Anliegen, darüber nachzudenken. Deswegen sollten wir auch ernsthaft darüber sprechen. Es ist auch anders als bei der CDU, bei der ich erfahren musste, dass die Schuld dafür, wenn etwas in den letzten Jahren schiefgelaufen ist, immer bei der neuen Landesregierung abgeladen wird. Ich glaube, so kommen wir nicht weiter.

Meine Damen und Herren, wenn man sich **Industriepolitik im europäischen Vergleich** anschaut, dann stellt man fest, dass es unterschiedliche Modelle gibt. In Frankreich steuert man das über staatliche Großkonzerne. Damit ist man heute nicht besonders erfolgreich. In Großbritannien hat man sehr viel über Deregulierung gemacht. Das führte teilweise zu Entindustrialisierung.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zocker!)

In Deutschland - ich glaube, darauf sollten wir doch ein wenig stolz sein - haben wir über ein korporatistisches Modell mit starken Tarifpartnern, mit Arbeitgebern und Gewerkschaften, und einem guten Mittelstand in den letzten Jahren als Rahmenbedingung eine vernünftige Industriepolitik gemacht.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Schauen wir einmal nach Schleswig-Holstein. Man kann natürlich die Forderung erheben: Ihr müsst irgendwann Bayern erreichen. - Das ist ein schönes Ziel. Aber wir haben natürlich eine **Struktur der Wirtschaft in Schleswig-Holstein**, an der wir uns orientieren müssen. Mit der müssen wir arbeiten; sie müssen wir weiterentwickeln. Wir müssen sozusagen neue Chancen eröffnen. Wir haben wenige Großunternehmen und damit weniger Forschung und Entwicklung, weniger Exporte, allerdings auch weniger Abhängigkeiten.

Wir haben - das ist strukturbildend für Schleswig-Holstein - kleine und mittlere Unternehmen, die ich häufig besuche. Diese Unternehmen, die eine große

Stärke sind, sind häufig familiengeführt, regional verankert und global unterwegs. Sie haben natürlich ihre Probleme wie Eigenkapital und Unternehmensfinanzierung. Aber sie haben auch eine große Chance, was die Nachhaltigkeit angeht, und zwar die Nachhaltigkeit der Produkte und auch im Hinblick auf den Standort Schleswig-Holstein und ihre Anwesenheit hier. Wir brauchen in der Tat mehr verarbeitendes Gewerbe in unserem Land.

Wenn wir jetzt über das Ziel reden, dann ist es wichtig, in Schleswig-Holstein **Tradition und Moderne** miteinander zu verbinden, den Strukturwandel zu gestalten und neue Industriefelder zu eröffnen. Tradition stärken heißt, die maritime Wirtschaft, die Ernährungswirtschaft und auch einen Chemiestandort wie Brunsbüttel weiterzuentwickeln. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe mit den Unternehmen.

Moderne unterstützen, da geht es um Themen wie Life Sciences, Gesundheitswirtschaft. Dahinter verbirgt sich die Pharmaindustrie, die Medizintechnik, aber vor allem das Thema erneuerbare Energien; denn wir sind das Land der erneuerbaren Energien, und wir müssen das auch industriepolitisch nutzen. Es gibt neue Prozesse in der Industrie. Ich nenne Industrie 4.0. Die ganze Digitalisierung und Modernisierung der Produktionsapparate gehören zu einer Industriepolitik dazu.

Das **Kabinett** hat am 8. Juli 2014 eine **regionale Innovationsstrategie** verabschiedet. Das ist die Grundlage dessen, was wir in den nächsten Jahren in Schleswig-Holstein im Rahmen der Industriepolitik, bei der Forschung und Entwicklung unterstützen wollen. Sie sind die Grundlage für unsere EFRE und für das neue Wirtschaftsprogramm. Wir fördern Wirtschaft in der neuen Förderperiode. Sie werden sehen, dass wir alles das, was ich hier sage, dann auch in die Tat umsetzen.

Meine Damen und Herren, das bedeutet Strukturpolitik für Schleswig-Holstein mit einzelbetrieblicher Förderung - das habe ich immer gesagt -, aber gezielt und konzentriert. Wir wollen mehr Innovation. Wir wollen eine CO₂-ärmere Wirtschaft. Wir wollen mehr energetische Optimierung, und wir wollen auch eine Internationalisierung unserer Unternehmen; denn das ist die Chance im globalen Handel. Standortpolitik in Schleswig-Holstein zu machen heißt, den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein als Ganzes im Blick zu haben. Wir machen damit im Grunde genommen Strukturpolitik. Das ist die Antwort, die wir darauf an vielen Stellen geben.

(Minister Reinhard Meyer)

Ich nenne zwei Beispiele. Wir brauchen eine kluge Mischung aus Bestandspflege und Neuansiedlung. Deswegen sind wir in Brunsbüttel dabei, die Infrastruktur mit dem Hafen zu erweitern, um neue Chancen bieten zu können. Ähnliches werden wir auch - manchmal schmerzhaft, aber mit Chancen - in Kiel an einem Standort erleben, an dem sich Unternehmen wandeln, an dem Strukturwandel stattfindet, an dem Flächen vorhanden sind - Stichwort: MFG 5 -, die wir entwickeln müssen, um sich daraus ergebende Standortchancen auch und gerade für Industriepolitik zu nutzen.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Wir müssen auch über den Tellerrand hinausschauen. Wir können nicht nur Industriepolitik für Schleswig-Holstein machen. Wir müssen auch die Metropolregion Hamburg berücksichtigen. Wir müssen norddeutsch denken. Denken Sie nur an das Luftfahrtcluster zusammen mit Airbus. Es gibt viele Unternehmen im Hamburger Rand, die davon profitieren. Auch das ist Industriepolitik. Denken Sie an Schleswig-Holstein und Dänemark, daran, was Danfoss im Grenzraum alles gemeinsam mit uns macht. Das sind die Zukunftsmöglichkeiten, die wir nutzen müssen, zum Beispiel über ein Regionalmanagement an der Unterelbe gemeinsam mit Niedersachsen und Hamburg.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung begreift Industriepolitik nicht als abstraktes Konzept. Wir verstehen Industriepolitik als aktive Wirtschaftspolitik, die ganz konkret handelt. Darüber werden wir gern im Ausschuss diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/1964 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 56 auf:

Raumordnungsbericht 2014

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2082

Ich erteile dem Ministerpräsidenten Torsten Albig das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die beiden Diskussionen fügen sich gut aneinander; denn wenn wir über Raumordnung und Landesentwicklung reden, dann geht es genau um diese Themen: Wie stellt sich das Land in den nächsten Jahren auf? Was sind unsere ökonomischen Felder, in denen wir punkten wollen? Wie sind unsere Investitionsstrategien? In welche Cluster gehen wir, und aus welchen ziehen wir uns wieder zurück? Die **Landesentwicklungsstrategie 2030** ist deswegen für die Landesregierung von zentraler Bedeutung bei der Erarbeitung eines solchen Pfades. Sie wird bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes zugrunde gelegt werden. Die Strategie fließt in den Landesentwicklungsplan, den wir im kommenden Jahr vorlegen wollen, ein. Ich glaube, man kann sagen, dass wir diese Strategie in einem eindrucksvollen Beteiligungsverfahren auf den Weg bringen, verbunden mit sehr vielen Möglichkeiten, sich daran zu beteiligen, Anregungen zu geben, um das Bild von Schleswig-Holstein tatsächlich nicht aus den Büros der Regierung, sondern aus den Ideen, aus den Herzen der Menschen in diesem Land zu entwickeln.

Wir werden bei der Landesentwicklungsstrategie auf all diese Fragen zu sprechen kommen. Wir werden uns über die Wertschöpfungsstrategie in diesem Land unterhalten. Wir werden uns darüber unterhalten: Was bedeutet demografische Veränderung? Was bedeutet es, dass dieses Land älter wird? Was bedeutet das für Gesundheit, und was bedeutet es für Bildung? Wir werden uns aber vor allem mit der Zukunft der räumlichen Strukturen in Schleswig-Holstein zu befassen haben.

In dem vorliegenden Raumordnungsbericht, in dem wir auf diesen großen Prozess, den wir noch intensiv miteinander diskutieren werden, nur kurz eingehen, haben wir einen Bereich explizit herausgestellt, der für die räumlichen Strukturen von - wie ich finde - großer Bedeutung ist: Welche Zukunft haben die **Zentralörtlichen Räume**? Welche Rolle spielt heute das Zentralörtliche System in Schleswig-Holstein? Wir haben es in den Mittelpunkt dieses Berichts gestellt, denn es ist das zentrale Planungs- und Steuerungsinstrument und ein wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge in unserem Land. Es sind derzeit 130 Städte und Gemeinden, die als Versorgungs- und als Entwicklungsschwerpunkte eingestuft sind. 70 % der Menschen in unserem

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Land leben in Zentralen Orten, leben in Stadtrandkernen. Dort ist die Einwohnerentwicklung glücklicherweise sehr stabil, während sie anderenorts immer weiter sinkt.

Das Zentralörtliche System erfüllt eine wichtige Funktion, eine, die mit Blick auf die absehbare demografische Entwicklung geradezu unverzichtbar ist, wenn wir gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Land sichern wollen. Deswegen müssen wir uns immer die Frage stellen: Sehen wir die Notwendigkeit, an der Einordnung in das Zentralörtliche System Änderungen vorzunehmen? Stand heute - das haben wir in dem Raumordnungsbericht niedergelegt - beantworten wir diese Frage mit einem klaren Nein. Aktuell sind weder Auf- oder Abstufungen erforderlich. Keiner der Zentralen Orte, keiner der Stadtrandkerne hat mittlerweile selbst oder in seinem Versorgungsbereich so viele Einwohner, dass er die Kriterien für die nächsthöhere Stufe erreicht hätte. Einzelne Orte - das ist richtig - unterschreiten zwar die Mindesteinwohnerzahl, aber wir glauben, dass wir diese nicht weiter abstufen sollten, weil sie die Daseinsvorsorge in strukturschwachen Gebieten übernehmen.

Wir sehen auch keine Notwendigkeit, heute jedenfalls nicht, weitere Gemeinden als neue ländliche Zentralorte oder Stadtrandkerne in das System aufzunehmen. Abgesehen davon, dass es keine Gemeinden gibt, die die gesetzlichen Kriterien hierfür zurzeit erfüllen, glauben wir, dass das Zentralörtliche System in Schleswig-Holstein hinreichend dicht geknüpft ist. Wir glauben auch, dass es eher die Gefahr gebe, die bewusste Schwerpunktsetzung durch zusätzliche Orte, die wir jetzt aufnehmen würden, zu unterlaufen und damit das System eher zu schwächen als zu stärken.

Deswegen - das haben wir in dem Bericht deutlich gemacht - wird die derzeit geltende **Verordnung zum Zentralörtlichen System** in diesem Spätsommer um weitere fünf Jahre verlängert, rechtzeitig bevor sie Ende September außer Kraft tritt. Damit stellen wir sicher, dass die Zentralen Orte und Stadtrandkerne weiterhin Schlüsselzuweisungen für ihre übergemeindlichen Aufgaben bekommen.

Wir sprechen uns in dem Bericht also für den **Erhalt des Status quo** aus, wissen aber, dass wir diesen Status gerade vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen in Schleswig-Holstein regelmäßig überprüfen müssen. Das werden wir regelmäßig mit dem Landtag austauschen. Insbesondere die Ergebnisse der nächsten Bevölkerungsvorberechnung für die Kreise und die kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein werden uns im näch-

sten Jahr für die notwendige Diskussion neue Anhaltspunkte liefern.

Aus heutiger Perspektive ist aber festzuhalten: Das Zentralörtliche System ist und bleibt bedeutsam für die Sicherung der Daseinsvorsorge. Es wird in Zukunft eher noch bedeutsamer werden. Deshalb müssen wir das System sichern und stabilisieren. Wir müssen es verbessern, wo immer es erforderlich ist. Momentan besteht aus Sicht der Landesregierung dafür allerdings kein Anlass. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion als Stellerin des ursprünglichen Berichtsantrages, Drucksache 18/1981, hat die Frau Abgeordnete Petra Nicolaisen.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das **Zentralörtliche System** ist ein wichtiger Strukturbaustein vor allem in einem Land, wie wir es in Schleswig-Holstein haben. 70 % der Menschen in Schleswig-Holstein leben in Städten und Gemeinden mit zentralörtlichen Funktionen. Die Zentralen Orte sind die Schwerpunkte der Versorgung, der Infrastruktur und der Wirtschaft insgesamt.

Den letzten Bericht zum Zentralörtlichen System gab es in der 16. Wahlperiode im Jahr 2008. Seitdem hat es einige, auch für diese **systemrelevante Änderungen** gegeben. Insoweit wundert es mich, dass die Landesregierung keine Veranlassung gesehen hat, das System zu überprüfen. Anfang dieses Jahres hat die Regierungskoalition eine Änderung des Landesplanungsgesetzes umgesetzt.

Herr Ministerpräsident, Sie sprachen eben von der Landesentwicklungsstrategie, von Wertschöpfung. Es wird sich jetzt die Debatte zum Landesentwicklungsplan anschließen. Es wäre eine gute Gelegenheit gewesen, das bestehende System vorab einmal zu überprüfen. Es wäre zwingend erforderlich gewesen. Man hätte die Einstufungskriterien auf ihre Zukunftsfestigkeit überprüfen müssen. Man hätte evaluieren müssen, ob das gesetzlich geregelte abstrakte Modell noch mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Passiert ist bis heute leider nichts.

Ihr sogenannter Gesetzentwurf zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs hat ebenfalls einen erheblichen Einfluss auf das Zentralörtliche Sys-

(Petra Nicolaisen)

tem. Auch hier wäre vorher eine Überprüfung angezeigt gewesen. Aber auch hier haben Sie Ihre Hausaufgaben leider nicht gemacht. Ich würde einmal sagen: Nachlässigkeit.

Jetzt hat die Landesregierung einen Bericht vorgelegt. Ich bedanke mich an dieser Stelle dafür. Aber hierzu sind Sie natürlich von Gesetzes wegen verpflichtet. Allerdings gab es diesen Bericht erst durch unsere Aufforderung im Landtag. Ich bezweifle, dass Sie sich in der Kürze der Zeit wirklich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Ihr Bericht vermittelt diesen Eindruck jedenfalls nicht.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stimme der Aussage in dem Bericht zu, dass sich das Zentralörtliche System als solches bewährt hat. Nur mit einem starken Zentralörtlichen System kann auch in den ländlich geprägten Gebieten eine ausreichende strukturelle Versorgung gewährleistet werden. Ich stimme auch der Aussage zu, dass es wesentlich ist, das Zentralörtliche System in Schleswig-Holstein zu stärken und zu stabilisieren.

Dazu passt ein Zitat aus dem Raumordnungsbericht der 16. Legislaturperiode des damaligen Ministers Hay, der da sagte:

„Unser Ziel ist vielmehr, das Zentralörtliche System in seiner heutigen Form zu stabilisieren und langfristig zu sichern. Es hat sich bewährt und ist ein Garant, dass es sich überall in Schleswig-Holstein gut leben lässt.

Das soll auch bei sinkenden Einwohnerzahlen noch möglich sein.“

Was nicht zu dieser Aussage und dem jetzigen Bericht passt, ist das Handeln der Landesregierung. Denn in ihrem Bericht heißt es:

„Zentrale Orte und **Stadttrandkerne** sind die zentralen übergemeindlichen Versorgungsschwerpunkte im Land und damit wichtige Ankerpunkte, um langfristig die Daseinsvorsorge zu sichern, insbesondere in den ländlichen Räumen.“

Nach Ihrem Gesetzentwurf zum FAG - ich sprach ihn an - sind aber gerade die ländlichen Zentralorte und Stadttrandkerne deutliche Verlierer.

Ebenfalls keinen Blick haben Sie auf das Phänomen der **faktischen Zentralorte** gelegt. Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag hat dieses Problem in seiner Stellungnahme zum FAG-Entwurf angesprochen. Lösungsvorschläge gibt es dazu keine, und

auch der Bericht enthält hierzu nichts. Kein Änderungsbedarf: Das ist Ihr Ergebnis.

Der Bericht spricht völlig zu Recht die Herausforderungen des demografischen Wandels an. Der Bericht spricht insoweit von absehbaren demografischen Veränderungen. Aber der demografische Wandel wartet nicht. Er ist kein zukünftiger Prozess. Wir befinden uns schon mittendrin.

Bevor die Landesregierung im September die bestehende **Verordnung** verlängert, sollte sie sich mehr Gedanken machen, als sie es im Vorfeld des Berichtes getan hat. Valide Daten und Fakten könnten hier durchaus helfen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Wir danken für den **Raumordnungsbericht**. Er ist kurz und präzise. Wie von der Antragstellerin gewünscht, geht der Bericht ausführlich auf die Situation des Zentralörtlichen Systems ein. Er kommt zu dem Schluss, dass nach dem jetzigen Kenntnisstand Änderungen an dem System aktuell nicht erforderlich sind, und er weist darauf hin, dass wir eine neue Erhebung im nächsten Jahr erwarten und dass es auf der Ebene des Bundesministers eine Kommission gibt, die das System grundsätzlich überprüft, dass grundsätzliche Leitlinien entwickelt werden. Ich finde es sehr richtig, dass Schleswig-Holstein nicht vorneweg prescht und irgendetwas tut, sondern wartet, bis Grundlagen geschaffen sind, auf die wir aufbauen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben das **Zentralörtliche System** auch im Zusammenhang mit dem Landesplanungsgesetz ausführlich diskutiert. Die EU-definiert ganz Schleswig-Holstein als ländlichen Raum mit Ausnahme der kreisfreien Städte und der Städte mit mehr als 35.000 Einwohnern. Dabei gibt es den einen ländlichen Raum nicht. Landschaftlich und strukturell weist Schleswig-Holstein große Unterschiede auf. Damit meine ich nicht nur Westküste, Geest und Hügelland. Auch die Nähe oder Ferne zu Metropolregionen, zu Autobahnen und Schienenanbindung, der Zugang zu Breitband oder die Wege

(Kirsten Eickhoff-Weber)

zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge beschreiben ganz unterschiedliche Ausgangssituationen.

Diesen Ausgangssituationen wird das zentralörtliche System in Schleswig-Holstein gerecht. Rund die Hälfte der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Das ist unsere Herausforderung, das hat der Herr Ministerpräsident an vielen Stellen - auch bei der Landesentwicklungsstrategie - immer wieder betont. Wir brauchen einen starken ländlichen Raum, der mit und von den Menschen gestaltet wird. Nur dann kann Schleswig-Holstein ein starkes und erfolgreiches Land sein.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kleine und mittlere Städte sind integraler Bestandteil **ländlicher Räume**. Sie haben, wie alle Zentralen Orte, eine wesentliche Bedeutung für die Sicherung der Lebensqualität. Sie bündeln die Einrichtungen. Gerade in Zeiten, in denen wir merken, wie deutlich uns der demografische Wandel erreicht, ist dies von großer Bedeutung.

Einen weiteren Punkt müssen wir zur Kenntnis nehmen und handeln: **Interkommunale Kooperationen** werden in Schleswig-Holsteins Zukunft an Bedeutung zunehmen. Wir müssen vernünftige, funktionierende Stadt-Land-Verflechtungen gestalten und abgestimmte Entwicklungsansätze formulieren. Es gilt, gemeinsam Lösungen zu finden. Also: runter vom Kirchturm!

Die Entwicklung der ländlichen Räume ist eine Querschnittsaufgabe. Wir brauchen für die unterschiedlichen Gegebenheiten eine differenzierte Politik. In dem Bericht konnte man erkennen: Das ist Ziel der Landesplanung und der Landesentwicklungsstrategie. Wir wollen die ländlichen Räume nicht den Kräften überlassen, die mit den Antworten von gestern die Probleme von morgen lösen wollen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir entwickeln unsere eigenen Lösungen, und das tun wir gemeinsam mit den Menschen, die mitgestalten und Verantwortung übernehmen wollen. Notwendige Veränderungen müssen immer transparent und nachvollziehbar sein. Es wird auch harte Entscheidungen geben. Auch hier gilt: Nur gemeinsame und verständene Entscheidungen werden von den Menschen getragen und gelebt.

Für uns ist die Darstellung zum Stand der Raumordnungspläne besonders wichtig. Sie ist zukunftsorientiert, denn die Raumordnungspläne bestimm-

men, welche Gestaltungsspielräume zur Verfügung stehen werden. Die Erarbeitung der **Landesentwicklungsstrategie 2030** unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und die Regionalkonferenzen; all dies eröffnet Schleswig-Holstein eine neue Perspektive für die Zukunft. Lebensqualität als Leitidee, das ist der moderne Ansatz, denn wir wissen: Menschen leben dort, wo die Umstände so sind, dass sie glücklich leben können.

Der demografische Wandel beinhaltet, dass Schleswig-Holstein künftig weniger Einwohnerinnen und Einwohner haben wird, so die Prognose. Wenn wir diesem Trend etwas entgegenstellen wollen, dann ist es die **Lebensqualität**. Lebensqualität bedeutet **Daseinsvorsorge**. Dafür brauchen wir Zentrale Orte in Schleswig-Holstein. Fachkräfte werden nur dort bleiben und nur dort hingehen, wo die Bedingungen gut sind, wo Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gesicherte Grundversorgung, Kultur und lebendige Vielfalt zu finden sind. Nur dort, wo Menschen leben wollen, wird Wirtschaft florieren. Dafür brauchen wir starke Städte und gut funktionierende Zentrale Orte.

Die thematischen Schwerpunkte Bildung, Wissen, Wirtschaft und Energie sind ein kluges Ergebnis des bisherigen Prozesses. Der Ministerpräsident hat die Abläufe im Bericht vorgestellt. Die neue Landesplanung entsteht mit einem bisher beispiellosen Beteiligungsprozess. Dabei muss klar sein: Am Schluss wird entschieden, und das liegt in der Verantwortung des Schleswig-Holsteinischen Landtags, so steht es im neuen Landesplanungsgesetz, das wir im Januar beschlossen haben. Lassen Sie uns diesen Prozess konstruktiv und gemeinsam gestalten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich gebe meine Rede zu Protokoll.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Danke schön. - Ich gebe bekannt, dass auch Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky von der FDP-Fraktion seine Rede zu Protokoll gegeben hat. - Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Auch ich gebe meine Rede zu Protokoll.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Vielen Dank. - Für die Abgeordneten des SSW hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Auch ich gebe meine Rede zu Protokoll.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist kein Antrag gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 54 auf:

Zustand der Landesstraßen in Schleswig-Holstein 2014

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2066

Ich erteile dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Reinhard Meyer, das Wort. Herr Minister, Sie haben das Wort. Wir sind jetzt schon beim Tagesordnungspunkt 54, Landesstraßenzustandsbericht.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Schleswig-Holstein sind derzeit ungefähr 3.670 km Landesstraßen. Herr Kubicki, diese sind mir bekannt. Es gibt circa 2.300 km Radwege und 625 Brückenbauwerke, die zu unterhalten und zu reparieren sind. Damit wir genau wissen, in welchem Zustand all diese Straßen, Radwege und Bauwerke sind, haben wir einen **Landesstraßenzustandsbericht** vorgelegt, denn wir - das sage ich ganz ehrlich - wollen eine ehrliche und schonungslose Bestandsaufnahme.

Das Ergebnis ist leider nicht gut. Seit der letzten Zustandserfassung aus dem Jahr 2009 hat sich die Situation weiter verschlechtert. 32 % unserer Landesstraßen werden zum heutigen Stand als dringend sanierungsbedürftig eingestuft. Ein ganzes Drittel unserer Straßen ist also in einem schlechten Zustand. Ich glaube, das ist nicht hinnehmbar.

Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Wir haben zu lange auf Verschleiß gelebt. Über Jahre, gar über Jahrzehnte, wurden zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt, um den **Bestand** in einem vernünftigen Zustand zu erhalten. Jetzt stehen wir vor einem **Sanierungsstau**, der uns teuer zu stehen kommt. Ein Beispiel: 1990 waren die Landesstraßen Schleswig-Holsteins in einem guten Zustand. Um diesen guten Zustand zu erhalten, hätten wir investieren müssen. Leider haben wir 280 Millionen € zu wenig investiert. Darüber freuen sich alle Haushälter und sagen: 280 Millionen € haben wir eingespart.

Wenn man aber gleichzeitig das Vermögen betrachtet, das dadurch verloren gegangen ist, wenn man also eine **Vermögensbetrachtung** anstellt, dann ergeben sich 900 Millionen €. Man hat also 280 Millionen € eingespart, aber 900 Millionen € an Vermögen verloren. Das müssen wir nüchtern feststellen. Der Grund dafür ist, dass wir zu spät investiert haben.

Meine Damen und Herren, die Gründe liegen natürlich auch im schleswig-holsteinischen **Straßennetz** selbst und in dessen Struktur, das muss man fairerweise sagen. Es gibt häufig Straßen, die nicht breit genug sind und in ihrem ganzen Aufbau den heutigen Anforderungen des Verkehrs nicht mehr gewachsen sind. Dies gilt insbesondere, wenn wir an den Güterverkehr, an den Schwerlastverkehr oder daran denken, was wir auf der Zufahrt zu manchen Biogasanlagen an leistungsfähigen Traktoren sehen. Die Konsequenz: Derzeit sind im Land mehr als 523 **Verkehrsbeschränkungen** angeordnet. Sie können mir glauben, das macht kein Verkehrsminister gern.

Bei Hochrechnungen des Landesbetriebs für Straßenbau und Verkehr in Schleswig-Holstein haben wir uns an das angelehnt, was die Systematik der Daehre-Kommission und der Bodewig-Kommission darüber sagen, was wir in den nächsten zehn Jahren pro Jahr an Geld brauchen, um all dies wieder in einen Zustand zu versetzen, der uns zufrieden macht. Wir reden über 90 Millionen € pro Jahr. Hierbei sind die Großbauten wie Brückenbauwerke, zum Beispiel die Schleibrücke in Lindaunis oder Brücken im Zuge des Elbe-Lübeck-Kanals, noch nicht einmal eingeschlossen.

Die Landesregierung hat das Problem erkannt, es liegt sozusagen vor uns. Wir haben aber auch gehandelt. Wir haben im Jahr 2014 über den üblichen Haushaltsansatz hinaus einmalig **Zensusmittel** für den **Straßenbau**. Wir haben durch den Landtag das **Sondervermögen** für den Landesstraßenbau, damit wir das Ganze planen können. Wenn wir all dies für

(Minister Reinhard Meyer)

die nächsten Jahre bis 2017 zusammenführen, dann ergeben sich pro Jahr 25 Millionen €. Ich sage ausdrücklich: Das ist wesentlich mehr als in den Jahren zuvor. Der Vorwurf, es werde zu wenig getan, ist an dieser Stelle falsch.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun wird es so sein, dass wir natürlich einen gewissen Mangel verwalten, dass wir nicht jedes **Projekt**, das sofort gemacht werden muss, machen können. Deswegen brauchen wir eine **Prioritätensetzung**, wir brauchen klare Kriterien. Ich sage Ihnen genauso: Es wird kein Wunschkonzert geben. Es wird auch nicht danach gehen, dass wir dort, wo ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin am lautesten schreit, die Landesstraßen zuerst sanieren. Stattdessen brauchen wir objektive Kriterien - neben dem Zustand der Straße die Verkehrsbelastung und auch die Netzfunktion -, damit wir sowohl im hochbelasteten Raum als auch im ländlichen Raum die entscheidenden Landesstraßen in den nächsten Jahren wieder instand setzen können.

Das gilt auch für die Radwege. 23 % der **Radwege** sind sanierungsbedürftig. Hier wird es darauf ankommen, immer in der Kombination Landesstraße/Radweg entsprechende Sanierungen vorzunehmen.

(Beifall SPD)

Jetzt werden Sie alle nicken und sagen: Prioritätensetzung ist gut. - Aber wenn es um die konkrete Umsetzung geht, wird dieser Minister natürlich erleben, dass es unterschiedliche Wünsche gibt. Ich sage noch einmal: Wir müssen hier für alle eine transparente, nachvollziehbare und vernünftig abgewogene Bewertung, warum wir welche Straßen jetzt sanieren, vorlegen, und das werden wir auch tun. Das ist auf jeden Fall versprochen.

Den entstandenen Sanierungsstau werden wir - das muss allen hier im Hause klar sein - nicht einmal eben so abtragen können. Solide Politik heißt aber, dass man keine unhaltbaren Versprechungen macht, mit den Gegebenheiten realistisch umgeht und seriös das Beste im Sinne des Gemeinwohls daraus macht. Das werden wir tun. - Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt für die FDP-Fraktion.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke dem Minister und seinen Mitarbeitern für den erfrischend offenen, aber im Ergebnis leider wirklich erschreckenden Bericht zum **Zustand unseres Straßennetzes**. Der Minister hat eben eigentlich schon alle wichtigen Zahlen vorgetragen, sodass ich nur noch einmal kurz drei Punkte aufgreifen möchte.

Erstens. Über 30 % aller **Landesstraßen** sind in einem **maroden Zustand**, und weitere 22,2 % haben einen Warnwert überschritten, wie es so schön heißt, bei dem eine intensivere Beobachtung geboten ist. Das heißt im Ergebnis, dass mittlerweile über 50 % der Landesstraßen mehr oder weniger sanierungsbedürftig sind.

Zweitens. Derzeit sind im Landesstraßennetz über 500 **Verkehrsbeschränkungen** angeordnet. Es ist also in vielen Regionen so, dass man aus seinem Ort herausfährt und von einer 50-km/h-Zone innerorts in eine 30-km/h-Zone außerorts fährt. Das betrifft mittlerweile eine Strecke von über 800 km, was in etwa einem Fünftel des Gesamtnetzes entspricht.

Drittens. Es wurde spätestens seit Anfang der 90er-Jahre zu wenig in den Erhalt des Straßennetzes investiert. Der Minister hat es eben noch einmal sehr deutlich gesagt. Die **Erhaltungsinvestitionen** sind seit 1990 um insgesamt 280 Millionen € hinter dem tatsächlichen Bedarf zurückgeblieben. Wir können die übliche Vergangenheitsbewältigung und die gegenseitigen Schuldzuweisungen an dieser Stelle lassen,

(Vereinzelter Beifall)

denn wer die Hauptschuld an der Misere trägt, ist aus dem Bericht deutlich genug geworden. Insofern muss ich auch da sagen, Herr Kollege Tietze, dass der Bericht sehr eindeutig gezeigt hat, woran und an wem es lag. Aber lassen wir das. Man sollte den Bericht aus meiner Sicht jetzt vielmehr dazu nutzen, aus den gemachten Fehlern zu lernen, es zumindest nicht noch schlimmer werden zu lassen. Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall FDP - Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Doch, leider, Herr Dr. Tietze, die genannten Zahlen verdeutlichen jedem, dass es beim Erhalt des Straßenverkehrsnetzes nicht einfach um das gele-

(Christopher Vogt)

gentlich ungeliebte Verbauen von Beton oder Asphalt geht, sondern um die Sicherung der täglichen Mobilität von fast drei Millionen Menschen in unserem Bundesland.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Weil wir die Diskussion nicht zum ersten Mal führen: „Freie-Fahrt-für-freie-Bürger“-Polemik ist fehl am Platze. Herr Kollege Tietze, Sie dürfen sich angesprochen fühlen.

(Heiterkeit - Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In dem Bericht ist sehr schön dargelegt - ich weiß nicht, ob Sie ihn gelesen haben, Herr Dr. Tietze -, dass auf über 85 % der Landesstraßen **Buslinien** verkehren. Ohne ein leistungsfähiges Landesstraßennetz ist also auch kein funktionierender öffentlicher Personennahverkehr denkbar.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber keine Schienen!)

Denjenigen, die immer lautstark die Forderung erheben, dass man lieber stärker in den ÖPNV und weniger in den Straßenbau investieren sollte, sollte der Bericht sehr stark zu denken geben.

Der Minister hat in seinem Bericht nicht nur den katastrophalen Zustand des Straßennetzes schonungslos aufgezeigt, er hat auch beschrieben, was notwendig wäre, um das Desaster zumindest einzudämmen. Der Verkehrsminister hat in dem Bericht eine derzeitige **strukturelle Deckungslücke** von über 30 Millionen € pro Jahr errechnet, und das nur für den Fall - das muss man sich immer wieder vor Augen führen -, dass das Landesstraßennetz in dem derzeit miserablen Zustand verbleibt, also noch keine Verbesserung, selbst wenn man 30 Millionen € draufpackte. Wer das Verkehrsnetz weiter verkommen lässt, der raubt dem Land Zukunftschancen.

(Beifall FDP und CDU)

Es muss also deutlich mehr Geld für den Erhalt bereitgestellt werden.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich freue mich, dass die Finanzministerin anwesend ist. Es wurde eben schon angesprochen: Die Zensusmillionen wurden zum Teil für die Landesstraßen ausgegeben, aber dieses Sondervermögen ist, wenn man die Zahl richtig einordnet, natürlich nur ein Tropfen auf einen sehr, sehr großen heißen Stein. Sie haben auch, das wollen wir auch nicht vergessen, erst gekürzt und sozusagen erst auf den Druck reagiert. Weitergehende Anträge wurden ab-

gelehnt. Insofern ist es kein Ruhmesblatt für diese Landesregierung. In Zukunft muss deutlich mehr getan werden.

Es ist nicht nur verkehrspolitisch mehr als geboten, es ist auch ganz konkret finanzpolitisch das einzig Vernünftige: Das **Landesstraßennetz** stellt ja im Wesentlichen den Großteil des **Anlagevermögens des Landes** dar. Wie bei jedem baulichen Vermögen muss das natürlich auch entsprechend instand gehalten werden. Wer das unterlässt, lässt nicht nur sein eigenes Vermögen verkommen, sondern belastet auch die kommenden Generationen zusätzlich ganz massiv.

Auf Seite 21 findet sich der entscheidende Satz:

„Demzufolge steht der ‚Einsparung‘ an Erhaltungsmitteln ... in Höhe von rund 280 Millionen € ein tatsächlicher Werteverzehr mit einem Wiederherstellungsvolumen von rund 900 Millionen € gegenüber.“

Wer 280 Millionen € einspart, muss am Ende 900 Millionen € bezahlen. Da geht es munter weiter, meine Damen und Herren. Das muss endlich aufhören. Da müssen wir gegensteuern. Die **Investitionsquote des Landes** ist zu gering. Da müssen wir bei den anstehenden Haushaltsberatungen ansetzen.

(Beifall FDP, Hans-Jörn Arp [CDU] und Tobias Koch [CDU])

Herr Minister Meyer, nun laufen in den letzten Tagen lustige Debatten über die Pkw-Maut für Ausländer. Herr Dobrindt ist ja nicht doof, das muss man ihm lassen. Er hat gemerkt: Die Unterstützung ist zu gering, dann erweitert man einfach den Kreis der Empfänger. Er hat bei Landes- und Kommunalstraßen, auf die er eigentlich gar keinen Zugriff hat, darauf verwiesen, dass es dort auch ausgewiesen werden soll - und zack, kommt auch Kritiker Meyer um die Ecke und sagt: Na ja, wir sind immer noch skeptisch, aber das Geld nehmen wir natürlich gern.

(Minister Reinhard Meyer: Ich nehme immer gern Geld!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Christopher Vogt [FDP]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Herr Minister Meyer, ich muss abschließend noch sagen: Die europarechtlichen Probleme sind das eine, das verheerende europapolitische Signal ist etwas ande-

(Christopher Vogt)

res. Die Landesregierung muss sich dagegenstellen und darf nicht klammheimlich die Hand aufhalten, damit Herr Dobrindt das Problem löst. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und Rainer Wiegard [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch Ihnen, Herr Meyer, einen herzlichen Dank an Ihr Haus für den **Bericht**, der uns ganz offensichtlich zeigt, in welchem **Zustand** unsere **Straßen** sind. Sie und auch der Kollege Vogt haben darauf hingewiesen.

Auch ich will hier keine Geschichtsklitterei betreiben, aber ich will daran erinnern, dass die SPD in den letzten 30 Jahren bis auf eine kurze Unterbrechung von zweieinhalb Jahren immer in Regierungsverantwortung war und deshalb natürlich auch an dem jetzigen Zustand mit einer Verantwortung trägt.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Reden wir nicht darüber. Das war insbesondere die Zeit, seitdem die Grünen dabei sind, aber auch schon unter Frau Simonis, die immer gesagt hat: Wir müssen in Köpfe und nicht in Beton investieren. - Das Ergebnis haben wir heute.

(Zuruf: Betonköpfe! - Heiterkeit)

Wenn Sie sich wie heute Mittag im Hotel Atlantic hinstellen und beim Bauwirtschaftstag sagen: „Wer heute nicht investiert, hat morgen den Schaden“, dann sage ich Ihnen: Wer vor 20 Jahren nicht investiert hat, hat ab jetzt den Schaden. Den haben wir hier. Wenn Sie heute einmal die Zeitung aufschlagen und den Pressespiegel sehen, sehen Sie nur heute, was ich mit Ihrer Erlaubnis zitiere, Herr Präsident: „Marode Straßen im Lauenburgischen“, heute erschienen in den „Lübecker Nachrichten“, in der „Dithmarscher Zeitung“ beziehungsweise im „sh:z“-Verlag „Marode L 138: Vollsperrung droht“ - ganz nebenbei: Das ist die Hauptzufahrt zum Industriegebiet Brunsbüttel, über die wir eben diskutiert haben. Der Unternehmensverbandstag gestern stand unter der Überschrift: „Wir beginnen, im Stau zu ersticken“. Das sind alles Nachrichten von einem Tag. Das sind alles **Nachrichten** und **Signale** an die **Wirtschaft**. Wenn die Wirtschaft eines

braucht - sowohl die Arbeitnehmer als auch die Arbeitgeber, das sind überwiegend mittelständische Unternehmen -, dann ist das eine vernünftige Infrastruktur in diesem Land. Wenn wir die in einem Flächenland nicht haben, werden wir das bei den Arbeitsplätzen, bei den Einnahmen und bei unseren Sozialsystemen merken.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wenn wir überhaupt für irgendwas verantwortlich sind, Herr Meyer, dann ist das eine vernünftige **Infrastruktur** in diesem Land, und dafür ist nun mal der Wirtschaftsminister verantwortlich und darf sich dann auch nicht darauf berufen - -

(Olaf Schulze [SPD]: Wer war denn 2005 dafür verantwortlich?)

- Nun seien Sie einmal ruhig. Einfach mal ruhig sein und zuhören, das hilft. Das interessiert im Moment überhaupt keinen Unternehmer, wer vor zehn oder sieben Jahren hier Wirtschaftsminister war.

(Olaf Schulze [SPD]: Genau das ist es ja: Wir fahren auf den maroden Straßen, die Sie uns hinterlassen haben! - Lachen CDU)

- Ein bisschen mehr Inhalt und ein bisschen mehr Substanz, wir sind hier nicht im Karnevalsclubchen.

(Zurufe - Glocke Präsident)

Die maroden Straßen und Brücken gefährden zunehmend den Erfolg unserer Gesellschaft und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Landes Schleswig-Holstein. Der Bericht, den Sie herausgegeben haben, besagt, 80 % aller Landesstraßen entsprechen in Schleswig-Holstein nicht den Anforderungen - 80 %! - für Tragfähigkeit und Frostschutz. 2013 haben Sie die Landesstraße 205 schließen müssen.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

Auch daran können wir uns erinnern. Immer wieder wird damit gedroht, dass so etwas woanders auch vorkommen kann. 32 % aller **Landesstraßen** in Schleswig-Holstein mit 1.160 km sind dringend **saniierungsbedürftig**, ebenfalls 23 % aller **Radwege**.

Sie haben darauf hingewiesen: Die Bodewig-Kommission hat errechnet, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre allein in Schleswig-Holstein 900 Millionen € notwendig sind, um die Landesstraßen in einen guten Zustand zu bringen - 900 Millionen €! Ich kann Ihnen sagen - das ist ganz einfach -, das entspricht 90 Millionen € pro Jahr. Das ist die Situation, vor der wir stehen. Wir brauchen jetzt Signale. Es hilft nichts, wenn Sie sagen, Sie haben ein

(Hans-Jörn Arp)

Sondervermögen für vier Jahre in Höhe von 24 Millionen € - auf vier Jahre! Das ist bei Weitem nicht das, was erforderlich ist.

Wir als Oppositionsfraktion haben Ihnen immer wieder angeboten, mit Ihnen gemeinsam eine Große Koalition für Verkehrsinfrastruktur zu machen. Sie haben das immer wieder abgelehnt.

(Beifall CDU)

Sie haben morgen, wenn wir über den Nachtragshaushalt diskutieren, die Gelegenheit zu beweisen, wie Ernst es Ihnen mit Ihren eigenen Worten ist. Sie reden beim Unternehmensverband und auch heute Mittag im Hotel Atlantic beim Bauhauptgewerbe und weisen auf die Notwendigkeit hin. Dann müssen Sie auch die Notwendigkeit sehen, die regierungstragenden Fraktionen davon zu überzeugen,

(Beifall CDU)

dass das, was Sie hier und außerhalb sagen, auch geschieht. Ansonsten ist das unglaublich.

(Beifall CDU und Christopher Vogt [FDP])

Sie weisen darauf hin, dass der Straßenzustand immer schlechter wird. Wir erhalten ja mit den Investitionen, die wir heute haben, nicht einmal den Status quo. Es hilft gar nicht - das ist so ein Hobby von Ihnen -, in Berlin ständig zu sagen, Sie bräuchten mehr Geld. Erst einmal brauchen Sie von den Koalitionsfraktionen mehr Geld, um Ihre Aufgabe hier zu erfüllen.

(Beifall CDU und FDP)

Gleichzeitig tragen Sie die Verantwortung dafür, dass die **GVFG-Mittel** gekürzt wurden zum Ausbau von Straßen, für das Straßensystem, für den Ausbau der Infrastruktur.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Selbstverständlich, Herr Präsident. - Dafür sind Sie mit verantwortlich. Das Kabinett, dem Sie angehören, hat dies mit beschlossen. Sie können es ändern. Bringen Sie die GVFG-Mittel mindestens auf den alten Stand zurück, und fangen Sie endlich mit neuen Verkehrsprojekten an. Das ist das Signal, das der Mittelstand, das die Wirtschaft, braucht. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU - Klaus Schlie [CDU]: Große Rede!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über den **Landesstraßenzustandsbericht** - ein Wort, das wahrlich nicht besser ist als unsere Straßen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tatsächlich haben die Landesstraßen in Schleswig-Holstein erschütternde Mängel aufzuweisen: Risse, Schlaglöcher, abbrechender Fahrbahnrand, Wurzelaufrüche bei Radwegen, veraltete Entwässerungssysteme - kurz: Unsere Landesstraßen sind ziemlich kaputt.

Insgesamt gibt es rund 3.670 Straßenkilometer in der Baulast des Landes. Viele von diesen sind in schlechtem Zustand. Der wesentliche Grund für den **Zustand der Landesstraßen** ist, dass wir als Landtag zu wenig Geld für die Instandhaltung zur Verfügung stellen, und das schon sehr lange und quer durch alle Parlamentsmehrheiten. Völlig klar, dass dadurch - langfristig gesehen - die Kosten nicht sinken, sondern steigen müssen.

Einer der Gründe für den schnellen Verschleiß der Straßen zeigt der Bericht auf: Unsere Landesstraßen sind mit rund 6 m nicht breit genug, um Begegnungen zweier Lkw oder zweier Busse oder zwischen Bus und Lkw schadlos zu überstehen. Bei den **Planungen der Straßen** konnte kaum jemand die **verkehrliche Entwicklung** einzelner Straßen vorhersehen. Wer aber täglich auf frische Waren setzt und wenn regenerative Energien gewünscht werden, muss die Infrastruktur danach ausgerichtet werden. Da müssen wir uns in der Tat etwas überlegen.

Diese Überlegung kann ganz sicher nicht so aussehen, dass wir flächendeckend unsere gut 3.600 km Landesstraßen um durchschnittlich 2 m verbreitern und damit weitere 7,2 Millionen m² Landesfläche versiegeln - dem Fußballfieber geschuldet sind das fast 700 Fußballfelder zusätzlicher Asphalt, vom Geld ganz zu schweigen.

Es trifft zu, dass die **Instandhaltung** der Landesstraßen nicht die erste Priorität der Landesregierung ist. Nein, sie wird auch in Zukunft nicht die erste

(Kai Vogel)

Priorität unserer Politik für Schleswig-Holstein sein. Das ist nämlich, wie Sie wissen, für unsere Koalition die Bildung. Wenn Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, die volkswirtschaftlichen Kosten mangelnder Straßenpflege beklagen - das trifft mit Sicherheit zu -, muss ich Ihnen sagen: Mangelnde Bildung ist allerdings auch teuer.

(Johannes Callsen [CDU]: Sie haben heute Morgen - -! Herzlichen Glückwunsch!)

Wo auch immer man die Nachhaltigkeit vernachlässigt, gibt es hohe Folgekosten. Da kann man dann versuchen, Beton gegen Bildung aufzuwiegen. Sinnvoll finde ich das allerdings nicht, Herr Callsen, denn wir alle hier wissen genau, dass wir beides brauchen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Nicht Entweder-oder, sondern Sowohl-als-auch! - Johannes Callsen [CDU]: Sie dürfen es dann nicht versprechen!)

Sie haben es eben mit Ihrer Bemerkung gesagt, Herr Callsen.

In dieser schwierigen Situation müssen wir versuchen, vernünftige Lösungen für die Straßen zu finden, und wir müssen versuchen, unsere **Vorstellungen von Mobilität** mit der **Realität** in Übereinstimmung zu bringen. Dabei ist der Bericht, den Minister Meyer heute vorgestellt hat, eine große Hilfe. Dort steht:

„Ein gut ausgebautes, leistungsfähiges und verkehrssicheres Straßennetz ist Grundlage für die Mobilität von Menschen und Grundvoraussetzung für wettbewerbsfähige Standortbedingungen für Industrie und Handel.“

Es folgt eine beeindruckende Schilderung des Zustands der Straßen, und anschließend wird gerechnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben die Berechnungen gelesen. Inklusive des neuen Sondervermögens, das wir eingerichtet haben, stehen rund 25 Millionen € jährlich zur Verfügung. Diese Mittel müssen vernünftig eingesetzt werden. Daher hat der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Kriterien für die Reihenfolge von Sanierung und Ausbau entwickelt. Damit können wir nun **Ranglisten** für die **Sanierung** festlegen. In der Debatte um das Sondervermögen Straßenbau, die wir hier und im Ausschuss führen, hat das Ministerium deutlich gemacht, dass wir sachliche Entscheidungsgrundlagen brauchen. Das bedeutet aber auch, dass man dann die Entscheidungen auch gemeinsam vertreten soll-

te. Und es bedeutet, dass wir solche Ranglisten schon längst hätten haben sollen.

Fakt ist, dass keine Regierung, auch keine mit einem CDU-geführten Verkehrsressort, die **Investitionslücke** bei den **Landesstraßen** hat schließen können. Auch die 25 Millionen € - weit mehr als in jedem der letzten zwölf Jahre - reichen dafür nicht aus. Es ist nun an der Zeit, zusätzlich über weitere Finanzierungsmöglichkeiten für die Landesstraßen nachzudenken. Der Vorstoß von Minister Meyer, die Länder an der geplanten Maut zu beteiligen, kann ein geeigneter Vorschlag sein. So sehe ich das zumindest, Herr Vogt, anstatt es von vornherein hier despektierlich abzutun.

Ich schlage vor, den Bericht im Ausschuss detaillierter zu erörtern. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, bevor wir in der Rednerliste fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir Schülerinnen und Schüler des Elsensee-Gymnasiums Quickborn, Mitglieder des Seniorenbeirats aus Stockelsdorf und des CDU-Ortsverbandes in Bornhöved. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Minister Meyer, vielen Dank für den Bericht. Wer den Bericht liest, stellt in der Tat fest: Wir haben kein Erkenntnisdefizit. Dass der **Zustand unserer Landesstraßen** nicht gut ist, ist uns nicht erst seit heute bekannt. Wir haben in diesem Haus schon mehrfach darüber geredet.

Tatsächlich leben wir vom **Werteverzehr** unserer **Infrastruktur**. Nur ein Sechstel der Brücken ist in einem Zustand, der mittelfristig keine Instandsetzung erfordert. Bei einem Drittel steht das aber kurzfristig bereits bevor. Wir haben viele Brücken.

Bei einem Drittel der Straßen müssen baulich **verkehrsbeschränkende Maßnahmen** geprüft werden. Der Bürger hat irgendwie das Gefühl: In Schleswig-Holstein kommt es ganz dicke; nicht nur

(Dr. Andreas Tietze)

auf der Straße, sondern auch auf der Bahn; überall, wo man hinschaut, läuft es nicht rund. Das ist eine Tatsache.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist Ergebnis der grünen Politik!)

- Das ist nicht das Ergebnis der grünen Politik, das ist das Ergebnis eines Politikversagens insgesamt.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Entschuldigen Sie, Sie haben in Ihrer Regierungszeit auch nicht dafür gesorgt, dass es den Landesstraßen besser geht.

(Christopher Vogt [FDP]: Im Gegensatz zu Ihnen doch!)

Hören Sie mit den Schuldzuweisungen auf.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Herr Kubicki, Sie haben wie wir einer Schuldenbremse in diesem Haus zugestimmt. 900 Millionen € sind kein Pappenstiel. Das ist eine Summe, die wir nicht einmal eben aus der linken Tasche finanzieren können. Das ist eine Summe, die uns vor eine große Aufgabe stellt.

Wenn Sie ehrlich sind, stellen Sie fest, dass Sie in diesem Bereich nie Lösungen angeboten haben. Sie haben immer nur die Probleme von der einen auf die andere Seite bewegt. Sie haben nicht wirklich handeln können - so wie auch wir nur bedingt handeln können.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ihnen stand und steht das Wasser genauso wie uns bis zum Hals, wenn es darum geht, die vielfältigen öffentlichen Aufgaben zu finanzieren.

Lassen Sie uns deshalb einmal über die Frage diskutieren, wie wir tatsächlich vorankommen. Herr Arp, jetzt komme ich auf Sie zu sprechen. Sie singen hier immer wieder die gleiche Messe, nämlich das Hohelied auf die Wirtschaft, was wir alles tun müssen.

Aber auch Sie haben wirklich keine Vorschläge dafür, wie es denn gehen soll.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Sagen Sie dem Haus doch einmal, Herr Arp: Sind Sie jetzt für eine **Pkw-Maut**, oder nicht? Ist der Vorschlag, den Herr Dobrindt insoweit vorbringt, auch Ihr Vorschlag? Ist es der Vorschlag der CDU in Schleswig-Holstein? Wollen Sie das? Wollen Sie, dass das Geld allein dem Bund zusteht? Wollen Sie, dass wir einen Teil des Geldes davon abbe-

kommen? Sind Sie für **Lkw-Maut**? Lassen Sie dazu doch einmal die Hose runter. - Na ja, diese Ausdrucksweise ist jetzt ein bisschen blöd.

(Heiterkeit)

Aber sagen Sie diesem Haus doch einmal, wofür Sie politisch wirklich stehen.

(Lachen CDU)

Insoweit haben wir - Entschuldigung, wenn ich das jetzt etwas despektierlich sage - bisher von Ihrer Fraktion auch nur bla, bla, bla gehört. Wer Geld fordert, der muss auch sagen, woher dieses Geld kommen soll.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben doch 2 Milliarden € mehr!)

Auch wir stehen jetzt vor der Frage, was mit den Vorschlägen passieren soll, die Herr Dobrindt nun gemacht hat. Herr Dobrindt springt hier als Tiger, er wird aber als Bettvorleger landen. Denn das, was er vorschlägt, zumindest was die Einnahmesituation der deutschen Autofahrer angeht, ist nach meiner Auffassung ein Nullsummenspiel, weil er das, was er mehr einnimmt, bei der **Kfz-Steuer** gleich wieder einsparen will.

Herr Arp, mir erschließt sich auch nicht, warum man den Rentner, der künftig mit einer Summe X das ganze Jahr über mit einer Vignette durch die Gegend fahren soll, in gleicher Weise heranzieht wie den Handelsvertreter, der 100.000 km im Jahr fährt. Ich finde, das alles ist auch ziemlich rumpeilig; das ist nicht durchdacht, und das wird sich auch rechtlich nicht durchsetzen lassen.

(Johannes Callsen [CDU]: Das ist doch eine Sache des Bundes!)

Diese Bierdeckelmaut des Herrn Dobrindt ist ein Trugschluss und führt die Wählerinnen und Wähler in Deutschland hinter die Fichte. Ich bin mir ziemlich sicher, dass das den Deutschen überhaupt nicht gefallen wird.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern. Aber gestatten Sie mir noch einen Satz. - Es ist auch ein Wahlbetrug. Denn wir alle haben die Worte von Frau Merkel noch im Ohr, die noch vor der Bundestagswahl - ich gebe aus der Erinnerung

(Dr. Andreas Tietze)

wieder, Herr Präsident - gesagt hat: Mit mir als Bundeskanzlerin wird es keine Maut in Deutschland geben. - Das hat sie gesagt, allerdings vor der Wahl.

Aber jetzt ist der Kollege Vogt an der Reihe.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben jetzt die Möglichkeit, eine Zwischenfrage zu stellen.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank. - Herr Kollege Dr. Tietze, mir würden viele Zwischenbemerkungen einfallen, ich möchte Ihnen aber trotzdem eine Frage stellen. Meinen Sie nicht auch - vielleicht kommen wir ja zusammen -, dass es für unser Land derzeit viel wichtiger wäre zu erfahren, was denn die Landesregierung zu den Plänen von Herrn Dobrindt sagt und wie sie sich im Zweifelsfall im Bundesrat dazu verhalten würde, als die Frage, was die CDU-Landtagsfraktion dazu sagt?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich gehe davon aus, dass diese Landesregierung eine klare Position hinsichtlich der Lkw-Maut hat. Das haben wir hier auch schon mehrfach bekanntgegeben. Wir wollen eine Ausweitung der Lkw-Maut, was wir auch für richtig halten, weil die Verursacher, die **Schwerlastverkehre**, die tatsächlich auch die **Schäden** verursachen, herangezogen werden müssen. Das bedeutet, dass das auch auf Landesstraßen und auf Gemeindestraßen passieren muss. Bei dem Vorschlag, den Herr Dobrindt jetzt gemacht hat, nimmt er gerade diese Lastkraftwagen mit mehr als 3,5 t aus; die müssen nämlich überhaupt keine Landes- und Gemeindestraßen-Maut zahlen. Das heißt, jetzt zahlt der Bürger im Grunde genommen drauf. Das müsste Sie als FDP doch eigentlich ärgern. Die Bürger subventionieren die Speditionen für die Billigverkehre auf unseren Landesstraßen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das auch FDP-Programm ist.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, erlauben Sie eine weitere Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Christopher Vogt?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. Die Fragen des Herrn Kollegen Vogt finde ich immer sehr interessant, weil sie mir Gelegenheit geben, meine Position noch etwas zu profilieren. - Bitte schön.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege Dr. Tietze, zunächst die allgemeine Feststellung: Wenn ich Ihnen eine Frage stelle, dann wäre es nett, wenn Sie zumindest halbwegs auf meine Frage eingehen und nicht irgendwas anderes erzählen würden. Ich hatte nach der **Pkw-Maut für Ausländer** gefragt und keine Frage zur Lkw-Maut gestellt; denn das ist ein anderes Thema. Aber ich frage nun noch einmal konkreter nach, um es Ihnen zu erleichtern, darauf vielleicht doch noch eine konkrete Antwort zu geben.

Sie sind ja verkehrspolitischer Sprecher der Grünen. Würden die Grünen in der Landesregierung eine Zustimmung dieser Landesregierung zur Pkw-Maut für Ausländer im Bundesrat befürworten und mitmachen, ja oder nein?

- Lieber Herr Kollege, wir befinden uns ja noch in Zeiten der WM. Deshalb möchte man mit Mertesacker sagen: „Wat wolln Se jetzt eigentlich von mir?“

(Heiterkeit - Beifall SPD und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich habe Ihnen deutlich gemacht, dass wir als Landesregierung a) die Verantwortung für die Landesstraßen übernommen haben, dass wir b) zu der Frage der Lkw-Maut stehen, und c) haben wir uns zu der Frage der Pkw-Maut zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Landesregierung noch keine Gedanken gemacht. Das können wir uns ja noch überlegen.

(Zurufe CDU und FDP)

Meine Haltung ist - ich glaube, ich rede in dieser Sache auch für meine Fraktion -: Wir halten die Pkw-Maut für falsch,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

weil sie nicht wirklich auf die **Nutzerinteressen** eingeht, weil sie ungerecht ist und weil sie die Probleme, die wir lösen müssen, nicht löst, nämlich den **Schwerlastverkehr** auf die **Schiene** zu verlagern. Deshalb sagen wir immer: Erst müssen wir die einen Probleme lösen, und dann erst können wir an die anderen Probleme herangehen. Auf keinen

(Dr. Andreas Tietze)

Fall aber sollte alles in einen Topf geworfen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Jetzt habe ich mich so in Rage geredet, dass ich gucken muss, an welcher Stelle meiner Rede ich angelangt bin. Ich hatte klar gesagt: Es macht wenig Sinn, Geld in ein Fass ohne Boden zu stecken.

Lassen Sie mich ein konkretes Beispiel für ein Maßnahmenbündel nennen, das ich für wirklich wichtig halte.

Erstens, Herr Kollege Vogt, brauchen wir bei den Landesstraßen eine **Priorisierung**. Wenn Sie wie ich auch kommunalpolitisch tätig waren, dann wissen Sie, wie eine Landesstraße zur Landesstraße wird und wie eine Kreisstraße zur Kreisstraße wird. Da wird viel hin- und hergeschoben. Wir haben oftmals auch Landesstraßen, die nicht unbedingt prioritär sind. Wir müssen über die großen Achsen, über das **Verkehrsnetz** als Ganzes, reden, und dann müssen wir priorisieren.

Zweitens müssen wir uns überlegen, wie viel uns die Landesstraßen in unserem Haushalt wert sind. Ja, das ist eine Prioritäten-Debatte. Da geht es dann möglicherweise auch um die Frage, ob es die eine oder andere Lehrerstelle weniger geben wird. Aber dieser Frage müssen wir nachgehen.

Drittens müssen wir Radwege vielleicht durch Schutzstreifen auf der Fahrbahn ersetzen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. Aber lassen Sie mich bitte noch den letzten Gedanken sagen. Wir müssen über einfachere Standards nachdenken. Zum Beispiel reichen für schwach befahrene Straßen einspurige Brücken.

Es gibt also eine ganze Reihe von Maßnahmen, die in dem Bericht genannt sind. Wir werden uns im Ausschuss mit all diesen Fragen näher befassen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Tietze, Sie haben die Chance, jetzt noch eine Frage zu beantworten. Wollen Sie diese nutzen?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte schön, Herr Dornquast.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Dann hat jetzt der Herr Abgeordnete Dornquast das Wort.

Volker Dornquast [CDU]: Habe ich Sie eben richtig verstanden - ich habe eine halbe Minute gebraucht, um nachzuvollziehen, was Sie gesagt haben -, dass Sie darüber nachdenken, Landesstraßen herabzustufen?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Dann aber auch als einspurige Straßen!)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Lieber Herr Dornquast, zwischen dem, was ich hier aussende, und dem, was bei Ihnen ankommt, besteht ein Unterschied. Es gibt hier den Unterschied zwischen Sender und Empfänger.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sprach nicht von einer Abstufung, sondern ich sprach von einer **Priorisierung**. Es ist in der Tat so: Bei unserem Landesstraßennetz von 3.500 km gibt es Landesstraßen, die eine wichtigere Funktion für den Verkehrsfluss haben, und es gibt Landesstraßen, die eine weniger wichtige Funktion dafür haben. Mein Ansinnen ging dahin, zu sagen: Wir können nicht alle Straßen gleichzeitig sanieren, sondern wir müssen aufhören, mit dem Geld, das wir haben, immer nur bestimmte Lieblingsprojekte von vielleicht einigen Abgeordneten - ich gucke immer nur in meinen Wahlkreis - ins Auge zu fassen, bei denen es um Fragen wie diese geht: Wie weit wohne ich entfernt? Diese und ähnliche Fragen brauchen wir nicht, sondern wir brauchen eine objektive Bestimmung: Welches ist das **Kernnetz**? Wie sieht es aus? Und wie können wir es mit den geringen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, möglichst effizient sanieren? Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen, und die ist nicht leicht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, erlauben Sie noch eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, Herr Kollege Vogt. Bitte schön.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege. Gestatten Sie mir vorweg den Hinweis: Ich wollte Ihnen keine Redezeit schenken, sondern wirklich nur eine Antwort auf meine Frage haben. Ich quäle Sie auch nicht mehr weiter mit der Pkw-Maut für Ausländer, sondern wollte nur eine konkrete Frage stellen.

- Ich will nicht nur keine Pkw-Maut für Ausländer - ich glaube, insoweit habe ich mich klar ausgedrückt, sondern ich will auch keine Pkw-Maut für Inländer.

- Ich hatte eine in sich geschlossene Frage. Aber diese hatten Sie ein wenig anders beantwortet. Aber das ist auch ganz egal.

Herr Kollege Tietze, Sie haben gerade von einer Priorisierung gesprochen. Und Sie haben gesagt, man müsse dann auch ein bisschen nach der Bedeutung der Straßen fragen. Nun haben wir wohl auch gemeinsam festgestellt, dass auf 85 % der Landesstraßen Buslinien verlaufen. Sie werden nun wahrscheinlich sagen: Die Straßen, auf denen Busse verkehren, müssen natürlich Schwerpunktstraßen werden. Aber haben denn die letzten 15 % der Straßen, auf denen keine Busse fahren, aus Ihrer Sicht gar keine Chance mehr, in den nächsten Jahren repariert zu werden?

- Herr Vogt, das ist jetzt wieder eine Suggestivfrage, die Sie mir stellen. Ich meine, Sie haben tatsächlich recht. Die Frage, ob auf Straßen auch **ÖPNV-Verkehr** stattfindet, ist sicherlich eine wichtige Frage für eine Priorisierung, aber nicht die einzige Frage. Für mich wäre zum Beispiel wichtig, ob Wirtschaftszentren, **Gewerbezentren** damit verbunden sind, ob es beispielsweise **Siedlungsstrukturen** gibt, die miteinander verbunden werden, ob also Hauptachsen bedient werden, ob **Hauptachsen zu Bundesstraßen** bedient werden. Das alles ist eine ganz vielfältige Debatte. Ich will auch gar nicht sagen, dass ich mich in diese Debatte politisch einmischen möchte. Mir ist nur wichtig, dass der Minister ein Konzept vorlegt, mit dem wir tatsächlich eine objektive Kriteriensammlung haben, bei der wir zunächst nicht fragen: Wo wohnen wir? Nutzt uns die Maßnahme persönlich? Wir müssen vielmehr fragen: Ist die wirklich objektiv begründbar? Das sind solche Kriterien, über die ich gern nachdenken

möchte. Da spielt der ÖPNV-Zugang sozusagen eine Rolle, aber für mich nicht die entscheidende.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Danke schön, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Tietze, ich persönlich bin fast ein wenig traurig darüber, dass wir gerade in einer Debatte, bei der es auch um Maut und so weiter geht, die alte grüne Forderung nach der Ausweitung der Spritsteuer und der Erhöhung des Spritpreises nicht als Vorschlag zur Finanzierung gehört haben.

(Lars Harms [SSW]: Benzin!)

- Benzin, ja. Entschuldigen Sie meine Umgangssprache, Herr Harms.

Lassen Sie mich meine Rede halten. Uns liegt heute der eingeforderte Bericht vor. Dieser beschreibt im Grunde nur das, was wir bereits wissen. Unsere Landesstraßen sind marode. Schön, dass wir diese Erkenntnis nun auch schwarz auf weiß vorliegen haben. Es ist - das muss man auch einmal ganz ehrlich sagen - illusorisch, dass wir das gesamte Netz der Landesstraßen Schleswig-Holsteins mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in einem guten Zustand erhalten können.

(Beifall PIRATEN)

Es braucht daher klare Kriterien und Prioritäten bei der Frage, welche Straßen an welcher Stelle am dringendsten saniert werden müssen. Wir Piraten setzen uns dafür ein, dass diese Frage offen und insbesondere transparent mit den Bürgern diskutiert wird.

(Beifall PIRATEN)

Wenn man über den Zustand unserer Landesstraßen diskutiert, muss man auch über die Ursachen sprechen. **Ursache** ist insbesondere die Inanspruchnahme der Straßen vorwiegend durch den **Schwerlastverkehr**, der unsere Straßen übermäßig stark beansprucht und aus diesen Gründen auch eine Ausnahmegenehmigung voraussetzt. Diese Ausnahmegenehmigungen sind - wie wir alle inzwischen wissen - in diesem Land keine Ausnahme mehr, sondern zur Regel geworden. Vor diesem Hintergrund for-

(Torge Schmidt)

dert der Landesrechnungshof auch eine Beteiligung des Schwerlastverkehrs an den Folgekosten.

(Beifall PIRATEN)

Die Verursacher zur Finanzierung der Sanierungskosten heranzuziehen, bedeutet, an der richtigen Stelle anzusetzen. Eine alternative Möglichkeit, die Landesstraßen zu entlasten, ist eine deutliche **Ver-ringerung der Achslast**. Hohe Achslasten sind die Hauptursache für den Fahrbahnverschleiß und die dadurch entstehenden Folgeschäden und -kosten. Diese Erkenntnis müsste bei der Landesregierung durchdringen, um in den entsprechenden Gremien die Beratungen in eine entsprechende Richtung zu dirigieren. Ich mache mir da aber auch wenig Sorgen, schließlich spreche ich hier von der Landesregierung des Dialoges. Ich möchte fast sagen, ich spreche von der Landesregierung des „echten Dialoges“.

(Beifall und Heiterkeit PIRATEN)

Apropos Dialog: Es wäre deutlich einfacher, wenn wir Anreize schaffen würden, damit der **Güterverkehr auf Wasser oder Schiene** verlagert wird.

(Beifall PIRATEN)

Dies könnte die Landesstraßen erheblich und vor allem nachhaltig entlasten. Ebenso wichtig ist ein gesellschaftliches **Umdenken beim Individualverkehr**, weg vom Kraftfahrzeug hin zum Rad und zum **ÖPNV**. An dieser Stelle bedarf es einer Weiterentwicklung der bisherigen Infrastruktur und Verkehrs- und Mobilitätspolitik, da die Ziele des regelmäßigen Bedarfs mit einem dem Bürger zumutbaren Aufwand erreicht werden müssen. Dem steht jedoch der ebenfalls chronisch unterfinanzierte Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs entgegen. Gerade auf dem Land, zum Beispiel in Nordfriesland oder Ostholstein, werden auch weiterhin Verkehrsverbünde gestrichen. Besonders am Wochenende ist man aufgeschmissen, wenn man auf den ÖPNV angewiesen ist.

Statt neue Straßen zu bauen, muss erst einmal der **Unterhalt der bestehenden Verkehrsinfrastruktur** in Schleswig-Holstein oberste Priorität haben.

(Beifall PIRATEN)

Aus diesem Grund sollten die oben genannten Punkte im Ausschuss geklärt werden, um in den kommenden Haushaltsberatungen eine finanzpolitisch solide Verkehrs- und Mobilitätspolitik zu ermöglichen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits in der Debatte zum Industriestandort wurde deutlich, dass eine gut ausgebaute, leistungsfähige und sichere Verkehrsinfrastruktur zu den primären Grundvoraussetzungen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gehören. Unternehmensentscheidungen richten sich nach der Erreichbarkeit, Qualität und **Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur**. Straßen spielen hierbei immer noch die größte Rolle. Sie ist aber auch Grundlage für die Mobilität der Menschen und ist damit Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Daher ist es wichtig, dass der Zustand der Straßen den Anforderungen entspricht.

Doch leider sieht die Wirklichkeit etwas anders aus als wir es uns wünschen. Der Zustand der Straßen in der Bundesrepublik zeichnet sich immer mehr dadurch aus, dass er sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. Egal ob es sich dabei um Gemeinde-, Kreis- oder Bundesstraßen handelt. Eines gilt für alle: Die Unterhaltung kann von den Trägern kaum noch geleistet werden. Dies geht auch sehr deutlich aus dem Zustandsbericht zu den Landesstraßen hervor. Unsere Landesstraßen befinden sich zu einem großen Teil in einem unzulänglichen Zustand. Knapp ein Drittel aller Landesstraßen sind sanierungsbedürftig, und die Verkehrseinschränkungen nehmen weiter zu. Allein zum **Abbau des Erhaltungsstaus** müssten über 10 Jahre 90 Millionen € jährlich zur Verfügung gestellt werden.

Daher haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, den Erhalt und die Sanierung der Straßen vor den Neubau zu stellen. Darüber hinaus wurde das Sondervermögen Verkehrsinfrastruktur auf den Weg gebracht. Unterm Strich bleibt trotzdem festzustellen, dass die Kohle nicht reicht. Bei der Sanierung und dem Erhalt der Straßen kann nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen werden. Damit lösen wir die Probleme nicht, wir verschärfen sie vielmehr an anderen Stellen.

Ziel muss es daher sein, das Geld vernünftig einzusetzen, um die notwendige Infrastruktur dauerhaft in vollem Umfang zu erhalten. Daher brauchen wir eine **systematische Erhaltungsstrategie**, die auf eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Planung der Erhaltungsmaßnahmen abzielt. Es müssen bestimmte Kriterien erfüllt sein, nach denen Fahr-

(Flemming Meyer)

bahnunterhaltungsmaßnahmen abgewickelt werden. Hierauf wird im Bericht auch eingegangen. Die Kriterien dürfen sich aber nicht allein an den Verkehrszählungen orientieren. Damit würden die Straßen, vor allen Dingen bei uns im Norden und im ländlichen Raum, hinten runterfallen. Das kann nicht gewollt sein. Daher ist es gut und richtig, dass dieser Aspekt nur ein Teil der Prioritätenkriterien ist. Demnach werden die Landstraßen nach deren Netzfunktion im Zusammenhang mit dem System der zentralen Orte betrachtet.

Ich möchte aber kurz noch einmal auf die **Straßenverkehrs-zählung** eingehen, die die Grundlage dafür sein soll, ob etwas gemacht werden soll oder nicht. Zum Teil macht das Sinn, doch wenn sich seit der Verkehrszählung 2005 die Verkehrssituation verändert hat aufgrund von zwischenzeitlich durchgeführten Verkehrslenkungsmaßnahmen, dann muss dies berücksichtigt werden.

(Beifall SSW)

Klar ist: Auch mit der Erhaltungsstrategie retten wir nicht alle Landstraßen. Es gipfelt darin, dass Straßen, nachdem die Geschwindigkeitsbegrenzungen durchgeführt wurden, schließlich gesperrt werden mussten. Denn die Mittel, die zur Verfügung stehen, können wir nicht doppelt oder dreifach ausgeben. Angesichts der Verkehrsprognosen und dem Wissen, dass viele unserer Straßen bereits heute dem Verkehrsaufkommen nicht gewachsen sind, brauchen wir **neue Wege zur Finanzierung der bundesweiten Verkehrsinfrastruktur**.

Das kürzlich vorgelegte Konzept von Bundesverkehrsminister Dobrindt, wonach ausländische Autofahrer eine **Lkw-Maut** zu entrichten haben, halte ich immer noch für eine nicht umsetzbare Idee, weil sie den Geburtsfehler hat, dass die **Pkw-Maut** nicht diskriminierungsfrei ist und somit auch nicht EU-konform sein kann.

(Beifall SSW, Martin Habersaat [SPD] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Schließlich soll ja der deutsche Autofahrer bei der Pkw-Steuer im Gegenzug entlastet werden. Ungeklärt ist aber, wie Halter bei der Steuer entlastet werden sollen, die keine oder nur sehr geringe Kfz-Steuern zahlen. Zudem gibt es Berechnungen, wonach die **Systemkosten** nicht einmal durch die Mauteinnahmen gedeckt würden. Schließlich müssten ausländische Verkehrsteilnehmer die Systemkosten komplett allein tragen, weil der deutsche Autofahrer nicht zusätzlich belastet werden soll. Es gibt also lauter ungeklärte Fragen, die aber den Verdacht nahelegen, dass die PKW-Maut nicht da-

zu beitragen wird, den Sanierungsstau abzubauen. - Jo, tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Wortmeldung aus dem Parlament sehe ich nicht. Die Landesregierung hat noch einmal darum gebeten, einige ergänzende Erläuterungen geben zu dürfen. Dem gebe ich statt. Nun erhält der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer, noch einmal das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Zum Thema Maut: Ganz klar, ich habe in diesem Kreise immer gesagt, eine **Pkw-Maut** lehnen wir ab.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Wir haben auch gesagt, wir wollen eine **Ausdehnung der Lkw-Maut auch auf alle Straßen**. Das entspricht übrigens den Beschlüssen der Verkehrsministerkonferenz aus dem letzten Jahr. Nun sind wir mit einem Vorschlag des Bundesverkehrsministers einer Pkw-Maut konfrontiert, die am Ende nur ausländische Kraftfahrzeughalter belastet. Ad eins. Das kann nur funktionieren, wenn es mit **EU-Recht** kompatibel ist. Da bin ich, das sage ich ganz deutlich, skeptisch, dass es gelingt. Das sage ich auch immer und überall. Das, was Sie gemeint haben, Herr Vogt, betrifft nur den Fall, wenn es denn tatsächlich so sein sollte, dass das gelingt und es ein Aufkommen von 625 Millionen € im Jahr geben soll. Warum soll dann der Landesminister, wenn es um Landesstraßen und kommunale Straßen geht, nicht sagen, für diesen Fall müssen wir beteiligt werden? Es wäre doch im Interesse des Landes fahrlässig, wenn ich das nicht tun würde.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das zur Klarstellung, was das Thema Maut angeht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Ja.

(Minister Reinhard Meyer)

Christopher Vogt [FDP]: Herr Minister, vielen Dank. - Ich glaube, dass das Land das Geld bekommen muss, wenn es um Landesstraßen geht und eine Nutzungsgebühr für Landeseigentum genommen wird, ist irgendwie logisch. Der entscheidende Punkt ist aber - ich bin kein Jurist: Wenn der Bund für die Landesstraßen eine Nutzungsgebühr beschließt, die im Zweifel den Ländern zugutekommt, müsste das, wenn ich das richtig sehe, über den Bundesrat laufen, und dann müssten Sie dort auch darüber abstimmen, ob Sie dafür sind oder nicht. Das ist die spannende politische Frage, die sich dort stellt.

- Herr Vogt, es ist finanzverfassungsrechtlich sogar noch viel interessanter, denn der Bund muss zwei Gesetze machen. Er muss ein Gesetz für eine Vignette machen, und er muss dann noch einmal die Kfz-Steuer anpacken, soweit ich das nach dem Modell von Herrn Dobrindt verstanden habe. Bei dem Ersten geht es um die Vignette für alle, was zunächst einmal ein theoretisches Aufkommen von 4,7 Milliarden € bedeuten würde. Auch da müssten wir als Länder eigentlich schon die Hand heben und sagen, wenn das für alle Straßen gilt, muss es auch Anteile geben. Es wird eine spannende Diskussion, an die diejenigen, glaube ich, die den Plan gemacht haben, noch gar nicht gedacht haben.

(Beifall SPD und SSW)

Erlauben Sie mir zum Schluss, Herr Arp, noch eine Bemerkung, weil ich angesichts der Hilflosigkeit der Argumente, die ich von Ihnen gehört habe, ein bisschen ratlos bin, wie man damit umgehen soll.

(Lachen und Beifall SPD)

Diese Art von organisierter Verantwortungslosigkeit, nicht zu sagen, da hat es von 2005 bis 2012 vier CDU-Vorgänger als Verkehrsminister gegeben, die jeder in ihrem Haushalt weniger Geld hatten als wir jetzt, die kein Sondervermögen hatten, und dann uns vorzuhalten, wir würden nichts tun, das hat schon etwas. Ich finde, das sollten Sie irgendwann einmal richtigstellen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, es ist kein Antrag gestellt worden, der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

(Christopher Vogt [FDP]: Als schriftlicher Bericht in den Ausschuss!)

- Das kann der Ausschuss dann machen. Aber es ist kein Antrag gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

(Zuruf SPD)

- Sie stellen hilfsweise noch schnell einen Antrag auf Ausschussüberweisung? - Das hätten Sie rechtzeitig tun sollen. Ich bin gern bereit, das formal zu machen. Sie könnten sich den Bericht ohnehin in Selbstbefassung beziehen. Das ist kein Thema. Ich denke, das können Sie so machen. Ich glaube, das werden Sie auch so machen. Vielen Dank. Der Vorgang, wie gesagt, ist zu Ende. Es ist nichts blockiert, alles ist möglich, kein Problem.

(Olaf Schulze [SPD]: Es ist von uns beantragt worden!)

- Ja, gut, wir machen es jetzt ganz formal. Wer dafür ist, diesen Bericht in den Ausschuss für Wirtschaft zur abschließenden Beratung zu überweisen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist einstimmig. Damit muss es der Ausschuss nicht selber aufrufen. Er wird es vom Parlament sozusagen serviert bekommen. Herzlichen Dank, dass wir das noch geklärt haben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/2102

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/2125

Eine Aussprache findet gemäß § 35 Absatz 1 des Landesdatenschutzgesetzes nicht statt. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür zunächst einmal eine offene Abstimmung vor. Gibt es dazu Widerspruch? - Es gibt Widerspruch. Dann möchte ich gern wissen, wie viele Abgeordnete dem Vorschlag von mir widersprechen. - Das ist ausreichend. 18 Abgeordnete aus zwei Fraktionen wären nötig. Hinreichenderweise müssten es zwei Fraktionen sein, und das ist der Fall. Wenn es mehr sind, ist es umso schöner.

Ich weise darauf hin, dass nach § 35 Absatz 1 des Landesdatenschutzgesetzes die Mehrheit der Mitglieder des Landtags - 35 Abgeordnete - erforder-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

lich ist. Wir haben zwei Vorschläge. Es wird jetzt in geheimer Abstimmung gewählt. Wer dem Wahlvorschlag der SPD folgen will, wird auf diesem Wahlzettel entsprechend ein Kästchen finden und kann es ankreuzen. Wer dem Wahlvorschlag der FDP folgen will, ebenso. Für die entsprechenden Wahlvorschläge finden Sie ein Kästchen vor. Ich denke, Sie kommen damit zurecht. Ich muss das jetzt wohl nicht noch im Detail erklären. Ich bitte jetzt die Schriftführer, mit der Verlesung der Namen zu beginnen. Sobald Sie Ihren Namen hören, gehen Sie bitte auf die von mir aus gesehen linke Seite, nehmen sich einen Stimmzettel und füllen ihn bitte in der Kabine aus. Auf der anderen Seite finden Sie die Wahlurne, die jetzt leer ist, und können dann den Wahlzettel dort einwerfen. Dann können Sie wieder Platz nehmen. Bitte beginnen Sie mit dem Aufrufen der Namen.

(Namensaufruf und Stimmzettelabgabe)

- Meine Damen und Herren Abgeordneten, gibt es jemanden von Ihnen, dessen Namen noch nicht aufgerufen worden ist und der gern noch wählen möchte? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich den Wahlvorgang und unterbreche die Sitzung für 5 Minuten.

(Zurufe)

- Ach so, zwei Abgeordnete sind noch in der Wahlkabine. Die warten wir noch ab.

(Zurufe)

- Gibt es jetzt noch eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten, die oder der noch nicht gewählt hat? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich den Wahlvorgang und unterbreche die Sitzung für 5 Minuten.

(Unterbrechung: 17:09 bis 17:16 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Es liegt ein Wahlergebnis vor. Abgegeben wurden 69 Stimmen. Es gibt fünf Enthaltungen. 30 Stimmen sind auf den Kandidaten Gerrit Koch und 34

auf den Kandidaten Dr. Thilo Weichert entfallen. Damit ist keiner der Kandidaten gewählt.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Für heute ist kein weiterer Wahlgang vorgesehen. Es müsste ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir beantragen eine Sitzungsunterbrechung!

Vizepräsident Bernd Heinemann:

- Wie lange möchten Sie die Sitzung unterbrochen haben?

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Eine halbe Stunde!

Vizepräsident Bernd Heinemann:

30 Minuten. Ich unterbreche die Sitzung für eine halbe Stunde.

(Unterbrechung: 17:18 bis 18:07 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen, die Sitzung ist wieder eröffnet. - Die Tagesordnungspunkte 27 und 33 werden morgen von den Parlamentarischen Geschäftsführern in das Tagesprogramm eingereiht.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass heute wieder ein Preisträgerkonzert von jungen Musikern im Schleswig-Holstein-Saal stattfinden wird. Dieses Mal handelt es sich um ein Cello-Quartett. Ich lade Sie ein, daran teilzunehmen.

Wir werden die Sitzung morgen um 10 Uhr fortsetzen. Ich wünsche allen einen angenehmen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:08 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1752

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 18/2092

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Nicht alles an dem vorgelegten Gesetzentwurf der CDU ist schlecht. Gerade am Flensburger Hochschulstandort wird sehr intensiv über die Frage einer Semesterangleichung an die dänischen Partnerhochschulen nachgedacht. Gleichzeitig gibt es den Wunsch vieler Hochschulakteurinnen und Hochschulakteure, die Semesterzeiten von Fachhochschulen und Universitäten im Land anzugleichen. Gemeinsame Grundlage für den Wunsch ist es, Kooperationen zu erleichtern - entweder an Standorten zwischen Fachhochschulen, Kunst- oder Musikhochschulen und Universitäten oder mit Partnerhochschulen im Ausland.

Die Semesterstruktur deutscher Universitäten ist im internationalen Vergleich sehr besonders. In Dänemark, Schweden und Norwegen sind die Semesterzeiten eher an die Jahreshälften angeglichen. In Deutschland fällt vor allem die sehr unterschiedliche Regelung zwischen Fachhochschulen und Universitäten auf.

Da wir Grüne ernsthaft für eine Internationalisierung unserer Hochschullandschaft streiten, können wir uns eine Angleichung der Semesterzeiten sehr gut vorstellen. Allerdings gibt es aus Sicht unserer Fraktion eine Reihe von praktischen Fragen, die es uns unmöglich machen, dem CDU-Antrag zuzustimmen.

In der durchgeführten Anhörung haben sich nur sehr wenige zu dem Gesetzentwurf geäußert: Davon eine kleine Mehrheit ablehnend. Wenn Hochschulen, die sich einen Campus teilen, in diesen Fragen unterschiedlich handeln, ist wenig gewonnen. Kooperationen könnten dadurch dann sogar erschwert werden.

Als Beispiel will ich den Flensburger Campus nehmen. Das Präsidium der Uni Flensburg hat sich ja leicht positiv zum CDU-Vorstoß verhalten. Die

Universität könnte so beispielsweise gemeinsam mit der dänischen SDU - University of Southern Denmark - Ende August beginnen. Falls die FH Flensburg sich jedoch für andere Semesterzeiten entscheidet als die benachbarte Universität, agieren die Hochschulen weiter aneinander vorbei.

Interessant ist für uns auch, ob Studierende, Universitätsprofessoren, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Semesterzeiten gleich bewerten oder ob es Interessensunterschiede gibt.

Außerdem wollen wir klären, wie sinnvoll ein schleswig-holsteinischer Sonderweg bei den Semesterzeiten ist und ob dieser Einfluss auf Kooperationen bundesweit und die zentrale Studienplatzvergabe hat. Wir wollen deshalb im Rahmen der Hochschulgesetznovelle diskutieren, ob eine gemeinsame Anpassung an den internationalen Semesterkalender nicht sinnvoller ist als eine vollständige Liberalisierung.

Die Frage nach Trimester ist noch grundsätzlicher, denn dies würde bedeuten, dass Studierende beispielsweise keine Semesterferien haben, in denen man arbeitet, um das Studium zu finanzieren. Auch diese Pläne stoßen ja breit auf Widerstand.

Wir bedauern es deshalb sehr, dass die Union ihr Gesetz durch das Verfahren peitscht. Für die Koalition kann ich erklären, dass wir diese Debatte bei der Hochschulgesetznovellierung 2015 wieder aufgreifen werden.

Raumordnungsbericht 2014

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2082

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Die CDU hat in der vergangenen Landtagstagung von der Landesregierung einen Raumordnungsbericht für diese Tagung angefordert. Der Schwerpunkt sollte auf dem zentralörtlichen System liegen. Nun liegt er vor, und er führt aus, dass die Landesregierung aktuell keine Veränderungen am zentralörtlichen System vornehmen wird. Die Betonung liegt auf dem Wort „aktuell“. Denn wir befinden uns mitten im Prozess der Neustrukturierung im Bereich der Landesplanung.

(Ines Strehlau)

Seit Anfang 2014 gilt das Landesplanungsgesetz, in dem das Landesentwicklungsgrundsatzgesetz aufgegangen ist. Im Landesplanungsgesetz werden die Planungsräume festgelegt, es sind jetzt drei statt fünf, und es regelt unter anderem die Einstufung der zentralen Orte.

Im Berichts Antrag fordern Sie und Ihre Fraktion, Frau Nicolaisen, dass der Raumordnungsbericht „insbesondere auf eventuell erforderliche Änderungen im Zetralörtlichen System“ eingehen soll. Ich vermute, dass Sie diesen Auftrag an die Landesregierung deswegen so formuliert haben, weil im Zuge der FAG-Reform viele ländliche Zentralorte in Zukunft weniger Geld bekommen sollen als nach alter Gesetzeslage.

Es wurde gutachterlich ermittelt, dass viele ländliche Zentralorte weniger Geld für übergemeindliche Aufgaben ausgeben als nicht zentrale Orte. Das ist ein Hinweis darauf, dass einerseits zu viele Orte als ländliche Zentralorte eingestuft sind und/oder dass es faktische Zentralorte gibt, die eine entsprechende Funktion erfüllen, ohne als solche eingestuft zu sein.

Eine isolierte Betrachtung der ländlichen Zentralorte würde zu noch geringeren Schlüsselzuweisungen führen. Sie profitieren aber davon, dass sie sich bei der Ermittlung der Teilschlüsselmassen in einer Kategorie mit den Stadtrandkernen II. Ordnung befinden, die die Zuschussbedarfe der Teilschlüsselmasse erhöhen.

Die vertiefte Debatte zum Thema FAG werden wir nach der Sommerpause führen. Dann erwarte ich auch von der Opposition sachorientierte und konstruktive Beiträge.

Der Raumordnungsbericht und die Landesplanung beschäftigen sich nicht mit der finanziellen Ausstattung, sondern mit den Aufgaben beziehungsweise mit der Einstufung zentraler Orte. Und bei der Einstufung legt die Landesregierung im Bericht dar, dass es im Moment weder erforderlich ist, einzelne zentrale Orte oder Stadtrandkerne höher einzustufen, noch sie herabzustufen. Sie sieht auch kein Erfordernis, weitere Gemeinden als neue ländliche Zentralorte aufzunehmen. Deshalb ist es folgerichtig, dass die Landesregierung die bestehende Verordnung zum Zentralörtlichen System, die am 30. September 2014 außer Kraft tritt, um fünf Jahre verlängern wird.

Da wir uns aber in einem Entwicklungsprozess befinden, sind Anpassungen nicht ausgeschlossen. Die Einwohnerzahl wird in vielen Kommunen sinken. Da ist es zwingend erforderlich, die Kriterien

für die Einstufung zu überdenken. Eine weitere Überlegung ist, dass noch mehr Gemeinden als bisher gemeinsam mit einer anderen Gemeinde zentralörtliche Versorgungsfunktionen übernehmen könnten.

In Zeiten des demografischen Wandels wird es immer wichtiger, die bestehenden Strukturen zu hinterfragen und zu prüfen, ob Aufgaben nicht konzentriert oder gemeinsam bewältigt werden können.

Derzeit läuft auf Bundesebene ein Forschungsprojekt zur Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts in Deutschland. Es wird eine Bestandsaufnahme der ganz unterschiedlichen Systeme enthalten und auch Empfehlungen abgeben. Die Ergebnisse des Gutachtens sollten auf jeden Fall in eventuelle Änderungen einbezogen werden. Raumordnung umfasst mehr als nur das Kategorisieren von Gebieten. In der Landesplanung geht es darum, Standards zu definieren, die Nachhaltigkeit im Blick zu haben und die ökologische Wertigkeit und alle Aspekte einzubeziehen, die eine hohe Lebensqualität erhalten.

Schleswig-Holstein befindet sich, wie gesagt, in der Umstrukturierung. Zurzeit wird die Landesentwicklungsstrategie 2030 entwickelt. Sie soll der erste Teil des Landesentwicklungsplans werden. Sie umreißt die großen Herausforderungen wie den demografischen Wandel sowie die grundsätzliche Stoßrichtung, in die wir uns bewegen wollen, und sie soll konkrete Projekte benennen. Die Landesentwicklungsstrategie befindet sich noch in der Entwicklung. Es findet eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger statt, und die Staatskanzlei steht im Austausch mit den Fachabgeordneten aller Fraktionen. Im zweiten Teil des Landesentwicklungsplans werden die Ziele und Grundsätze der Raumordnung verankert. Sie bilden die Grundlage der Regionalpläne, die 2016 folgen sollen.

Der vorgelegte Raumordnungsbericht gibt einen Überblick über den aktuellen Verfahrensstand. Mittelfristig müssen wir eine ehrliche Bilanz über die Einstufung und Aufgabenerfüllung der ländlichen Zentralorte ziehen. Demografischer Wandel, sich verändernde Lebens- und Arbeitsbedingungen und veränderte Mobilität sind einige Themen, auf die wir neue Antworten finden müssen. Wenn wir Schleswig-Holstein für die Zukunft fit machen wollen, müssen wir Veränderungen zulassen.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon sehr verwunderlich, warum der Landtag die Landesre-

(**Oliver Kumbartzky**)

gierung erst auffordern musste, endlich einen neuen Raumordnungsbericht vorzulegen. Bei der ganzen Diskussion, die wir in dieser Legislaturperiode bislang zur Thema Landes- und Raumplanung hatten und bei den bereits beschlossenen Gesetzesänderungen hätte man erwarten können, dass die Landesregierung den Bericht längst vorgelegt hätte. Das gilt auch vor dem Hintergrund der schon länger in der Diskussion befindlichen Novelle des FAG. Die Zentralen Orte und Stadtrandkerne erhalten Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Hier hätte man erwarten können, dass die Landesregierung zuerst den Raumordnungsbericht aufstellt und danach das FAG diskutiert.

Zum vorliegenden Raumordnungsbericht ist Folgendes zu sagen: Festzuhalten ist, dass die Landesregierung es nicht für erforderlich hält, Zentrale Orte oder Stadtrandkerne höher einzustufen. Auch Abstufungen von Zentralen Orten und Stadtrandkernen hält die Landesregierung zumindest aktuell nicht für erforderlich. Diese Punkte werden von der FDP-Landtagsfraktion geteilt. Ebenso halten wir es für richtig, dass Städte wie Brunsbüttel oder Tönning trotz Unterschreitung der im Landesplanungsgesetz vorgegebenen Mindesteinwohnerwerte ihre derzeitigen Hierarchiestufen erhalten. Die Landesregierung will an den jeweiligen Einstufungen festhalten, da die Städte eine wichtige Versorgungsfunktion für ihr strukturschwaches und ländlich geprägtes Umland wahrnehmen.

Wir begrüßen, dass die Landesregierung in ihrem Raumordnungsbericht feststellt, dass sich das Zentralörtliche System in Schleswig-Holstein bewährt hat. Zudem will die Landesregierung derzeit keine Änderungen bei den Einstufungen vornehmen. Die Verlängerung der bestehenden Verordnung zum Zentralörtlichen System nach § 62 Landesverwaltungsgesetz um fünf Jahre ist konsequent und richtig. Hierbei muss die Landesregierung darauf achten, dass die Daseinsvorsorge und die Lebensqualität gesichert und den Erfordernissen fortlaufend angepasst werden.

Es war nicht unbedingt zu erwarten, dass die Landesregierung am zentralörtlichen System festhält. Schließlich sind die Grünen und der SSW an der Landesregierung beteiligt. Und wenn man sich das Protokoll der Plenarsitzung vom 25. Februar 2009 ansieht, in dem es um den Raumordnungsbericht 2008 ging, klang das bei Grünen und SSW noch anders. Lars Harms beispielsweise sprach damals davon, dass das zentralörtliche System aus SSW-Sicht

„antiquiert“ und ein „ungerechtes Geldverteilungsinstrument“ sei.

Wir begrüßen, dass die Landesentwicklungsstrategie in einem breiten Beteiligungsprozess unter Einbeziehung von Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet wird. Bürgerbeteiligung halten wir bei dem Thema für richtig und wichtig.

Unsere Haltung zu den Regionalplänen ist bekannt. Die Regionalplanung sollte unserer Meinung nach in die Hände der Kreise, Städte und Gemeinden übergeben werden. Außerdem sollte die Landesplanung aus unserer Sicht zukünftig viel umfangreicher als bisher mit den Nachbarländern und insbesondere mit Hamburg abgestimmt und vom Landtag beschlossen werden. Eine gemeinsame Landesplanung mit Hamburg sollte das mittelfristige Ziel der Landesregierung sein.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrte Damen und Herren! In Schleswig-Holstein werden 130 Gemeinden in das zentralörtliche System eingestuft und die Landesregierung sieht hier keinen Veränderungsbedarf. - So könnte man den Raumordnungsbericht in zwei Sätzen zusammenfassen.

Schade eigentlich! Herr Albig, wir hätten hier ein klein wenig mehr von Ihnen erwartet.

Auch wenn der aktuelle Raumordnungsbericht an der einen oder anderen Stelle sicher für Unmut bei den Bürgern in diesem Land sorgt, nicht zuletzt weil die Einstufung in dem System mit der Zuweisung finanzieller Mittel verbunden ist, so ganz in den Brunnen gefallen ist das Kind ja noch nicht und das derzeitige System der zentralen Orte und Stadtrandkerne ist nicht auf ewig in Stein gemeißelt.

Lieber Herr Albig, hören Sie doch ausnahmsweise einmal auf Anregungen der Opposition. Denn wir sehen sehr wohl Veränderungsbedarf.

Betrachten wir als Beispiel die Stadt Schwentinental: Mit 13 551 Einwohnern als Stadtrandkern zweiter Ordnung eingestuft, werden der Stadt im Nah- und Mittelbereich keine weiteren Einwohner zugewiesen. Es dürfte aber bekannt sein, dass hier mit dem direkt benachbarten Kiel und weiteren anliegenden Gemeinden wie Preetz bis hin nach Plön im Pendlerverkehr zigtausende Einwohner hinzugechnet werden müssten. Damit bildet die Stadt mit ihrem sehr großen Gewerbegebiet unseres Erachtens einen überregionalen Versorgungsschwerpunkt.

(Torge Schmidt)

Weiterhin sehen wir die Notwendigkeit zu überprüfen, ob alle Verdichtungsräume vom Landesentwicklungsplan erfasst sind.

Wir werden in Anbetracht des demografischen Wandels letztlich nicht um die Entscheidung herumkommen, ob bestimmte zentrale Einrichtungen noch überall dort vorgehalten werden können wie es bisher der Fall ist oder ob eine stärkere Konzentration auf die zentralen Orte notwendig ist - wie es die Städte fordern. So ehrlich sollten wir zu uns und den Bürgern hier im Land sein. Uns ist dabei aber wichtig, dass der ländliche Raum nicht abgehängt wird und eine bürgernahe Versorgung gewährleistet bleibt.

Aus unserer Sicht kann die richtige Balance nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gefunden werden. Ich begrüße daher sehr, dass der Ministerpräsident bei der Aufstellung der neuen Landesentwicklungsstrategie die Bürger mit Präsenz- und Onlinebeteiligungsverfahren mitnimmt. Entscheidend wird abschließend aber sein, welche der Anregungen auch aufgegriffen werden. Die Meinung und das Wissen der Bürger ist ein wertvoller Schatz, der besser genutzt werden sollte, um nicht zu sagen: muss!

Wir PIRATEN arbeiten bereits daran, die ersten Anregungen, die an uns herangetragen wurden zu prüfen und in geeigneter Weise einzubringen.

Aber davon mehr zu gegebenem Zeitpunkt. - Vielen Dank.

Lars Harms [SSW]:

Meine Damen und Herren! Der Raumordnungsbericht 2014 ist schlank gehalten und vermittelt die wesentlichen Fakten rund um die räumliche Entwicklung im Land. Der letzte Bericht dieser Art ist von 2008, von daher ist der aktuelle Bericht umso notwendiger. Mehr als fünf Jahre sind vergangen und der vorliegende Bericht beschreibt den aktuellen Stand zum Thema Raumordnung und räumliche Entwicklung.

Die Neufassung des Landesplanungsgesetzes hat sich gelohnt. Auch die Neuordnung des Finanzausgleichsgesetzes ist nötig, um die jahrzehntealten Regelungen anzupassen. Es hat sich also schon einiges verändert. Die Landesregierung will, zumindest auf kurz- und mittelfristiger Sicht, an der beschriebenen Ausrichtung der Raumordnung festhalten. Es ist sicherlich auch nicht falsch, wenn man sich auf eine kurz- und mittelfristige Sicht beschränkt.

Die weitere Zeitplanung wird im Bericht aufgezeigt, was fehlt, sind jedoch Prognosen oder Ansätze, wie mit den kommenden Resultaten umgegangen werden soll. Der demografische Wandel wird angesprochen, ohne dass er weiter thematisiert wird. Das ist schade, denn schließlich befinden wir uns mittendrin, in nämlich genau diesem demografischen Wandel. Darüber hinaus wird nicht thematisiert, welchen Weg man nun beschreiten möchte und wohin dieser führen soll. Der Bericht soll gemeinsame Diskussionen auslösen. Die Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden steht, wie es im Bericht heißt, noch ganz am Anfang. Der Hauptausschuss des SSW sowie der Landesvorstand unserer Partei haben vor einigen Jahren in einem Thesenpapier untermauert, dass hier enormer Handlungsbedarf besteht. In dem Papier wird die Ausgangslage analysiert, und man kommt zu dem Schluss, dass die heutige kommunale Situation in Schleswig-Holstein mit knapp 1.000 Gemeinden ein Relikt vergangener Jahrhunderte ist. Ferner wird festgestellt, dass viele amtsangehörige Gemeinden ihre Aufgaben häufig nicht mehr alleine bewerkstelligen können.

Einen anderen Blick auf den Status quo hat kürzlich auch die IHK geäußert. In ihrem Diskussionsbeitrag zum demografischen Wandel geht es natürlich auch um die räumliche Entwicklung bei uns im Land. Hier werden ganz andere Lösungsansätze präsentiert, die vielleicht nicht überall auf Zustimmung treffen; jedoch zeigt es, dass man einen Lösungsansatz oder eben eine Vision erarbeitet hat. Und genau solche Zukunftsdiskussionen brauchen wir in Schleswig-Holstein. Von daher müsste man das Ganze mal ein wenig breiter aufstellen.

Die Staatskanzlei beschäftigt sich derzeit intensiv mit diesem Thema und arbeitet an und mit einem Leitbild für Schleswig-Holstein. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass in zukünftigen Berichten neue Ansätze für die kommunalen Strukturen aufgezeigt werden. Denn schließlich ist es unsere Pflicht, uns nicht nur mit dem hier und jetzt zu beschäftigen, sondern auch weit vorausschauen. Denn es geht um die Sicherung der Daseinsvorsorge und auch um Lebensqualität. Vor allem der ländliche Raum muss sich in dieser Hinsicht ständig weiterentwickeln. Die Strukturen müssen den allgemeinen Rahmen für eine solche Entwicklung bieten können. Kommunen und Regionen müssen handlungsfäh bleiben, und deshalb muss an dieser Stelle einmal darüber nachgedacht werden, ob ein Festhalten an den bestehenden Strukturen wirklich noch zeitgemäß ist. Wir meinen, dass Politik auch den Mut haben muss, Strukturen infrage zu stellen. Wir brauchen

(Lars Harms)

neue Strukturen für ein lebenswertes Schleswig-Holstein.

Anlage

Namentliche Abstimmung
64. Sitzung am 10. Juli 2014
Entwurf eines Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein (LehrBG)
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache Drucksache 18/1760
(Seite **5268** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
SSW		Birte Pauls	Ja
Jette Waldinger-Thiering	Ja	Serpil Midyatli	Ja
Flemming Meyer	Ja	Simone Lange	Ja
Lars Harms	Ja	Birgit Herdejürgen	Ja
		Bernd Heinemann	Ja
PIRATEN		Martin Habersaat	Ja
Torge Schmidt	Nein	Kirsten Eickhoff-Weber	Ja
Sven Krumbeck	Nein	Peter Eichstädt	Ja
Uli König	Nein	Dr. Kai Dolgner	Ja
Wolfgang Dudda	Nein	Wolfgang Baasch	Ja
Dr. Patrick Breyer	Nein	Torsten Albig	Ja
Angelika Beer	Nein		
		CDU	
FDP		Rainer Wiegard	Nein
Christopher Vogt	Nein	Peter Sönnichsen	Nein
Oliver Kumbartzky	Nein	Klaus Schlie	Nein
Wolfgang Kubicki	Nein	Heiner Rickers	Nein
Dr. Ekkehard Klug	Nein	Katja Rathje-Hoffmann	Nein
Anita Klahn	Nein	Barbara Ostmeier	Nein
Dr. Heiner Garg	Nein	Petra Nicolaisen	Nein
		Hans Hinrich Neve	Nein
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Jens-Christian Magnussen	Nein
Bernd Voß	Ja	Peter Lehnert	Nein
Dr. Andreas Tietze	Ja	Tobias Koch	Nein
Ines Strehlau	Ja	Klaus Jensen	Nein
Burkhard Peters	Ja	Karsten Jasper	Nein
Detlef Matthiessen	Ja	Hartmut Hamerich	Nein
Eka von Kalben	Ja	Daniel Günther	Nein
Marlies Fritzen	Ja	Hauke Göttsch	Nein
Anke Erdmann	Ja	Heike Franzen	Nein
Dr. Marret Bohn	Ja	Volker Dornquast	Nein
Rasmus Andresen	Ja	Astrid Damerow	Nein
		Johannes Callsen	Nein
SPD		Dr. Axel Bernstein	Nein
Lars Winter	Ja	Hans-Jörn Arp	Nein
Jürgen Weber	Ja		
Kai Vogel	Ja		
Dr. Gitta Trauernicht	Ja		
Dr. Ralf Stegner	Ja		
Olaf Schulze	Ja		
Thomas Rother	Ja	Zusammenstellung:	
Sandra Redmann	Ja	Abgegebene Stimmen	69
Beate Raudies	Ja	davon	
Regina Poersch	Ja	Jastimmen	35
Tobias von Pein	Ja	Neinstimmen	34
		Enthaltungen	-